



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Zeit.Macht.Raum.

**Zur politökonomischen Entwicklung der
Tschechischen Republik von 1850 – heute.“**

Verfasser

Martin Etlinger

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im März 2011

Studienkennzahl: A 300
Studienrichtung: Politikwissenschaft
Betreuer: Univ.-Prof. Doz. Dr. Andreas Novy

I Danksagung

Um ein Studium absolvieren und eine Diplomarbeit schreiben zu können, bedarf es der tatkräftigen und treuen Unterstützung vieler Personen.

Am Ende eines großartigen Lebensabschnittes möchte ich mich herzlich bei allen bedanken, die mich über so lange Zeit mitgetragen und mich bis zur Fertigstellung dieser Arbeit begleitet haben.

Zuallererst gilt dieser Dank meiner Familie, die viel Verständnis dafür aufgebracht hat, dass sich die Fertigstellung über einen längeren Zeitraum erstreckt hat und mich immer wieder motiviert hat, weiterzumachen. Ich verdanke meinen Lieben nicht nur eine großzügige finanzielle Unterstützung, sondern viele ermutigende Worte in stressigen und scheinbar unüberwindbaren Situationen. Ohne diesen Zuspruch hätte ich meinen Studienabschluss nicht geschafft und wäre nicht dort gelandet, wo ich heute stehe.

Weiters möchte ich mich bei meinen vielen lieben FreundInnen, ArbeitskollegInnen und jenen, die mir nahe stehen danken. Sie haben meine Launen und meine Stimmungsschwankungen stets geduldig ertragen und sich immer ehrlich darüber gefreut, wenn es positive Nachrichten bezüglich meines Studiums und meiner Diplomarbeit gab. Sie alle haben mir auf ihre Weise den Halt gegeben, den ein Mensch für seine soziale und persönliche Entwicklung braucht.

Ein riesiges Dankeschön an meinen Betreuer, a.o. Univ.-Prof. Doz. Dr. Andreas Novy, der mich beim Zustandekommen der vorliegenden Diplomarbeit großartig unterstützt hat und stets einen hilfreichen Rat parat hatte, wenn ich mit meinen Gedanken an Grenzen stieß. Ich hätte mir keinen besseren Betreuer vorstellen können und wünsche ihm von Herzen alles Gute für seinen weiteren Weg.

Zum Abschluss möchte ich mich besonders bei meiner lieben Freundin Kerstin bedanken. Sie stärkte mir den Rücken und gab mir dieses gewisse Gefühl, das einen zu Höchstleistungen anspornt. Ich danke ihr für die vielen Stunden, in denen sie geduldig meinen Ideen und Überlegungen zuhörte und mir gute Ratschläge gab.

Inhaltsverzeichnis

I	DANKSAGUNG	1
II	VERPFLICHTUNGSERKLÄRUNG.....	100
III	LEBENS LAUF	101
1	EINLEITUNG.....	1
1.1	GEGENSTAND UND HYPOTHESEN	3
1.2	FORSCHUNGSINTERESSE.....	7
1.3	FRAGESTELLUNGEN ZUM ANGEWANDTEN TEIL.....	8
1.4	METHODE	9
2	NICOS POULANTZAS: LEBEN, WERK UND THEORETISCHE HINTERGRÜNDE	11
2.1	AKKUMULATIONSREGIME, STAATLICHKEIT UND HERRSCHAFT: THEORETISCHE BETRACHTUNGEN	15
2.1.1	Akkumulation bzw. Akkumulationsregime	20
2.1.2	Staatlichkeit.....	23
2.2	KAPITALISMUS UND STAAT – STAATLICHKEIT UND VERDICHTUNG VON KLASSENVERHÄLTNISSEN BEI NICOS POULANTZAS	29
2.3	BRÜCHE UND KONTINUITÄTEN IM KAPITALISTISCHEN SYSTEM	35
3	THEORIE UND PRAXIS AM BEISPIEL DER ENTWICKLUNG DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK	40
3.1	EINLEITUNG.....	40
3.2	DIE LÄNDER BÖHMEN UND MÄHREN IN DER HABSBURGER MONARCHIE (1850-1918).....	41
3.2.1	Einleitung	41
3.2.2	Wirtschaftliche Entwicklung in der Landwirtschaft, der Industrie und am Finanzmarkt.....	41
3.2.3	Politische und gesellschaftliche Entwicklungen	44
3.2.4	Einordnung der sozioökonomischen Entwicklung Böhmens und Mährens	45
3.2.5	Resümee.....	45

3.3	NATIONALER ENTWICKLUNGSWEG DER TSCHECHOSLOWAKEI (1918 – 1945)	46
3.3.1	Nach dem Ersten Weltkrieg.....	46
3.3.2	Reformen in der Landwirtschaft	47
3.3.3	Industrielle Entwicklung, Nostrifizierung und ausländische Investitionen	48
3.3.4	Auslandsanleihen.....	49
3.3.5	Handelspolitik.....	50
3.3.6	Das Protektorat Böhmen und Mähren – Einbindung in die nationalsozialistische Kriegswirtschaft.....	51
3.3.7	Einordnung der sozioökonomischen Entwicklung der Tschechoslowakei von 1918 – 1945	53
3.4	SOZIALISMUS - VERSUCH NACHHOLENDER ENTWICKLUNG, ODER AUFOKTROYIERTES SYSTEM? (1945-1989).....	53
3.4.1	Einleitung	53
3.4.2	Theoretische Vorbetrachtung.....	54
3.4.3	Transformation	57
3.4.4	Wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung bis Ende der 1960er Jahre	58
3.4.5	Zunehmende interne und externe Probleme seit Mitte der 1960er Jahre bis zum Zerfall 1989.....	62
3.4.6	Einordnung der sozioökonomischen Entwicklung der ČSSR in der Zeit des real existierenden Sozialismus	66
3.5	TRANSFORMATION IN DER ČSFR (BIS 1992) UND IN DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK (1989 – HEUTE) - SOZIALE, POLITISCHE UND ÖKONOMISCHE INTEGRATION.....	67
3.5.1	Grundlage der Transformation und theoretische Interpretation.....	67
3.5.2	Methoden der durchgeführten Transformation.....	69
3.5.3	Auswirkung der Transformation	72
3.5.4	Holt die Tschechische Republik seit der Transformation wirtschaftlich auf?.....	75
3.5.5	Zentrale Merkmale des Entwicklungsgefälles - Problemfelder der tschechischen Wirtschaft.....	77
3.5.6	Der EU-Beitritt Tschechiens als Abschluss der europäischen Integration	81

3.5.7	Zusammenfassung des Transformationsprozesses.....	85
3.5.8	Einordnung der sozioökonomischen Entwicklung der ČSFR und der Tschechischen Republik seit 1989.....	87
3.6	ZUSAMMENFASSUNG DER HISTORISCHEN ENTWICKLUNG.....	87
3.6.1	Gesamtüberblick über die sozioökonomische Entwicklung der heutigen Tschechischen Republik	91
4	SYNTHESE UND ZUSAMMENFASSUNG	94
5	ABSTRACT.....	98
6	LITERATURVERZEICHNIS	103
7	DATENBANKVERZEICHNIS.....	109

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	
<i>Anteile an der gesamten österreichischen Produktion 1880</i>	42
Abbildung 2.....	45
Abbildung 3.....	53
Abbildung 4	
<i>Industrieproduktion pro Kopf 1950 im Vergleich zu der der Sowjetunion in %</i>	59
Abbildung 5	
<i>Table 3: Shares of Foodstuffs and Raw Materials for Foodstuffs (CTN 3) in total CMEA Foreign Trade (in %)</i>	62
Abbildung 6.....	66
Abbildung 7	
<i>jährliche Inflationsrate (gemessen am Index der Verbraucherpreise)</i>	72
Abbildung 8	
<i>BIP pro Kopf 1990-2008</i>	73
Abbildung 9	
<i>Einkommensverteilung: Gini-Koeffizient</i>	74
Abbildung 10	
<i>Wachstumsrate des realen BIP</i>	75
Abbildung 11	
<i>BIP pro Kopf in KKS (EU-27=100)</i>	76
Abbildung 12	
<i>Jährliche Arbeitslosenrate (Durchschnitt in % der Arbeitskräfte)</i>	78
Abbildung 13	
<i>Außenhandel, Gesamtprodukt - Bilanzsaldo in Millionen ECU/EUR</i>	81
Abbildung 14	
<i>Öffentlicher Finanzierungssaldo - Nettofinanzierungssaldo des Staates in Prozent des BIP</i>	85
Abbildung 15	
<i>Öffentlicher Schuldenstand - Konsolidierter Bruttoschuldenstand des Staates in Prozent des BIP</i>	86
Abbildung 16.....	87
Abbildung 17.....	91

1 Einleitung

„Der Sozialismus ist tot, lang lebe der Kapitalismus!“ So oder so ähnlich könnte man die Stimmung zum Jahreswechsel 1989/1990 in Abwandlung eines bekannten Spruches zusammenfassend beschreiben. Was aber war passiert? Es war nicht nur der Beginn einer Veränderung in einem großen Teil Europas, sondern v. a. und hauptsächlich der Zusammenbruch eines Systems, das man über viele Jahrzehnte hinweg bekämpft hatte, nicht nur in Westeuropa und in den USA, sondern auch in verschiedenen Dissidentenkreisen Mittel- und Osteuropas. Darüber hinaus war es aber nicht nur der Kollaps der realsozialistischen Ökonomien und der regierenden kommunistischen Parteien, die derartige Euphorien auslösten, sondern auch das Bewusstsein, dass ein System das andere überlebt und sich damit als das lebensfähigere und robustere herauskristallisierte.

Während die Menschen in den Straßen Berlins, Prags, Budapests und Bratislavas noch feierten, begannen hochkarätige Wirtschafts- und Finanzexperten den ökonomischen Ist-Stand zu erheben und einen Plan für die nächsten Jahre zu zeichnen, der diese Gesellschaften vollkommen verändern sollte. Mit der Integration der mittel- und osteuropäischen Länder in die Europäische Union schien der Transformationsprozess zum Abschluss zu kommen und eine neue Ära der europäischen Geschichte eingeläutet zu werden.

Die Entwicklung dieses Raumes beginnt aber nicht erst mit dem Umbruchsjahr 1989, auch wenn für den Westen in der Zeit davor viele Prozesse in dieser Region verständnislos zur Kenntnis genommen wurden, bzw. überhaupt verborgen blieben. Die historischen Beziehungen und die Interessen gerade im Raum zwischen West- und Osteuropa waren sowohl strategisch-militärisch, als auch polit-ökonomisch immer von Interesse und auch Gegenstand von Auseinandersetzungen und Konflikten.

Es schien so, als würden diese Länder nach einem relativ kurzen Intermezzo eines politischen, sozialen und v.a. ökonomischen Irrweges, auf die Bühne der zivilisierten und kultivierten Staaten zurückkehren. Und in der Tat sollen die Verwerfungen des real existierenden Sozialismus in Mittel- und Osteuropa in der Arbeit nicht relativiert,

dessen desaströse wirtschaftliche Auswirkungen auf die Lebenssituation der Bevölkerung, die Unterdrückung der freien Meinung und der Presse, der Religionsausübung, der Versammlungsfreiheit und des politischen Aktionismus etc. nicht verteidigt bzw. negiert werden.

Viel entscheidender ist für mich die Frage, welche Parameter entscheidend waren für die Etablierung eines ganz spezifischen System in diesem Raum, welche historischen Vorbedingungen existierten und welche internen und externen polit-ökonomischen Konstellationen Einfluss auf die Entwicklung hatten.

Die Vorstellungen von dem einen gemeinsamen Europa wurden spätestens mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft im Jahre 1952 zu einem zentralen Anliegen der politischen und wirtschaftlichen Protagonisten. Und dennoch schien die Teilung des Kontinentes in West und Ost für lange Jahre diesen Wunsch zu desavouieren. Viele Anstrengungen wurden gemacht und viele Gespräche geführt, um diesen Zustand rückgängig zu machen und doch schien es, als wäre die Situation für lange Zeit festgefahren.

Erst die sich verschärfende wirtschaftliche Situation in den kommunistischen Ländern, der neuerliche Rüstungswettlauf mit den USA und die Wahl Michail Sergejewitsch Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU 1985 ermöglichte eine Öffnung des Ostens und eine mehr oder weniger friedliche Umwälzung in den Staaten des Warschauer Paktes. Diese Phase ist deshalb so entscheidend, weil sich bis heute die Geister an ihr scheiden, weil es viele ZeitzeugInnen gibt, die Unterschiedliches berichten und für WissenschaftlerInnen gerade diese Zeit ein Symptom des osteuropäischen Dilemmas darstellt.

Die Erwartungshaltung nach dem Zusammenbruch war aber nicht nur in der örtlichen Bevölkerung groß, sondern ermöglichte es v. a. dem westlichen Kapital neue Märkte und Profitquellen zu erschließen.

Der für diese Arbeit zu untersuchende Raum umfasst das Gebiet der heutigen Tschechischen Republik im Zeitraum von ca. 1850 bis heute. Die Untersuchungen fokussieren auf die Umbrüche und die Bedeutung dieses sozial-räumlichen Gebildes im Spannungsfeld unterschiedlicher historischer Bedingungen und Funktionen. Zuallererst versteht sich der vorliegende Text aber nicht als historisches Werk,

sondern vielmehr als theoretische Untersuchung am Beispiel eines konkreten Objektes. Den theoretische Hintergrund bilden die Gedanken von Nicos Poulantzas, die in den folgenden Kapiteln näher erläutert und beleuchtet werden.

Dennoch erkennen wir bereits in der historisch gesehen sehr kurzen Zeit, dass es zu erheblichen Problemen kam, dass geplante Ereignisse nicht eintraten, dass man sich von machen Ländern ein weit größeres ökonomisches Potenzial erwartet hatte. Plötzlich traten Phänomene wie Inflation, Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung, etc. auf, die man in der sozialistischen Zeit einfach nicht, oder kaum kannte und die zu einer verstärkten Unzufriedenheit in der Bevölkerung führten.

All das scheinen Aspekte einer zeitgenössischen Entwicklung zu sein, mit der sich WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen, SoziologInnen, aber auch KulturwissenschaftlerInnen und ÖkonomInnen beschäftigen und die auf all diese Fragen eine Antwort finden wollen.

Die vorliegende Diplomarbeit möchte sich von einer neuen Seite diesem Thema nähern und v.a. den Entwicklungsprozess am Beispiel der Tschechischen Republik nachzeichnen. Das Jahr 1989 wird dabei als ein Meilenstein, aber eben nicht als der einzige und schon gar nicht als der wichtigste begriffen, der die Brüche, aber auch die Kontinuitäten im ökonomischen, sozialen und politischen System dieses Landes markiert.

1.1 Gegenstand und Hypothesen

Es gibt bereits eine umfangreiche Sammlung an Lektüren und Literatur, die alle das Ziel haben, die Diskrepanzen, den unterschiedlichen Entwicklungsgrad, und die Interdependenzstrukturen zwischen West und Ost zu untersuchen und zu erklären. Manches davon ist empfehlens- und lesenswert, manches baut schlichtweg auf Stereotypen und Klischees auf, die mit der Realität nur wenig gemeinsam haben.

Die Diplomarbeit thematisiert in vielen Bereichen zwei sich augenscheinlich ausschließende Prozesse, nämlich einerseits die lokale Entwicklung einer Region und andererseits deren Bedeutung für weiter reichende wirtschaftliche und politische

Eingliederungsprozesse, u. a. im Spannungsfeld unterschiedlicher Macht- und Herrschaftsformationen.

Somit ist die Tschechische Republik, wie wir sie heute kennen das Produkt historischer Entwicklungen. Die sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Strukturen des Landes sind eingebettet in ein funktionales System der jeweils herrschenden geschichtlichen Bedingungen. Diese Bedingungen legen allerdings die Möglichkeiten und Chancen eines Landes fest, in welcher Position und Funktion es am globalen kapitalistischen System partizipiert. Damit stellt der geographische Raum innerhalb der heutigen Grenzen der tschechischen Republik ein sozial und wirtschaftlich konstruiertes Staatengebilde dar, dessen Konstellation bedeutend für die Funktionsweise der europäischen und globalen Wirtschaft ist. Diese Bedeutung etablierte sich aber nicht erst mit der Einbindung in die Europäische Union, sondern hat in Bezug auf diese Arbeit schon ihre Wurzeln in der Industrialisierungspolitik der Habsburger-Monarchie, in der Kriegspolitik und Kriegswirtschaft Deutschlands zwischen 1939 und 1945, wie auch in der Arbeitsteilung zwischen den sozialistischen Ländern, die im COMECON organisiert waren.

Geographische Räume werden vom Menschen geschaffen und bearbeitet und so auf verschiedene Weise nutzbar gemacht. Der Kapitalismus als überlagertes wirtschaftliches und kulturelles System, dessen Hauptmerkmale expansives Wachstum ist, benötigt geographische Räume, in die sich die expansiven Triebkräfte hineinbewegen und entfalten können. Dies spielt umso mehr Rolle, als der Treibstoff der Entwicklung, ungleiche und asymmetrische Beziehungen und Machthierarchien sein müssen, da eine gleichmäßige Entwicklung der Profitlogik widersprechen würde. „Andererseits ist der Produktionsprozeß selbst auf allen gesellschaftlichen Entwicklungsstufen eine Einheit von zwei verschiedenen, wenn auch eng mit einander verknüpften Momenten: der technischen und der gesellschaftlichen Bedingungen, d.h. der bestimmten Gestaltung des Verhältnisses der Menschen zur Natur und der Verhältnisse der Menschen untereinander. Die Reproduktion hängt gleichermaßen von beiden ab.“ [Luxemburg (1921): S. 2]

Der moderne Nationalstaat spielt dabei eine entscheidende Rolle, da er den Korpus bzw. das Feld darstellt, innerhalb dessen Gestaltungsspielräume geschaffen werden,

gesellschaftliche Konflikte ausgetragen werden und Produktionsverhältnisse ihren Ausdruck finden. Gleichzeitig sind seine Grenzen aber auch löchrig und dehnbar. Der Nationalstaat befand sich immer im Austausch aber auch im Interessenskonflikt mit anderen Staaten.

Besonders Nicos Poulantzas als marxistischer Theoretiker eignet sich hier, da er als einer der wenigen seiner Zunft und seiner Geisteshaltung auch den Raum in seine Überlegung mit einbezog. „Poulantzas' Konzeption des Staates als politische Formierung des geographischen Raums hat außerdem dazu geführt, dass seine Arbeiten in der kritischen Raumforschung rezipiert worden sind. Seine Ausführungen zur Raum-Zeit-Matrix sind zu einem Zeitpunkt formuliert worden, als sich eine materialistische Geographie herausbildete, die eine Kritik an der >Raumblindheit< der marxistischen Theorie formulierte.“ [Bretthauer, et.al. (2006): S. 19]

Ich habe bisher vorwiegend auf den zweiten Teil der Diplomarbeit Bezug genommen und versucht, die Leitlinien diesbezüglich vorzugeben. Diese Form der Betrachtung verlangt allerdings regelrecht nach einer theoretischen Basis, einem Substrat, auf dem ein so konkretes Beispiel wie die Beschreibung der historischen Entwicklung der Tschechischen Republik aufbauen kann.

Hier sollen zentrale Thesen von Nicos Poulantzas das theoretische Fundament zur Arbeit bilden. Warum aber gerade Poulantzas? Er ist meiner Meinung nach in Bezug auf die Arbeit in zweierlei Hinsicht ein geeigneter Autor:

Poulantzas wendet sich grundsätzlich gegen die Vorstellung vom Staat als allmächtigen ‚Moloch‘, der die Menschen in sein System integriert und dabei immer stärker und unangreifbarer wird. Vielmehr trägt die Stärkung des Staates immer gleichzeitig auch seine gezielte Schwächung in sich. Dieser elementare Zusammenhang dient nicht zuletzt auch der Rechtfertigung einer interessenorientierten staatlichen Strategie. „Was im autoritären Etatismus wirklich stattfindet, ist die Durchsetzung einer gedoppelten Tendenz: einer Tendenz der Stärkung verbunden mit einer der Schwächung des Staates. Die Ausweitung des Staates schafft zugleich die Bedingungen für seine Schwächung; das Eingreifen des Staates in den Bereich des Alltagslebens ruft zugleich die Politisierung der Volksmassen hervor und damit den Widerstand dieser Massen gegen jenes

Eingreifen, was eine Krise des ‚Wohlfahrtsstaates‘ herbeiführt.“ [Interview mit Nicos Poulantzas. Zitiert in Kritik (1980): S. 130]

Damit bietet er eine Möglichkeit, Kontinuitäten und Brüche innerhalb eines staatlichen Herrschaftssystems zu untersuchen, zu analysieren und empirisch nachvollziehbar zu machen.

Zum zweiten lässt Poulantzas mit seiner eigenständigen Positionierung gegenüber einem klassischen, dogmatischen und deterministischen Marxismus eine flexible Betrachtung zu, die aktuelle Entwicklungen in der theoretischen Analyse berücksichtigt, regionale und historische Bedingungen mitdenkt und die Rolle der gesellschaftlichen Klassenfraktionen als nicht a priori festgeschrieben begreift.

Zusammengenommen stellt also die Tschechische Republik sowohl in historischer, als auch in geographischer Hinsicht einen interessanten Korpus dar, an dem man bestimmte Wirkungsmechanismen des internationalen Kapitalismus analysieren kann. Einerseits spielt hier die geschichtliche Transformation, die vielschichtigen Interdependenzbeziehungen unterschiedlicher Akteure, veränderte Grenzverläufe und politische Okkupationen bzw. Unterwerfungen, als auch die unterschiedlich entworfenen und realisierten Gesellschaftsmodelle eine Rolle.

Aber auch in geographisch-regionaler Hinsicht stellt die Tschechische Republik ein einzigartiges Forschungsobjekt dar, welches sich im Spannungsfeld zwischen Ost- und Westeuropa (ebenso wie zwischen Nord- und Südeuropa) bewegt und dadurch entscheidend beeinflusst ist.

Die Entwicklungen der letzten 20 Jahre, d.h. nach dem Fall des Kommunismus in Osteuropa sind von Land zu Land unterschiedlich zu bewerten. Dies ist meiner Meinung nach eine wichtige und entscheidende Feststellung, da es in den öffentlichen, aber auch wissenschaftlichen Diskussionen und Diskursen wenig Unterscheidung gab und gibt. Wurden sie vor 1989 gemeinhin als „Ostblock-Länder“ bezeichnet, so werden sie heute „neue Mitgliedsstaaten“, „CEE-Länder“, „MOEL“, oder „Erweiterungsländer“ genannt. Natürlich gibt es bestimmte historische Gemeinsamkeiten, die eine akkordierte Betrachtung zulässig erscheinen lässt. Die

Intention dieser Diplomarbeit ist jedoch, Tschechien als eigenständiges Produkt historischer Vorbedingungen zu begreifen.

Die Entwicklungsabläufe in der Tschechischen Republik lassen darauf schließen, dass sie nur zum Teil mit den Ländern vergleichbar sind, mit denen es zwangsläufig immer in einen Topf geworfen wird. Ich würde sogar behaupten, dass es ganz unterschiedliche Entwicklungspotenziale gibt, die hier nicht (immer) im Vergleich zu anderen dargestellt werden sollen, allerdings anhand des genannten Beispiels empirisch festgemacht werden müssen.

Obwohl es Studien gibt, die den Nachholbedarf der einzelnen Länder mit vielen Jahren beziffern und daraus Probleme ableiten, die spezifische Lösungsstrategien verlangen, haben diese Länder seit 20 Jahren bereits eigene nationale Programme zur Transformation ergriffen und weitergedacht. Es stellt sich hier die Frage, welche Strategien in Tschechien ergriffen wurden und ob es überhaupt möglich ist, in einem Prozess der politischen und wirtschaftlichen Integration in einen sich verändernden Weltmarkt und in ein europäisches Projekt überhaupt individuell handlungsfähig zu bleiben, oder doch nicht vielmehr von den sog. „Sachzwängen“ dominiert zu werden.

1.2 Forschungsinteresse

Dass sich gerade die Tschechische Republik als Forschungsgegenstand besonders gut eignet ergibt sich meiner Meinung nach aus mehreren Gründen:

- Als Österreicher, speziell als gebürtiger Niederösterreicher steht man mit diesem Land in unmittelbarer Nachbarschaft: Obwohl es meiner persönlichen Erfahrung nach noch immer viele Missverständnisse, Vorurteile und Vorbehalte gegenüber unseren nördlichen Nachbarn gibt, findet z. T. ein reger Austausch hinsichtlich Einkaufsfahrten, oder Tagesausflüge in tschechische Städte statt, bzw. gibt es im Besonderen ein Interesse an einer engeren Verbindung, primär im Bezug auf den Ausbau der Straßen- und Schieneninfrastruktur und der wirtschaftlichen Verflechtung. Vor nicht allzu langer Zeit war ich selbst als Referent der niederösterreichischen Landesakademie in der Handelsakademie in Waidhofen an der Thaya und konnte miterleben, welche Bedeutung das Erlernen der tschechischen

Sprache für die Schülerinnen und Schüler hat, welche Probleme, aber auch Vorteile sie aufgrund der räumlichen Nähe sehen und wie sie ganz selbstverständlich die offenen Grenzen für Kurzbesuche in Tschechien nutzen.

- Ein weiterer Punkt für mich ist, dass die historischen Vorbedingungen manchmal gleich, oder zumindest ähnlich, dann parallel, dann wieder konträr verlaufen, sich aber dabei immer gegenseitig beeinflussen und nicht statisch sind. Es ist deshalb für mich interessant, die Wechselwirkung von lokalen Prozessen und globaler Dynamik anhand dieses Beispiels zu untersuchen, zumal die historischen Beziehungen (egal ob positiv oder negativ bewertet) immer sehr eng waren und sind.
- Aufgrund verschiedener freundschaftlicher Beziehungen zu Bekannten war und ist Tschechien für mich eine besonders interessante Region. Dadurch konnte ich die Veränderungen in den letzten 15 Jahren in der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Struktur unmittelbar mit eigenen Augen und auf sehr lebendige Art mitverfolgen. Alleine die Tatsache, dass man Veränderungen in der Landschaft und in der Gesellschaft sehen kann, zeigt in welch rasantem Ausmaß sich Regionen verändern und weiterentwickeln.
- Die vorliegende Diplomarbeit sollte weder ein rein theoretisches noch ein rein praktisches Werk werden, vielmehr eine Symbiose aus beidem, nämlich praktische Entwicklungen theoretisch zu betrachten und diese Beobachtungen und Analysen wieder auf die Praxis zurückreflektieren zu lassen.

Deshalb möchte ich in meiner Diplomarbeit versuchen, diese Bereiche zusammenführen und auf interdisziplinäre Weise erläutern, um tatsächlich neue, theoretisch fundierte und nachvollziehbare Erkenntnisse zu gewinnen.

1.3 Fragestellungen zum angewandten Teil

- Welche historischen Konstellationen stellen die Knotenpunkte der tschechischen Entwicklung dar und welche Faktoren führten zu diesen Konstellationen?
- Wie manifestiert sich die sozioökonomische Konditionalität Tschechiens in der Entwicklung der letzten 160 Jahre?

- Welche Wege wurden sowohl von internen, als auch externen Akteuren vorgeschlagen und beschritten, die der Entwicklung der Tschechischen Republik ihre signifikanten Wendungen gab und gibt?
- Welche Rolle spielen die veränderten Produktionsverhältnisse innerhalb des modernen Kapitalismus, d.h. eine Machtverschiebung zu Gunsten eines flexiblen und mobilen Kapitals (und zu Ungunsten einer nationalstaatlichen Entwicklung auf Basis des Interessensausgleichs zwischen Arbeit und Kapital) für die ökonomische Prosperität der Tschechischen Republik?
- Welche Maßnahmen/Strategien traf die tschechische Politik und Wirtschaft, um die Transformation vom Staatssozialismus zur Marktwirtschaft zu begleiten und wie wirken sich neue Formen kapitalistischer/neoliberaler Hegemonien auf diesen Prozess aus? Inwieweit stellt sich dieses Handeln überhaupt als unabhängig dar?

1.4 Methode

Ich werde die Arbeit im Großen und Ganzen in zwei Teile untergliedern. Im ersten Teil werde ich die theoretischen Grundlagen erörtern und untersuchen. Hier möchte ich vorwiegend auf das theoretische Konzept von Nicos Poulantzas verweisen, da er sich eingehend mit Brüchen und Kontinuitäten und mit Strategien, die den Zusammenhang zwischen Staatlichkeit und Produktionsweise determinieren beschäftigt, die bei vielen anderen WissenschaftlerInnen, insbesondere marxistischen AutorInnen, vernachlässigt werden.

„Poulantzas ging darüber hinaus auf andere wichtige Themen in der marxistischen Theorie ein. [...]: die vernachlässigte Bedeutung und Position der Nation als soziale Einheit und ihr Verhältnis zum Nationalismus; die ignorierten gegenwärtigen Bewegungsgesetze des Kapitalismus als Produktionsweise und die Krisenformen, die spezifisch für diese Gesetze seien; die vernachlässigte wahre Konfiguration des Imperialismus als ein internationales System ökonomischer und politischer Herrschaft; die ignorierte Form der bürokratischen Staaten in unterentwickelten Ländern, in denen sich sozialistische Revolutionen ereignet hatten. Natürlich konnte Poulantzas nicht alle diese komplexen Themen im Detail und mit der gleichen Rigorosität untersuchen, mit der er sich dem kapitalistischen Staat im Westen widmete. Aber bis zu einem gewissen Grad behandelte er jedes von ihnen. Er

beschäftigte sich besonders mit dem gegenwärtigen Imperialismus und mit der Form des modernen Kapitalismus als ein System der politischen Ökonomie. Er berührte ebenfalls Nation und Nationalismus, den bürokratischen Sozialismus und den Stalinismus. Kurz gesagt, er war ein ungewöhnlicher Marxist.“ [Jessop (2007): 154] Poulantzas Thesen stellen einerseits die Grundsäulen des theoretischen Korsetts der Diplomarbeit dar, andererseits eröffnen sie die Möglichkeit seine Gedanken in den praktischen Teil einzubauen, bzw. Autoren heranzuziehen, die ähnlich wie er dachten, oder sogar von ihm beeinflusst waren.

Im zweiten Abschnitt möchte ich die historischen Entwicklungslinien der Tschechischen Republik nachzeichnen und diese mit den theoretischen Erkenntnissen vergleichen und sie mit diesen in Zusammenhang setzen. Dabei soll v. a. die Zusammensetzung der Produktionsverhältnisse, das jeweilige Akkumulationsregime und die darunter liegenden Machtkonstellationen betrachtet werden.

In diesem Sinne wird die Arbeit einerseits eine diskursiv-analytische Darstellung eines theoretischen Ansatzes, der andererseits wiederum die Basis für weiterführende Erklärungen und Analysen liefern soll, indem er auf eine staatlich-räumliche, bzw. sozioökonomische Entwicklung am Beispiel der Tschechischen Republik angewendet werden soll.

2 Nicos Poulantzas: Leben, Werk und theoretische Hintergründe

Diese Arbeit ist, wie bereits mehrfach erwähnt wesentlich beeinflusst von den Gedanken des griechisch-französischen Philosophen Nicos Poulantzas. Deshalb soll zu Beginn des theoretischen Teils der vorliegenden Diplomarbeit Platz für die Rezeption seines Lebens und seines Werkes geboten werden.

Es soll in der gebotenen Kürze dargestellt werden, wer zu seiner Entwicklung beigetragen hat, welche Ideen und Theorien ihn beeinflusst haben und inwieweit seine eigenen Schriften Auswirkungen auf nachfolgende Diskurse gehabt haben.

Nicos Poulantzas wurde im September 1936 in Griechenland als Sohn bürgerlicher Eltern geboren. Poulantzas nimmt unter den marxistischen Autoren eine durchaus einzigartige Rolle ein. So schreiben Bretthauer, et.al. in ihrer Einleitung zum Buch „Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie: „Kurz vor dem Zweiten Weltkrieg geboren, war er zu jung, um zum Kreis der ›großen‹ Theoretiker der Nachkriegszeit (Max Horkheimer, Herbert Marcuse, Theodor W. Adorno, Jean-Paul Sartre, Louis Althusser u.a.) gezählt zu werden, die in der Öffentlichkeit vor allem als geistige Urheber der Revolte von 1968 wahrgenommen wurden. Da er sich 1979 das Leben nahm, erlebte er aber auch nicht mehr mit, wie seine eigene Generation nach der neoliberalen Offensive der achtziger Jahre und vor allem nach dem Bruch von 1989 massiv an Einfluss verlor, um dann im Zuge des Wiederauflebens des öffentlichen Interesses an Karl Marx und von ihm inspirierter Gesellschaftstheorie und -kritik ab Ende der neunziger Jahre neues Gehör zu finden.“ [Bretthauer, et al. (2007): S. 7]

Nicos Poulantzas war ein außergewöhnlicher Charakter, der sich bereits in den 1950er Jahren in der griechischen StudentInnenbewegung (EDA) engagierte und sich später, als er bereits in Frankreich lebte, der verbotenen Griechischen Kommunistischen Partei anschloss. Aufgrund des Verbots der Kommunistischen Partei war es allerdings sehr schwierig, in Griechenland an klassische marxistische Texte zu gelangen. [vgl. Hall (1980): S. 60]

1957 schloss er, wie bereits sein Vater, das Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Athen ab. Bedrängt von der intellektuellen Leere und der politischen Repression der Militärdiktatur in Griechenland ging Poulantzas jedoch Anfang der 1960er Jahre ins Ausland. Er wollte zunächst in Deutschland, genauer in München und Heidelberg studieren, fühlte sich allerdings durch das dort vorherrschende konservative Denken abgeschreckt. Erst in Frankreich fand er ein für sich akzeptables wissenschaftliches Milieu vor, in dem er zuerst mit den Schriften von Jean Paul Satre und Lucien Goldmann in Kontakt kam. Er absolvierte ein postgraduales Studium an der Universität Paris und schloss 1964 sein Studium der Rechtsphilosophie mit zwei rechtsphilosophischen Arbeiten ab, die bereits die weitere Richtung seines Denkens aufzeigten. Eine der zwei Arbeiten mit dem Titel „Nature des Choses et Droit. Essai sur la dialectique du fait et de la valeur.“ beschäftigt sich mit Fragen des Naturrechtes und der Auseinandersetzung zwischen Rechtspositivismus und der Auffassung der Naturrechtsvertreter, wonach sich alles Recht von der menschlichen Moralität ableiten lässt. [vgl. Martin (2009)]

In diese Zeit fällt auch die stärker werdende Beeinflussung durch die Arbeiten von Louis Althusser, die in ihm eine Hinwendung zur politischen Theorie bewirkten. Er entwickelte auf dieser Grundlage seine Theorie des kapitalistischen Staatstyps. 1968 veröffentlichte er seine ersten Texte über den Staat, die streng antiempirisch waren und in denen er die Ökonomie, das Politische und die Ideologie in drei spezifische Ebenen unterteilte. Damit grenzte er sich auch bewusst von Antonio Gramsci ab, der ihm allerdings später wichtige Impulse für seine weiteren Arbeiten geben sollte. Poulantzas widersetzte sich dem Denken, dass der Staat als Teil der Gesellschaft diese repräsentiere, sondern dass die Gesellschaft vielmehr eine gespaltene Einheit darstelle, in der der Staat eine eigenständige Position einnimmt und sich über die Gesellschaft erhebt. Daraus entwickelte er später den Terminus „relative Autonomie“, auf den noch näher eingegangen werden wird. [vgl. Poulantzas (2002): S. 10f.]

Poulantzas war insofern eine Ausnahmeerscheinung innerhalb der zeitgenössischen wissenschaftlichen Community, da er sich zunehmend von dogmatischen marxistischen Positionen zu lösen und verstärkt sein eigenes Konzept staatlicher Herrschaft und dessen Interaktion mit der kapitalistischen Produktionsweise zu entwickeln begann.

In Anlehnung an Karl Marx und Antonio Gramsci, wohl aber auch geprägt durch die revolutionären Bewegungen des Jahres 1968 fokussierte Poulantzas zunehmend auf die Rolle der Parteien und der sozialen Bewegungen im Kontrast zu den Organisationsstrukturen der Machtapparate innerhalb kapitalistischer Gesellschaftsmodelle. Damit formulierte Poulantzas nicht nur Analysen zu aktuellen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verschiebungen, sondern bot auch konkrete Handlungsanleitungen zur Partizipation innerhalb von Massenbewegungen und deren Rolle bei der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Er wandte sich, wie bereits erwähnt von starren Auslegungen der klassischen marxistischen Literatur ab und setzt sich vielmehr mit Fragen des demokratischen Sozialismus und dessen Realisierung auseinander.

Die gesellschaftliche Wirklichkeit, mit der er in seiner kurzen Lebenszeit konfrontiert war, spielten dabei sicher eine Rolle, da er sich nicht von den Auseinandersetzungen der zwei großen ideologischen Systemkonfigurationen beeinflussen ließ und bereits neue Ideen entwickelte, die den zunehmend stärker werdenden sozialen Bewegungen geschuldet sind. Die (marxistischen) PhilosophInnen und TheoretikerInnen, die ihn überlebten, kämpften nach 1989 mit einer ablehnenden Haltung der Öffentlichkeit gegenüber ihren Positionen, die so offensichtlich von der weltgeschichtlichen Entwicklung überholt wurden und damit endgültig obsolet geworden sind.

„Ohne Konzessionen an einen post- oder gar antimarxistischen Zeitgeist machen zu müssen, wie er unmittelbar nach dem Zusammenbruch des autoritären Sozialismus hegemonial wurde, thematisiert Poulantzas zahlreiche Aspekte der Veränderungen des Kapitalismus und stellt sich dem Problem der Erstarrung und Dogmatisierung marxistischer Theorie.“ [Bretthauer, et.al. (2007): S. 8]

Dennoch taten sich viele Anführer von kritischen Bewegungen und Parteien, sozialen und ökologischen Gruppierungen, heute würde man sie Opinion Leader nennen, schwer, die von Poulantzas formulierten Forderungen aufzugreifen. Zum einen waren sie nur eingeschränkt für die Massen verständlich, zumal sie selbst wissenschaftlich und theoretisch geschulte LeserInnen vor erhebliche Schwierigkeiten stellen, zum anderen scheiterten sie aufgrund ihrer Komplexität und Radikalität oft schlicht und ergreifend an den realpolitischen Verhältnissen, die nicht

so einfach zu kippen waren. Hinzu kam sicherlich auch die gegenüber dem deterministisch-marxistischen Entwicklungsdenken immer kritischer werdende Haltung, die eine allgemeine Infragestellung linker Theorien nach sich zog, eine grundlegende Veränderung im fordistischen Akkumulationsmodell und die zunehmende Aufspaltung der Interessen innerhalb der für Poulantzas' theoretisches Gesamtwerk so bedeutsamen Klassenfraktionen.

So birgt Poulantzas eigene Erkenntnis über den Staat, die er sich in Anlehnung an Antonio Gramsci zurechtgelegt hat, nicht nur die Möglichkeit einer radikalen Umgestaltung, sondern auch die Gefahr, einer Einbindung der subalternen Klassen innerhalb des bestehenden Systems, das er vehement kritisiert, indem die Fraktionen des Machtblocks [Anm.: der Begriff wird weiter unten genauer erklärt], um in der Sprache Poulantzas zu bleiben, die Volksklassen in einen Reformprozess integriert und damit das System zu erhalten versucht und nicht abzuschaffen.

„[...] Poulantzas [...] zerredete den Staat als »eine materielle und spezifische Verdichtung eines Kräfteverhältnisses, das ein Klassenverhältnis ist«. Wenn der Staat ein Klassenverhältnis ist und nicht eine objektive Form politischer Herrschaft, welche die Klassen zugleich transzendiert und integriert, dann kann man dieses Verhältnis [...] zu seinen eigenen Gunsten »verschieben«. Eben das ist aber keine Staatskritik, sondern die Einladung zum Mitmachen, zum Streiten für Reformen und mehr »Sozialverträglichkeit«. [Lenhard (2009)]

Verunsichert und enttäuscht von den gesellschaftlichen Entwicklungen und aus Angst vor dem Scheitern seiner eigenen Forderungen warf er sich im September 1979 vor ein Auto. Damit jährt sich sein Todestag heuer zum einundvierzigsten Mal. Wie Demirovic, Hirsch und Jessop in ihrer Neuauflage der „Staatstheorie“ von Nicos Poulantzas schreiben, fehlt er gerade zu einem Zeitpunkt, wo seine Arbeiten zur paradigmatischen Fortentwicklung der kritisch-materialistischen Analyse beitragen hätte können oder müssen. [vgl. Poulantzas (2006): S. 14]

Nichts desto trotz werden viele seiner Gedanken gerade heute wieder aufgegriffen, bzw. werden von engagierten WissenschaftlerInnen, wie Alex Demirović, Bob Jessop, Joachim Hirsch, u.v.m. weiter getragen. Zudem bedienen sich auch wieder linke, bzw. kritische Medien aufgrund seines unkonventionellen Zugangs zu

klassischen Theorien, seinem Beitrag zu einer marxistischen Staatstheorie (der selbst im Gegensatz zu den Aussagen von Karl Marx viel konkreter ist) und seiner inhärenten Adaption- und Anpassungsmöglichkeiten an aktuelle Themen und Fragen vermehrt den Schriften Nicos Poulantzas'. Sie werden heute gemeinsam mit Schriften von Antonio Gramsci, Louis Althusser, die Philosophen der Frankfurter Schule bis hin zu Strukturalisten wie Michel Foucault und vielen mehr gleichberechtigt diskutiert.

2.1 Akkumulationsregime, Staatlichkeit und Herrschaft: Theoretische Betrachtungen

Es muss vorweg darauf hingewiesen werden, dass Begrifflichkeiten, ja sogar Satzkonstruktionen im Lichte des ideologischen und politischen Aktionsrahmens begriffen werden müssen. Nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Mittel- und Osteuropa kam es zu einem Bruch nicht nur mit der marxistisch-sozialistischen Wissenschaftstheorie, sondern auch mit anderen, neomarxistischen, globalisierungs- und kapitalismuskritischen Ansätzen, wobei auf theoretischer Ebene der zunehmende Einfluss neoliberaler Praktiken auch den realen Veränderungen entsprach und die Auseinandersetzung mit bestimmten Themen auf Basis anderer Interpretationsmuster verdrängte. „Insbesondere die Offensive politikberatender Wissenschaftszweige nach 1989 führte dazu, dass die marxistische Staatstheorie nur noch an wenigen Universitäten in Deutschland institutionell repräsentiert ist.“ [Bretthausen et al. (2006): S. 9]

Die vorliegende Diplomarbeit soll u. a. einen kleinen Beitrag dazu leisten, dieses entstandene Vakuum, wenn schon nicht zu füllen, so doch wieder am Rande aufzugreifen und in das Bewusstsein wissenschaftlich arbeitender und denkender Menschen zurückzubringen. Jede wissenschaftliche Auseinandersetzung hat ihre Berechtigung und nimmt in der Gesamtbetrachtung bestimmter Phänomene und historischer Entwicklungslinien einen wichtigen Stellenwert ein. Bestimmte Interpretationen aufgrund ihrer politischen und ideologischen Unliebsamkeit auszublenden ist eine, meiner Meinung nach unzulässige Verkürzung wissenschaftlichen Denkens und Arbeitens und tradiert damit hierarchische, hegemoniale und machtpolitische Interessen.

Gerade in den letzten Monaten wurde intensiv über die Bedeutung von globalen Finanzmärkten berichtet und diskutiert, zumal es Beispiele gibt, wo AkteurInnen in kurzer Zeit sehr viel Geld verdient, aber auch verloren haben. Die enorme Expansion, aber auch die Krisenanfälligkeit von finanzmarktbasierenden Entwicklungen interessiert und fasziniert KritikerInnen gleichermaßen, wie BefürworterInnen von dynamischen, kapitalistischen Systemen. Die Wissenschaft, insbesondere ökonomische Disziplinen, stellen sich die Frage, wie und auf welchem Niveau man finanzmarktgetriebene Akkumulationsregime stabilisieren und die kurzlebige Dynamik in ein langfristiges Wachstumspotenzial umwandeln kann. Grundlage dieser Finanzhysterie waren die Entwicklung neuer Technologien, neuer und schnellerer Kommunikationsformen, der breite Einsatz von menschlichem und technischem Know-how, sowie die Rationalisierung und Effizienzsteigerung von Produktionszyklen. „Die Hauptillusion bestand darin zu glauben, dass die Finanzsphäre (die Börse) dauerhaft von der realen Wirtschaft abweichen könne.“ [Husson (2004): S. 135]

Finanzmarktkrisen, Kursrückgänge an den Börsen, Liquiditätsprobleme auf dem Geldmarkt, Konkurse großer Unternehmen und Banken, unzureichende Risikoeinschätzungen, usw. führen uns aber immer wieder vor Augen, dass gerade dieser Bereich permanenten Unsicherheiten unterworfen ist und weitgehend von einer Überbewertung und einem Informationsdefizit geprägt ist.

Gerade in der jetzigen Situation einer internationalen, zuerst von den USA ausgehenden, Finanz-, Immobilien- und Wirtschaftskrise, zeigt sich, wie komplex verwoben Finanzmärkte sind und wie schwer durchschaubar ihre Wirkmechanismen funktionieren. Es zeigt sich aber noch etwas, nämlich wie eng die reale ökonomische Basis mit Finanzmarktprodukten und –titeln zusammenhängt und wie sehr Spekulationen Wertverluste verursachen können.

„Vermögen“ oder „Kapital“, das aus Wertpapieren besteht ist weitgehend fiktiv. Es besteht aus Forderungen, d.h. aus Versprechen bezüglich zukünftiger produktiver Aktivität, die auf einem besonderen Markt gehandelt werden, der den „Preis“ dieser Forderungen nach spezifischen Mechanismen und Konventionen festlegt. [...] Wenn Börsenkrachs oder finanzielle Zusammenbrüche größeren Ausmaßes eintreten, wird dieser fiktive Charakter offensichtlich. Die Auswirkungen dieser Wertzerstörung auf die reale Wirtschaft können katastrophal sein, insbesondere wenn sie die andere

wichtige Form von fiktivem Kapital destabilisieren, nämlich die Forderungen aus älteren, mittel- und langfristigen Bankkrediten an Industrie und Immobilien.“ [Chesnais (2004): S. 226f]

Eine ähnliche Entwicklung konnte man in den vergangenen Jahren weltweit, insbesondere aber in den USA beobachten. Interessanterweise griff die Krise aber auch auf andere Länder und Akteure über, da viele in die Geschäfte mit „faulen“ Krediten (z.B. Derivate) involviert waren, diese Aktivitäten aber vollkommen intransparent waren und erst mit aktuellen Bilanzen und wirtschaftlichen Problemen bestimmter Banken und Unternehmen bekannt wurden. So mussten z.B. auch viele europäische Banken Werte in Milliardenhöhe abschreiben und konnten vielfach nur durch Verstaatlichung, Teilverstaatlichung, bzw. staatlichen Garantien und Partizipationskapital aufgefangen werden. Besonders geschockt zeigte sich der internationale Wirtschafts- und Banksektor aufgrund des Zusammenbruchs einer der größten Investmentbanken der Welt, Lehman Brothers, und der darauf folgenden nachhaltigen Destabilisierung des gesamten Finanzbereichs, der sogar ganze Staaten an den Rande des Bankrotts brachte (vgl. Island), bzw. viele Regionen und Währungen in arge Bedrängnis geraten ließ (vgl. Ungarn). Der Ausgang der Krise ist bislang ungewiss, eines zeigt sich aber schon jetzt: Es handelt sich dabei nicht um eine regionale, bzw. zeitlich befristete Konjunkturschwankung, sondern um eine echte Neuorientierung innerhalb des globalen Kapitalismus. Nach dem Deregulierungshype in den 1980ern und 1990ern scheint es im Moment um die kurzfristige Stabilisierung des Kapitalismus und um die langfristige Erschließung neuer Profitquellen (Sozialbereiche, Umwelttechnologien, etc.) zu gehen, um wieder Wachstum und Stabilität zu gewährleisten.

Die Suche und Erschließung von neuen und immer profitträchtigeren Märkten ist somit ein zentrales Merkmal kapitalistischer Entwicklung und formt ein System, in dem es zu einer vollkommenen „Kommodifizierung“ [vgl. Husson (2004): S. 147] sämtlicher Bereiche kommt. Das Kapital wurde so zu einem Motor einer globalen kapitalistischen Entwicklung, die Ungleichheiten vertieft und nicht vermindert, die dazu führt, dass die Einkommen aus Finanztiteln die realen Löhne um ein Vielfaches übersteigen und ein Netz aus imaginären, aber gewinnträchtigen Finanzprodukten erzeugt. „Die unproduktive Geldschwemme ist Ergebnis eines ökonomischen

Teufelskreises, der mit der Liberalisierung losgetreten wurde. Sie koppelt die beteiligten Volkswirtschaften aneinander, erzeugt Währungsunsicherheit und trieb die realen Zinsen an den Kapitalmärkten nach oben. In der Folge stiegen die Kapitaleinkommen, während die Löhne stagnierten und die Investitionen sogar sanken. So wuchsen die Geldvermögen bei Unternehmen und Privatleuten weit schneller als die Wirtschaft insgesamt. Der Überhang an liquidem Kapital, das weder investiert noch konsumiert wird, lieferte den Rohstoff für die Aufblähung der Finanzbranche und die immer häufigere Bildung von spekulativen Blasen an den Wertpapiermärkten.“ [Grefe, et al. (2003): S. 38]

Die Einbeziehung der gesamten Welt und sämtlicher sozialer und wirtschaftlicher Bereiche in dieses finanzmarktdominierte System war zugleich Grundvoraussetzung und Ergebnis, um die Expansion kapitalistischer Interessen und den Nachschub an Geldmengen und verfügbaren lukrativen Märkten zu gewährleisten. Die Dynamik der Entwicklung ist enorm und betrifft mittlerweile alle Räume der Erde.

Dieses System schafft zusätzlich ein weiteres Phänomen. Finanzielle Mittel werden auch aus politischen und sozialen Gründen in bestimmte Kanäle gelenkt, um damit Länder zu unterstützen, oder eben zu destabilisieren. So gesehen hat das Kapital immer auch eine geostrategische und politische Funktion und erzeugt Spannungen, die ökonomisch gestützt werden.

Es stellt sich nun die Frage, in welchem Zusammenhang man die Entwicklung der Tschechischen Republik mit den Veränderungen auf dem globalen Finanzmarkt sehen kann. Warum braucht es allgemeine Erklärungen über finanzmarktbasierte Akkumulationszyklen, um deren Einflüsse auf eine bestimmte Region verständlich machen zu können?

In den folgenden, vorwiegend bespielorientierten Kapiteln wird sich zeigen, dass es signifikante Zusammenhänge zwischen internationalen Umbrüchen und internen Bedingungen gibt.

Insbesondere die Transformationsphase verdeutlicht die Abhängigkeit geographischer Räume von den ideologischen und wirtschaftspolitischen Paradigmen global agierender Konzerne und mächtiger politischer AkteurInnen.

In den frei werdenden industriellen Kapazitäten nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus, in den billigen Lohnkosten und in der Suche nach neuen

Absatzmärkten für westliche Produkte sahen viele Unternehmen eine neue Chance ihre Profitraten hochzuschrauben. „Die gleichzeitig stattfindende Privatisierung, die sämtliche Branchen und Standorte in Osteuropa (weniger und teilweise erst später in den ex-sowjetischen Ländern) betraf, machte Osteuropa für die Global Players aus dem Westen zum Investitions-Eldorado. Vom Bankensektor abwärts gehört zehn Jahre nach der Wende so gut wie jeder profitable Betrieb ausländischen EignerInnen. [...] Sämtliche osteuropäische Länder [...] weisen seit Jahren ein extrem hohes Leistungsbilanzdefizit aus, das im Jahr 2004 zwischen fünf Prozent des BIP (in Tschechien, Polen, Kroatien), acht Prozent des BIP (in Estland und Lettland) liegt. Die im Vergleich dazu hohen Wachstumsraten verraten den Ursprung dieser negativen Leistungsbilanz: die Rückführung der Gewinne westeuropäischer und US-amerikanischer (in Einzelfällen auch indischer oder ostasiatischer) Unternehmen. Die osteuropäischen Staaten [...] sind über die vergangenen eineinhalb Jahrzehnte zur Peripherie des Westens geworden. Ihre industriellen Kapazitäten richten sich weitgehend am EU-Markt aus, für den ihre ProduzentInnen auf verlängerten Werkbänken billig produzieren.“ [Komlosy/Hofbauer (2006): 232f.]

Aber gerade die Wiedereinführung der Marktwirtschaft, die Veränderung der kapitalistischen Produktionsweise selbst und die vorangetriebene Durchsetzung eines „finanzdominierten Akkumulationsregimes“¹ schufen die Voraussetzungen und die Basis, auf der heute politische, soziale und wirtschaftliche Interessenskonflikte ausgetragen werden.

Somit führten gerade auch FDIs westlicher Unternehmen und Staaten in Tschechien zu einer rapiden ökonomischen und sozialen Veränderung innerhalb der Gesellschaft.

¹ „Meines Wissens war ich der erste oder unter den ersten, die den Begriff des „finanzdominierten Akkumulationsregimes“ benutzt haben (Chesnais 1997b). Der Begriff diente dazu, eine meiner Ansicht nach neue Konfiguration des Kapitalismus zu bezeichnen, in der die Akkumulation und ihr *konkreter* wirtschaftlicher und sozialer Inhalt durch gewisse wirtschaftliche und soziale Positionen bestimmt werden, die von einer hoch konzentrierten Form des Kapitals erobert – und dieser Form auch zugestanden werden.“ [Chesnais (2004): S. 220]

2.1.1 Akkumulation bzw. Akkumulationsregime

Der Begriff Akkumulationsregime beschreibt im Grunde die expansive Entwicklung einer kapitalistischen Produktionsweise. Für die spezifische Ausprägung eines Akkumulationsregimes ist insbesondere die konkrete Ordnung und die Organisation der kapitalistischen Warenwirtschaft von Bedeutung.

Zugegeben, Wikipedia ist oftmals eine denkbar schlechte Quelle für Begriffsdefinitionen. In diesem Fall lohnt es sich allerdings, zumindest einen Blick darauf zu werfen, wie der Begriff Akkumulationsregime in einem für einen breiten Interessentenkreis bestimmten Medium definiert ist:

„Ein Akkumulationsregime ist die Organisation der Produktion und der Kapitalflüsse einschließlich des Modus der Entlohnung, der Mehrwerterzeugung und Verteilung, der Staatsquote und deren Flexibilität.

Das Akkumulations-Regime beschreibt die Wachstumsperioden der Entwicklung eines kapitalistischen Wirtschaftssystems mit dem Wechselspiel von Transformation, Normen der Produktion und Konsumption sowie der Organisation der Ökonomie und Gesellschaft. Es soll über eine bestimmte Produktionsweise von Gütern die Bedürfnisbefriedigung der Menschen sichern. [...] Da heute viele Bedürfnisse in den Industrieländern warenförmig gestillt sind (Fernseher, Kühlschrank, Telefon, Auto), findet sich schwer ein neues Akkumulationsregime. Bedürfnisse im Sozialen, die zweifelsfrei bestehen, wie Altersversorgung, Pflege, Bildung und Kinderbetreuung können ohne Intervention von außerhalb des Marktes nicht von selbst zu einem neuen Akkumulationsregime führen. Unabsehbar ist die Bedeutung der Biotechnologie als eventueller Leittechnologie eines neuen Akkumulationsregimes, das vage als Postfordismus bezeichnet wird. Das Wechseln eines Akkumulationsregimes ging bis dato krisenhaft vor sich. [wikipedia (2009): Regulationstheorie]

Hier zeigen sich bereits ein paar wesentliche Element des Begriffes. Er bezieht sich nämlich ausschließlich auf kapitalistische Produktionsformen und auf krisenhafte Veränderungen von Akkumulationsregimes, was für die vorliegende Arbeit von erheblicher Bedeutung ist.

In der aufmerksamen Lektüre von Karl Marx wird klar, dass der Begriff der Akkumulation mindestens drei Dimensionen umfasst, die zwar miteinander verwandt sind und sogar ineinander übergehen können, dennoch müssen sie in konzeptioneller Hinsicht und auch im Hinblick auf ihre soziale Dimension klar voneinander abgegrenzt werden. Zum ersten meint der Begriff „das Anwachsen von Mitteln und Produktionskapazitäten durch Investitionen und die Ausweitung der kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse auf Länder oder Sektoren und soziale Aktivitäten, die diesen Verhältnissen noch nicht unterworfen waren.“ [Chesnais (2004): S. 223]

In der zweiten Dimension geht es um die Kommodifizierung und die Integration von Bereichen, die bis dahin den kapitalistischen Verwertungsprozessen entzogen waren. Dabei geht es vorwiegend um die Ausweitung und Erschließung von räumlichen und sozialen Bereichen für die kapitalistische Marktlogik.

Die Ware spielt bei Marx deshalb eine entscheidende Rolle, insbesondere als sie sich auf zwei Formen bezieht: die Naturalform und die Wertform. Die Naturalform ist bestimmt durch den Gebrauchswert, die Wertform durch die notwendige Verwertbarkeit. „Waren kommen zur Welt in der Form von Gebrauchswerten oder Warenkörpern, als Eisen, Leinwand, Weizen usw. Es ist dies ihre hausbackene Naturalform. Sie sind jedoch nur Waren, weil Doppelpertes, Gebrauchsgegenstände und zugleich Werträger. Sie erscheinen daher nur als Waren oder besitzen nur die Form von Waren, sofern sie Doppelform besitzen, Naturalform und Wertform.“ [Marx (1957): S. 27]

Auch Chesnais geht in seinem Artikel genauer darauf ein, indem er schreibt: „Der Begriff der Akkumulation meint gleichzeitig das Anwachsen von Mitteln und Produktionskapazitäten durch Investitionen und die Ausweitung der kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse auf Länder oder Sektoren und soziale Aktivitäten, die diesen Verhältnissen noch nicht unterworfen waren.“ [Chesnais (2004): S. 223]

Die dritte Dimension bezieht sich schlussendlich auf eine Metaebene im kapitalistischen System, einer Machtebene, die ohne neue Investitionen, bzw. entmaterialisierten Investitionsformen auskommt, nämlich Aneignung, Abschöpfung

und Zentralisierung. Chesnais schreibt, dass „[d]ie Zentralisierung durch Unterwerfung und Aneignung [...] eine Modalität der Akkumulation [ist].“ [Chesnais (2004): S. 223] Besondere Beispiele hierfür waren wirtschaftliche Monopole und Unternehmensgeflechte, die aufgrund ihrer ökonomischen Stärke, Werte zu Lasten anderer kapitalistischer Unternehmen abschöpfen können (z.B. von Zulieferbetrieben, etc.)

Bereits Rosa Luxemburg verweist in ihrem Buch „Die Akkumulation des Kapitals“ eindringlich auf die Leistung von Karl Marx, sich intensiv mit der Frage der Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals beschäftigt zu haben. Dabei verweist sie auf seine Erkenntnis, dass sich das Kapital über den Produktionszyklus vermehrt. „Die Herstellung der Waren ist nicht Zweck für den kapitalistischen Produzenten, sondern bloß Mittel zur Aneignung des Mehrwertes.“ [Luxemburg (1921): S. 8]

Bei Marx, auf den Luxemburg aufbaut findet sich diese Originalgleichung in folgender Zusammensetzung: $G - W - G'$ (d.h. Geld – Ware – Geld+Zuwachs). Marx beschränkt sich aber nicht auf die Frage, wie denn nun im kapitalistischen System mehr Geld geschaffen wird, sondern positioniert sich um das Phänomen der Zirkulation von Waren und Kapital. Geld allein macht den Geldbesitzer noch nicht zum Kapitalisten, erst der zirkuläre Verwertungsprozess, der endlos ist, schafft ein kapitalistisches Produktionsregime. „Fixiert man die besonderen Erscheinungsformen, welche der sich verwertende Wert im Kreislauf seines Lebens abwechselnd annimmt, so erhält man die Erklärung: Kapital ist Geld, Kapital ist Ware. In der Tat aber wird der Wert hier das Subjekt eines Prozesses, worin er unter dem beständigen Wechsel der Formen von Geld und Ware seine Größe selbst verändert, sich als Mehrwert von sich selbst als ursprünglichem Wert abstößt, sich selbst verwertet. Denn die Bewegung, worin er Mehrwert zusetzt, ist seine eigene Bewegung, seine Verwertung also Selbstverwertung. Er hat die okkulte Qualität erhalten, Wert zu setzen, weil er Wert ist. Er wirft lebendige Junge oder legt wenigstens goldene Eier.“ [Marx (1957): S. 117]

Andreas Novy unterscheidet in seiner Habilitation, in Anlehnung an Hübner fünf Ebenen eines Akkumulationsregimes: „Ein Akkumulationsregime umfasst die folgenden fünf Dimensionen:

- Der Typus von Produktionsorganisation und die Stellung der Lohnabhängigen innerhalb des Produktionsprozesses;
- Der zeitliche Horizont der Kapitalbildung und –verwertung, insbesondere auch die Frage der Finanzierung;
- Die Aufteilung des Wertprodukts in Löhne und Profite (sowie Steuern), die die dynamische Reproduktion von Klassen und gesellschaftlichen Gruppen ermöglicht;
- Die Zusammensetzung der gesellschaftlichen Nachfrage, auch bezogen auf die Entwicklung der Produktionskapazitäten in den verschiedenen Branchen;
- Der Artikulationsmodus mit nicht-kapitalistischen Formen.“

[Hübner (1990): 140]

Zusammenfassend und als solches in der Arbeit zu verstehende Definition des Begriffes Akkumulationsregime kann gesagt werden, dass es sich um eine umfassende, volkswirtschaftliche, soziale, politökonomische ja sogar kulturelle Organisationsform handelt, die die gesamte gesellschaftliche Realität hinsichtlich Macht-, Kapital-, Verteilungs-, Finanzierungs- und Produktionsbedingungen bestimmt.

Dieser Begriff ist für die Arbeit von besonderer Bedeutung, da man anhand des Begriffes Verschiebungen innerhalb der Grundfaktoren beschreiben kann und damit auch die gesellschaftlichen Auswirkung messen und sichtbar machen kann. Andererseits wird sich aber auch zeigen, dass vermeintlich große Einschnitte die grundlegende Ausrichtung des Akkumulationsregimes nur wenig erschüttern und dieses sogar selbst mitunter zur Triebfeder von Reformen wird, um sich selbst in seiner Existenz zu erhalten.

2.1.2 Staatlichkeit

Der Begriff der Staatlichkeit erfuhr historisch zahlreiche Definitionen und Ergänzungen und es ist schwierig eine umfassende, einheitliche Beschreibung zu machen, zumal sie in vielerlei Hinsicht ideologisch gefärbt und im bewussten Interesse einer gesellschaftlichen Formation heraus entwickelt wurden. Daraus leitet sich allerdings bereits eine Grundfunktion ab, die die Staatlichkeit determiniert,

nämlich die Frage nach der Macht und ihrer Verteilung. Ich möchte mich, entsprechend des Titels der Diplomarbeit an die Ausführungen bei Nicos Poulantzas halten, ohne allerdings kritische Standpunkte dazu aus den Augen zu verlieren.

Poulantzas orientiert sich zuallererst an Formen kapitalistischer Staatlichkeit und seine Theorie lässt sich nicht von der Geschichte der Konstitution und Reproduktion des kapitalistischen Staates trennen. Der kapitalistische Staat zeichnet sich durch eine relative Trennung von den Produktionsverhältnissen aus, die jedoch die Grundlage für seinen organisatorischen Aufbau darstellen. Aus dem Primat der Produktionsverhältnisse (einer Doppelbeziehung von ökonomischem Eigentum und Besitz) leiten sich die ideologischen und politischen Beziehungen zwischen den Klassen, also einer Machtbeziehung, ab. [vgl. Poulantzas (2002): S. 54f.]

Bestimmend für den Staat und die Staatlichkeit ist der Kohäsionsfaktor. Trotz der Klassenkonflikte im Staat, seiner innerlichen Widersprüche und Gegensätze schafft der Staat die Grundbedingungen seines Zusammenhaltes, indem er die Klassenherrschaft bestätigt und legitimiert. Man darf das allerdings nicht als Loslösung von der Gesellschaft betrachten, als unabhängigen Raum, der vom Staat besetzt ist und von Außen sozusagen die Kette um den Gesellschaftskörper legt, um diesen zu formen und zusammenzuhalten. Vielmehr werden die ökonomischen Widersprüchlichkeiten auf dem Terrain des Staates selbst ausgetragen. Er organisiert darin die Einheit der kapitalistischen Gesellschaftsformation und sichert sie ab. [vgl. Demirović (2007): S. 73ff.]

Poulantzas entwickelt dazu zwei zentrale Begriffe: „Block an der Macht“ und „Relative Autonomie“.

„In Politische Macht und soziale Klassen verhält sich der ‚Machtblock‘ zum ‚Staat‘ wie das ‚Feld des Klassenkampfes‘ zur Gesamtheit der ‚Strukturen‘; er ist die in einer spezifischen Form organisierte Klassenpraxis der herrschenden Klassen. Der ‚plural‘ zusammengesetzte Machtblock ist die Auswirkung der Struktur des kapitalistischen Staates auf dieses Feld. [...] Der Machtblock ist in die Strukturen des kapitalistischen Staates eingeschrieben. [...] Demnach zeichnet sich der kapitalistische Staat dadurch aus, dass er die herrschenden Klassen und –fraktionen zu einem Block organisiert, in dem sie ihre Kräfte wechselseitig in ein Verhältnis setzen können und müssen,

weil nur durch den Kampf um die Führung des Machtblocks sich diejenige Politik durchsetzt, die dem am höchsten entwickelten Niveau des Klassenkampfes gewachsen ist. Die Macht über die je ausgebeuteten Klassen wird durch die Struktur des Staates im Machtblock konzentriert, dadurch aber gleichzeitig transformiert und zu einem geregelten Wettbewerb um die Hegemonie vereinheitlicht. Die Stärke des kapitalistischen Staates ist, dass er einen pluralen Machtblock konstituiert, in dem sich die Macht aller herrschenden Klassen und –fraktionen durch Konkurrenz konzentriert und steigert.“ [Demirović (2007): S. 82f.]

Der Block an der Macht beinhaltet also nicht eine homogene herrschende Klasse, sondern ist geprägt von unterschiedlichen Interessen und durchzogen von Rissen und Gegensätzlichkeiten, die allerdings den grundlegenden Dominanzanspruch der einzelnen Subjekte innerhalb der Bourgeoisie markiert.

Poulantzas wendet sich damit sowohl gegen die monolithische Definition der MarxistInnen, dass die Bourgeoisie ein einheitliches Objekt innerhalb des Klassenkampfes bildet, als auch gegen die mikrokosmische Betrachtung französischer Philosophen wie Michel Foucault, die die Gesellschaft als Zusammensetzung unendlich fraktionierter und individueller Subjekte begreifen. „In ihrer [Anm. ME: Foucaults und Deleuzes] Konzeption löst sich die Macht in unzähligen Mikrosituationen auf, und die Bedeutung der Klassen und des Klassenkampfes sowie der zentralen Rolle des Staates wird unterschätzt.“ [Poulantzas (2002): S. 74]

Der Begriff der relativen Autonomie des Staates gegenüber seiner konstituierenden Gesellschaftsformationen ist ein Gegenkonzept zur Definition, wonach der Staat bloß Instrument in den Händen der herrschenden Klasse zur Unterdrückung des Proletariats sei. Vielmehr bewahrt der Staat aufgrund der Organisation und Repräsentation der Gesellschaft, die in sich widerstreitend und widersprüchlich ist, eine relative Autonomie gegenüber allen Fraktionen. [vgl. Demirović (2007): S. 83]

Die Entwicklung von Staatlichkeit und die Form des Staates ist abhängig von seiner historischen Entwicklung, seiner spezifischen Situation und lässt sich nicht für alle kapitalistischen Systeme gleichermaßen definieren. „Wenngleich der kapitalistische Staat das gleiche materielle Gerüst besitzt, nimmt dieses doch spezifische Formen

an, je nach den Besonderheiten des Klassenkampfes, der Organisation der Bourgeoisie und des Korpus der Intellektuellen in jedem konkreten kapitalistischen Staat und Land.“ [Poulantzas (2002): S. 89]

Poulantzas wirft Probleme mit seinen Begriffen „Machtblock“ und „relative Autonomie“ auf, die für die Definition von Staatlichkeit von Bedeutung sind. Wenn der Staat die Hegemonie der herrschenden Klasse repräsentiert, warum sollen diese zu repräsentierenden Interessen erst durch die konstitutive Präsenz des Staates etabliert werden. Diese Konzeptionalisierung stellt die klassische Frage dar „War zuerst die Henne, oder das Ei da?“. Existiert der Machtblock im oder vor dem Staat? Wenn er im Staat besteht, warum muss er dann erst wieder durch eine spezifische Repräsentationsform dargestellt werden? [vgl. Demirović (2007): S. 89]

Dieses Konzept ist für die Diplomarbeit insofern wichtig, als dadurch speziell die Zeit der kommunistischen Herrschaft in der Tschechoslowakei analysiert werden kann. Denn für Poulantzas sind der Staat und der Machtblock in seiner Repräsentationsfunktion in normalen bürgerlichen Verhältnissen identisch. Gerät dieses System allerdings in die Krise kommt es zu Autonomisierungsbestrebungen der Staatsapparate gegenüber den Fraktionen des Machtblocks und damit zu einer neuen Form, die Poulantzas „Autoritärer Etatismus“ nennt. [vgl. Demirović (2007): S. 89] Wenn auch Poulantzas die Form des Autoritären Etatismus besonders in kapitalistischen Systemen verortet, so können die Interpretationen dennoch auf die kommunistischen Regime in Mittel- und Osteuropa ausgedehnt werden, da es zu einer Neukonstituierung von Hegemonie, Interessen und Machtblock in einer historischen Tradition kommt. Das dies nicht eine Eigeninterpretation ist, soll ein wörtliches Zitat in Poulantzas' „Staatstheorie verdeutlichen: „Ich möchte [...] daran erinnern, dass bestimmte totalitäre Charakteristika der Macht in diesen Ländern [Anm. ME: des Ostens] meines Erachtens unter anderem (denn der Kapitalismus ist nicht die Wurzel allen Übels), allerdings zweifellos grundsätzlich in den >>kapitalistischen Aspekten<< dieser Staaten liegen, d.h. in den Produktionsverhältnissen und der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die ihn tragen. Aber auch hier stehen wir nicht vor der bloßen Entfaltung totalitärer Keime. Die diese Staaten kennzeichnenden totalitären Merkmale entstammen einer Reihe bestimmter historischer Faktoren (ökonomische, politische u. a. Faktoren), die ihnen eine

besondere Staatsform geben, die in diesen Ländern übrigens nicht die Ausnahme sondern die Regel ist. Selbst wenn diese Staaten bei weitem keine bloße Variante des autoritären Etatismus sind, wie wir ihn gegenwärtig in unseren Gesellschaften kennen, so sind sie andererseits doch mit ihm verwandt.“ [Poulantzas (2002): S. 236]

Für Poulantzas musste es besonders schwer sein zu erkennen, dass genau in jenen Ländern, die sich dem marxistischen Ideal verschrieben hatten, viele Freiheiten unterdrückt wurden und die Verwandtschaft mit genau jenen Elementen festzustellen, die er stets am Charakter des kapitalistischen Staates kritisierte. „Daß diese Freiheiten und diese Rechte in der Sphäre des „real existierenden Sozialismus“ *nicht existieren*, war für ihn als Kommunisten ein unerträglicher Skandal, weit mehr als eine bloße Abweichung.“ [Interview mit Nicos Poulantzas. In: Kritik (1980): S. 125]

Der Staat ist für Poulantzas also etwas, auf dessen Gebiet verschiedene Interessenskonflikte der unterschiedlichen Klassen ausgetragen werden. Der Staat ist damit nicht unmittelbar Instrument in der Hand einer Klasse, sondern wahrt seine relative Autonomie gegenüber den widerstreitenden Fraktionen. Normalerweise repräsentiert er dennoch die Hegemonie der Bourgeoisie, einer zwar quantitativen gesellschaftlichen Minderheit, jedoch aufgrund der ökonomischen Verhältnissen herrschenden Kraft (Block an der Macht). In Zeiten der Krise kommt es zu Autonomiebestrebungen, die sich in Form eines autoritären Etatismus ausdrückt und zu einer Transformation von Staatlichkeit führt.

Die Staatlichkeit ist sozusagen das Feld, wo Spannungen zwischen konkurrierenden Gruppen und Fraktionen ausgetragen werden, also eine analytische Ebene, in der bestimmte Positionen abgesteckt werden können und wo man die Funktionalität von Staatlichkeit überprüfen kann.

Herrschaft hingegen hat etwas mit einer qualitativen Beziehung zwischen diesen AkteurInnen zu tun. Wer positioniert sich wo, warum? Wer kann sich mit seinen Interessen stärker, oder besser durchsetzen. Weshalb gibt es überhaupt diese unterschiedlichen Standpunkte?

Die Herrschaft hat also etwas mit Hegemonie, mit Macht und mit Durchsetzungsfähigkeit zu tun, sie ist unmittelbar wirksam und erstreckt sich bis ins unmittelbare physische Leben eines/r jeden Beteiligten.

Die Begriffe herrschende und beherrschte Klasse in der marxistischen Theorie bezeugen die Wichtigkeit des Begriffes in kritischen Gesellschaftsanalysen. Sie fokussieren auf die unterschiedliche Verteilung von Macht und die realen Auswirkungen auf die gesellschaftliche Wirklichkeit.

Poulantzas schreibt in Anlehnung an Foucault: „*Das Machtfeld ist also strikt relational*. Die Macht einer Klasse (der herrschenden Klasse z.B.) ist keine Substanz, die diese Klasse in den Händen hält; sie ist keine quantifizierbare Größe, die die verschiedenen Klassen gegenseitig tauschen oder untereinander nach der alten Konzeption der Macht als Nullsumme aufteilen könnten. Die Macht einer Klasse ist zuerst ein Ausdruck ihrer objektiven Stellung innerhalb der ökonomischen, politischen und ideologischen Beziehungen. Diese Stellung umfasst die Praktiken der kämpfenden Massen, d.h. ungleiche Beziehungen von Herrschaft und Unterordnung, die in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung verankert sind und immer schon Machtverhältnisse waren. Die politische Macht einer Klasse, d.h. ihre Fähigkeit, ihre politischen Interessen zu realisieren, hängt nicht nur von ihrer Klassenstellung (ihrer Determination) ab, sondern auch von ihrer Position und Strategie den anderen Klassen gegenüber.“ [Poulantzas (2002): S. 178f.]

Und in Anlehnung an die Staatsdefinition schreibt Poulantzas weiter: „Der Staat ist der Ort der strategischen Organisation der herrschenden Klasse in ihrem Verhältnis zu den beherrschten Klassen. Er ist ein Ort und ein Zentrum der Machtausübung, besitzt jedoch selbst keine eigene Macht.“ [Poulantzas (2002): S. 178f.]

Herrschaft ist also determiniert von Machtverhältnissen und sie drückt sich unmittelbar, teils gewalttätig, teils durch hegemoniale gesellschaftliche Strukturen aus.

2.2 Kapitalismus und Staat – Staatlichkeit und Verdichtung von Klassenverhältnissen bei Nicos Poulantzas

Die weiter oben angeführte Begriffsdefinition des Staates, die sich vorwiegend an Nicos Poulantzas anlehnt, ist kritischen Bemerkungen gegenüber anfällig, da die Loslösung der Staatlichkeit von Klasseninteressen in dieser Definition nicht argumentativ begründet erscheint und in der realen Welt keinen entsprechenden Widerhall findet. In der Realität ist der Staat immer unmittelbar mit Klasseninteressen verknüpft und setzt sie durch Gesetze, Vorschriften und Normen fest und exekutiert sie durch seine Organe.

Wie aber schafft nun Nicos Poulantzas den Konnex zwischen Kapitalismus und Staatlichkeit? Wie bemächtigt sich eine gesellschaftliche Klasse des Staatsapparates und seiner Institutionen, um mit diesen seine Herrschaft über die gesamte Gesellschaft auszuüben? Diese Fragen sind zentral für das Verständnis von Poulantzas Staatstheorie, weil es bei ihm sehr wohl eine Interaktion von ökonomischen Klasseninteressen und staatlicher Herrschaft gibt, die die Strukturen einer Gesellschaft dominieren und fortsetzen.

Von besonderer Bedeutung dabei ist, dass Poulantzas die Verbindung von Ökonomie und Staat als gesellschaftliche Arbeitsteilung begreift. Er knüpft dabei „an kritische Diskussionen der ´68er-Bewegung über die Rolle von Wissenschaft und Experten, über das Verhältnis von Intellektuellen und Arbeiterklasse, das Verhältnis von Macht und Wissen an.“ [Demirović (2007): S. 216]

Wenn ein/e UnternehmerIn erfolgreich sein möchte, muss er/sie sich um seine/ihre Geschäfte kümmern, sein/ihr Unternehmen führen und versuchen am Markt erfolgreich zu sein. Damit bleibt ihm/ihr aber keine Zeit, um sich über politische Fragen, Fragen zur Organisation des Staates und der Bürokratie, etc. Gedanken zu machen. Das zentrale Ziel ist es also, diese Bereich zu delegieren und in Hände zu legen, die seine Vormachtstellung innerhalb der Gesellschaft festsetzen und manifestieren. „Der Staatsapparat ist seiner strategischen Organisation nach genau darauf ausgelegt, die intellektuell-organisatorischen Aufgaben zu übernehmen, die sich dem Bürgertum im Alltag seiner Geschäfte bei der Erhaltung und Erweiterung

seiner Existenzgrundlage stellen. Poulantzas übernimmt von Gramsci also eine Erklärung des Staates, die sich nicht auf ökonomische Aspekte bezieht, sondern vor allem auf Aspekte der Herrschaft, wie sie in den Produktionsverhältnissen und Arbeitsprozessen selbst schon vorkommen und zum Staat und zu staatlichen Politiken verallgemeinert und verdichtet werden.“ [Demirović (2007): S. 217f.]

Dies bedeutet, dass die Volksmassen von der Wissensproduktion, Wissensvermittlung, intellektuellen Herrschaft und damit der Macht(re-)produktion ausgeschlossen sind, da die geistige und die manuelle Arbeit getrennt sind.

„Der Staat verkörpert in der Gesamtheit seiner Apparate, d.h. nicht nur in seinen ideologischen, sondern auch in seinen repressiven und ökonomischen Apparaten, die geistige Arbeit in ihrer Trennung von der manuellen Arbeit. [...] Diese Apparate in ihrer kapitalistischen Form (Armee, Justiz, Verwaltung, Polizei, etc.), von den ideologischen Apparaten gar nicht zu sprechen, schließen die Umsetzung und Beherrschung eines Wissens und eines Diskurses ein [...] von denen die Volksmassen ausgeschlossen sind. [...] Es ist klar, dass eine Reihe von Institutionen der sogenannten indirekten, repräsentativen Demokratie (politische Parteien, Parlament etc.), kurz, der Beziehung Staat/Massen auf demselben Mechanismus beruhen.“ [Poulantzas (2002): S. 83]

Der Staat ist somit zwar formell losgelöst von den Sphären der Klasseninteressen und kann nach Außen als neutraler Dritter auftreten, organisch ist er jedoch untrennbar mit den Interessen der bürgerlichen Klasse verknüpft.

Wie man bereits im oben genannten Zitat sehen konnte, erweitert er in seinem letzten Werk „Staatstheorie“ seinen Blickwinkel bezüglich der Reproduktionsmechanismen innerhalb der kapitalistischen Arbeitsteilung um wesentliche Bereiche, die der Staat organisiert. „Zusätzlich zu seiner, allen anderen Themen vorrangigen Beschäftigung mit dem Staat als dem strategischen Terrain, in dem, auf dem und durch das hindurch politische Klassenherrschaft abgesichert wird, betrachtete Poulantzas ebenso die Rolle des Staates bei der Erzeugung und Bereitstellung der spezifischen Kernbedingungen für die Kapitalakkumulation und die Reproduktion der kapitalistischen Form der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen der geistigen und der manuellen Arbeit. Sein letztes großes Werk –

Staatstheorie (1978a) – erweitert diese Darstellungen insofern, als in ihm die Rolle des Staates für die Organisation des Gesellschaftskörpers, die von ihm vermittelt über die Gewalt, das Recht, die Staatsbürgerschaft, die Sprache, die Gesundheitsfürsorge, etc. geleistet wird, berücksichtigt wird. [Jessop (2007): S. 56]

Diese Ergänzungen grenzen den modernen kapitalistischen Staat von anderen Staatsformen (Feudalismus, Absolutismus, Aristokratie, etc.) ab. Sie beschreiben seine Durchdringung der gesamten Gesellschaft hinein in weite Teile des menschlichen Lebens und Arbeitens und sind gekennzeichnet durch einen hohen staatlichen Organisationsgrad und komplexer gesellschaftlicher und technischer Manipulations- und Überwachungsmöglichkeiten, die ihm die direkte und indirekte Kontrolle über die Beherrschten erlaubt.

Diese Interaktion, die zwar alle gesellschaftlichen Entwicklungsstufen kennzeichnet, nimmt aber im bürgerlichen Staat eine besondere Qualität an, da v.a. die technische Entwicklung eine eigene Dynamik bekommt und den (Re-)Produktionsprozess vorantreibt und sicherstellt.

Warum aber empfinden die beherrschten Klassen die gesellschaftliche Strukturen und den Zwangscharakter des Staates nicht unbedingt als Unterdrückung, sondern gliedern sich (oftmals freiwillig) in diese Organisationsform ein und fühlen sich sowohl gesellschaftlich, ökonomisch und politisch repräsentiert und eingebunden? Diese Auseinandersetzung kennzeichnet nicht nur den Konflikt zwischen KommunistInnen und SozialdemokratInnen, da die KommunistInnen den SozialdemokratInnen stets eine zu versöhnliche Haltung gegenüber den staatlichen Autoritäten und der vorherrschenden kapitalistischen Arbeitsteilung vorgeworfen haben und gemeint haben, dass sich diese mit den herrschenden Klassen zu sehr arrangiert haben, um die negativen Auswirkungen der kapitalistischen Klassengesellschaft abzumildern, sondern ist auch Streitpunkt zwischen marxistischen TheoretikerInnen.

Einer der führenden Vertreter der sowjetischen Staats- und Rechtslehre Evgenij Bronislavovič Pašukanis war der Meinung, dass der bürgerliche Staat reinen Zwangscharakter habe und der einzelne Mensch innerhalb der Gesellschaft selbst seinen Rechtsstatus nur aufgrund seines Marktwertes erhält. „Das Rechtssubjekt ist danach ein gesellschaftliches Phänomen, das im Zuge des Warenaustausches

notwendig entstehen mußte, um einen Marktverkehr durch die Schaffung abstrakt gleicher Voraussetzungen der Marktteilnehmer überhaupt ermöglichen zu können. Das Rechtssubjekt wird für Pašukanis somit zum >>Atom der juristischen Theorie<< und ist nach seinen Worten >>... ein in den Wolkenhimmel versetzter abstrakter Warenbesitzer<<. Durch die Funktion und Eigenschaft der Ware (die auch die Arbeitskraft sein kann), die, mit einem Tauschwert ausgestattet, auf einem >>Markt<< erscheint, wird die Ware zum Rechtsobjekt und das über sie verfügende Subjekt zum Rechtssubjekt.“ [Pfaff (1968): S. 71]

Entsprechend der klassischen marxistischen Theorie und der Auffassung der sowjetischen Revolutionäre unter Lenin vertrat er die Meinung, dass die Diktatur des Proletariats eine reine „Zwangsherrschaft der Übergangszeit“ [Pfaff (1968): S. 68] sei und der Staat, sowie das Recht in der nächsten Phase des Kommunismus absterben müsse, da der Zwangscharakter des Staates stets ein Relikt des bürgerlichen Staates sei und dieser überwunden werden müsse. Seine Ziele als Staats- und Rechtstheoretiker sieht er als kongruent mit den Zielen der Arbeiterklasse an, die sich ganz natürlich aus der Zwangsherrschaft der kapitalistischen Unterdrückung befreien möchte.

Im Gegensatz dazu stellt sich allerdings Poulantzas in Anlehnung an Antonio Gramsci die Frage, weshalb gerade das eben nicht immer die Ziele der beherrschten Klasse sind. Warum empfinden die Arbeiterinnen und Arbeiter das vorherrschende System nicht als repressiv und fremd, sondern als etwas, das zum allgemeinen Konsens geworden ist?

„Eine Schlüsselkategorie in den Schriften Gramscis ist die der Hegemonie, die Vorherrschaft der herrschenden Klasse über alle gesellschaftlichen Bereiche.

Hegemonie ist ein Verfahren, durch das die herrschende Klasse Zustimmung zu ihrer Herrschaft erlangt. Gramsci unterschied hier zwischen Zwang und Gewalt einerseits und spontanem Konsens und Zustimmung andererseits.“ [Vasenthien (2005)]

Eine Besonderheit der Hegemonie besteht darin, dass sie die sog. Zivilgesellschaft durchdringt, d.h. Institutionen, Organisationen und Formationen, die dem Staat und der Wirtschaft zwischengeschaltet sind und zu denen z.B. die Medien, Zeitungen, die Familie, politische Parteien, Gewerkschaften, die Kirche, NGO's, Kultur- und

Sportvereine, etc. gehören. Diese hegemonialen Instrumente binden die Menschen viel eher durch Zustimmung, als durch Zwangsmaßnahmen an die Machtstrukturen.

Wichtige Instrumente in diesem Zusammenspiel sind auch ideologische, institutionelle, politische und ökonomische Mittel, die zur Steuerung und Bindung von bestimmten Gruppen eingesetzt werden können.

In der modernen parlamentarischen Demokratie wird darüber hinaus den Menschen suggeriert, sie wären in Entscheidungsprozesse eingebunden und ihre Interessen würden auf staatlicher Ebene berücksichtigt und vertreten werden [vgl. Vasenthien (2005)]

„Gramsci nannte den Staat mit seinen Repressionsinstrumenten eine "mit Zwang gepanzerte Hegemonie": Die Armee, Polizei und Gerichte müßten ein gewisses Maß an Zustimmung aus der Bevölkerung erhalten, um effektiv funktionieren zu können.“ [Vasenthien (2005)]

Auch Poulantzas lehnt sich an diese Auffassung an, kritisiert aber zudem die zunehmende Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten und die demokratiepolitische Entwicklung in den kapitalistischen Staaten, v. a. auch den Versuch, durch korporatistische Modelle dem Menschen ein Gefühl zu vermitteln, dass es eine gesellschaftliche Interessensharmonie und Interessensgleichheit geben könnte. Für ihn war der Klassenkampf nach wie vor ein entscheidendes ökonomisches und politisches Moment der gesellschaftlichen Verhältnisse, das durch ein auf Ausgleich gerichtetes Bestreben nicht durchbrochen werden kann.

Poulantzas war diesbezüglich wahrscheinlich besonders von seinen Erfahrungen mit dem (west-)europäischen Wohlfahrtsstaat beeinflusst und geprägt, der durch die Sozialgesetzgebung, öffentliche Vor- und Fürsorge, Arbeitslosenunterstützung, Gesundheitsvorsorge, Bildungseinrichtungen und Pensionsvorsorge, sozial schwächere Schichten einbinden, die Durchlässigkeit zwischen den sozialen Gruppen einfacher machen und die Kaufkraft ärmerer Menschen stärken wollte. Dies alles geschah entweder unter kräftiger Mithilfe von sozialdemokratischen Parteien, bzw. im Konsens von bürgerlich-konservativen, liberalen und sozialdemokratischen Fraktionen.

„Seinen eigenen theoretischen Schlüsselbeitrag leistete Poulantzas in den 1970er Jahren mit der von ihm entwickelten These, dass die staatliche Macht als ein gesellschaftliches Verhältnis gedacht werden muss, das sich in und durch die Interaktion der – einem ständigen Wandel unterliegenden – institutionellen Formen des Staates und dem sich ebenso wandelnden Charakter der politischen Klassenkräfte reproduziert.“ [Jessop (2007): S. 56]

Staatlichkeit war somit für ihn nicht ein neutraler Begriff, der durch demokratische Diskussionskultur definiert und befüllt wird, sondern vielmehr ein Feld von konkurrierenden Interessen, auf dem sich verdichtet in unterschiedlichen politischen Konfigurationen bestimmte Strategien etablieren, die wiederum konkrete Auswirkungen auf gesellschaftliche Konstitutionen haben.

Abschließend muss erwähnt werden, dass Poulantzas Kritiker anmerkten, dass er teilweise in zu engen Kategorien dachte, indem er den Staat und den Klassenkampf als etwas Abgegrenztes, Statisches ansah, dabei aber „die institutionellen Modi der Regulierung dieser Kämpfe und im Gegenzug ihre Wirkung auf die Bestimmung der Klassen selbst, angefangen mit der Arbeiterklasse“ [Balibar (1999): S. 2] nicht miteinbezog.

Verteidigend kann dennoch gesagt werden, dass Poulantzas' Thesen viel Spielraum für weitere Kriterien und Faktoren bieten, die dann eingebunden werden können, wenn es für ein besseres Verständnis notwendig ist. Seine theoretische Ausrichtung ermöglicht dies nicht nur, sondern erfordert es geradezu, da er selbst immer wieder sagt, dass das kapitalistische System und der mit ihm verwobene Staat Veränderungen unterworfen ist. Poulantzas hatte in seinem relativ kurzen Leben nur ein kleines Schaufenster für alltägliche Betrachtungen zur Verfügung. Er versuchte das, was er sah, in ein theoretisches Konzept zu gießen, das nicht als abgeschlossen und vollendet angesehen werden kann.

2.3 Brüche und Kontinuitäten im kapitalistischen System

Historisch betrachtet ist der Kapitalismus ein relativ junges Phänomen. Eng damit verbunden ist die sogenannte „Industrielle Revolution“, die von England ausgehend ganz Europa und später den ganzen Globus erfasste und in ein kapitalistisches Produktionsregime integrierte.

Auch wenn immer wieder der Mythos von der Überlegenheit der europäisch-christlichen Tradition und der daraus resultierenden Errungenschaften, wie Säkularisierung, Aufklärung, Schutz des Privateigentums, Befreiung des Individuums, Rechtsstaat, etc. gegenüber dem Rest der Welt ins Spiel gebracht wird und diese als Voraussetzung für einen erfolgreichen Entwicklungsweg gesehen werden, kann dies historisch keinesfalls als monokausales Erklärungsmuster für den Aufstieg Europas (besonders Englands) und den Abstieg der restlichen Welt herangezogen werden. [vgl. Komlosy (2006): S. 51ff.] Es zeigt sich vielmehr, dass Europa im Bereich der Produktivität und der Exportquote (besonders bei wichtigen Gütern wie Porzellan, Gewürzen, Glas, Papier, Textilien) gegenüber Ländern wie China und Indien Ende des 18. Jahrhunderts große Defizite aufwies und deshalb bemüht war, dieses Ungleichgewicht aufzuheben. Nur durch die riesigen Mengen an Gold und Silber, die den europäischen Mächten aus ihren Kolonien zur Verfügung standen, konnten sie sich am Weltmarkt beteiligen und qualitativ hochwertige und besonders gefragte Produkte aus Asien kaufen.

Um die wenig kompetitive einheimische Produktion zu schützen begannen die europäischen Mächte Importzölle für wichtige Güter zu errichten, bzw. zwangen ihre Kolonien vermehrt zur Lieferung von Rohstoffen, um diese dann im eigenen Land zu höherwertigere Produkte zu verarbeiten und wieder zu exportieren. Durch die Zentralisierung der Produktion in Fabriken, einer effizienteren Arbeitsteilung, verstärkter Massenproduktion durch eine Mechanisierung, die auf technischen Innovationen basierte und dem Schutz durch die Staatsmacht (Zölle, Importverbote, etc.), gewannen diese Produzenten auf dem Weltmarkt zunehmend an Boden und etablierten sich als globale Monopolisten. „Die Industrielle Revolution bedurfte der Kraftanstrengung im eigenen Land. Diese Initiative zielte darauf ab, der asiatischen Überlegenheit zu begegnen, und sie war erfolgreich, weil es den aufstrebenden

Industriellen gelang, die Krone zum Schutz der importsubstituierenden Industrialisierung und zur Verdrängung der Konkurrenten zu mobilisieren.“ [Komlosy (2006): S. 62]

Diese Konstellation, die industrielle Revolution und die zunehmende Vormachtstellung Europas auf der ganzen Welt haben zur Etablierung und globalen Ausbreitung der kapitalistischen Produktionsweise beigetragen.

Seit den Anfängen des Kapitalismus in Europa, hat sich dieser nicht nur in beinahe alle Weltregionen ausgebreitet, sondern hat bis heute dramatische Veränderungen erfahren, seine Reproduktionsmethoden erweitert und seine Überlegenheit gegenüber anderen Produktionssystemen demonstriert. Nachdem es aber DEN Kapitalismus als eigenständiges Subjekt nicht gibt, sondern dahinter immer Personen, Formationen, Organisationen, Unternehmen und Staaten stehen, die ein bestimmtes System propagieren und vorantreiben, unterliegt er ständigen Transformationen, zeigt er sich in unterschiedlichen Facetten und in vielfältigen Formen.

Auch Nicos Poulantzas weist auf die Wandlungsfähigkeit der kapitalistischen Produktionsweise hin und widmet sich der Frage, weshalb der Kapitalismus viele Krisen überlebt hat und in abgeänderter Form stets wieder zu neuem Leben erwacht. Untrennbar damit verbunden bleibt die Funktion des modernen Staates innerhalb des Kapitalismus. „Auch wenn der harte Kern der Produktionsverhältnisse weiterbesteht – der Staat bleibt eben kapitalistisch –, sind sie dennoch während der gesamten Reproduktion des Kapitalismus wesentlichen Transformationen unterworfen.“ [Poulantzas (2002): S. 154]

In einem Interview mit der Zeitschrift ‚El Viejo Topo‘ (Barcejona, No. 35, August 1979), die in der Zeitschrift ‚Kritik‘ (Berlin, Nr. 22, 1980) ins Deutsche übersetzt abgedruckt wurde, beschreibt Nicos Poulantzas kurz vor seinem Tod in einigen Passagen sehr deutlich, was er unter der Krisenhaftigkeit kapitalistischer Wirtschaftssysteme versteht und wie er als marxistischer Theoretiker damit umgeht und sie einordnet. Dabei wird klar, dass für Poulantzas der Staat nicht nur ein Mantel rund um den kapitalistischen Körper ist, sondern das materielle Gerüst für den zeitgenössischen Kapitalismus darstellt, gleichsam das Skelett, das einen

wesentlichen Einfluss auf die Bewegungsrichtung der Körpers hat. Krisen gefährden die Entwicklung des Reproduktionsprozesses nicht, sondern sind sogar unbedingt notwendig, um die Dynamik kapitalistischer Systeme am Laufen zu halten.

„Gegenwärtig hat der Staat die ‚wilden Seiten‘ der Wirtschaftskrise unter Kontrolle gebracht. [...] In dem Maße, wie die Krisen eine systemnotwendige Funktion im Reproduktionsprozeß des Kapitals erfüllen und gewissermaßen als ‚periodische Entschlackungskuren‘ des Kapitalismus fungieren, übernimmt der Staat es selbst, sie auszulösen. Es geht damit schon nicht mehr alleine darum, ob es dem Staat gelingt, Stagnation und Inflation zu kontrollieren; im Gegenteil, es ist heute der kapitalistische Staat selbst, von dem beide Phänomene ausgehen, der sie beide auslöst.“ [Interview mit Nicos Poulantzas. In: Kritik (1980): S. 128]

Auch hier nimmt er Anleihe an Antonio Gramsci, der davon ausgeht, dass die Hegemonie, d.h. vorherrschende Ideologien und Dogmen, die durch ihre Integrationskraft alle Gesellschaftsschichten einbinden und zu Trägern des Systems machen, stetigen Veränderungen unterworfen ist. „Hegemonie sei allerdings nichts, was für immer und ewig gleich bleibe. Sie müsse sich ständig erneuern und verändern. Sie ist ein umkämpftes Feld zwischen den Klassen, ihren widersprüchlichen Interessen und Lebensweisen.“ [Vasenthien (2005)]

Im ersten Zitat erscheint Poulantzas Erklärung ökonomisch, jedoch wurde bereits gezeigt, dass er die Durchdringung des Gesellschaftskörpers durch den Staat in viele weitere Bereiche des menschlichen Lebens erkennt und bestätigt. Sein Konzept vom ‚autoritären Etatismus‘ ist genau auf diese Verästelung und Verwurzelung ausgelegt.

Der Kapitalismus braucht also nicht nur Brüche, um sich kontinuierlich weiterzuentwickeln, sondern produziert selbst Krisen, ja trägt eine inhärente Krisenanfälligkeit in sich selbst, da er von Ungleichheiten, Machthierarchien und Unterschieden lebt. Der Staat ist somit Totengräber und Wiederbelebungsmaschine in einem, damit sich der kapitalistische Produktionszyklus immer wieder revitalisieren kann. Selbst bürgerliche Wirtschaftstheoretiker wie Joseph Schumpeter meinten, dass es im Kapitalismus eine „schöpferische Zerstörung“ gibt, die Innovation und Dynamik gewährleistet.

Der Staat fördert als territoriale Einheit auf seinem eigenen Hoheitsgebiet ein unterschiedliches Entwicklungstempo.

Dies hat auch Auswirkungen auf die realpolitische Verfasstheit von Staaten und den Stellenwert von Demokratie und Mitbestimmung. Der autoritäre Etatismus erlaubt keine direkte Teilnahme, da der Staatskörper zwar mit dem gesamtgesellschaftlichen Körper verflochten, jedoch auch, wie in der Begriffsdefinition von Staatlichkeit bereits erwähnt eine ‚relative Autonomie‘ gegenüber allen widerstreitenden Gruppierung hat. „Der autoritäre Etatismus lässt den politischen Parteien dann fast keinen Entscheidungsspielraum mehr, was die Bürger dann dazu zwingt, die direkte Konfrontation mit der Verwaltung zu suchen, wodurch für sie dann die Parteien, die sie sonst gegenüber der staatlichen Verwaltung vertreten hätten, an Interesse verlieren.“ [Interview mit Nicos Poulantzas. In: Kritik (1980): 134]

Nicos Poulantzas ist also nicht nur zeitgenössischer Analytiker, sondern auch Visionär, der das Dilemma des Klassenkampfes und die Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Systems und der westlichen Demokratie aufbrechen will. Mit derartigen Aussagen wie den beiden wird Poulantzas auch zum Vordenker und theoretischen Mitbegründer von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Vereinen, von NGO's, gesellschaftskritischen Gruppen und von grassroot-Bewegungen, die vielfach erst nach seinem Tod entstanden sind und auf vielen Ebenen bis heute „das politische Bedürfnis nach der Überwindung von Ausbeutung und Herrschaft zum Ausdruck [bringen].“ [Bretthauer, et.al. (2006): S. 26]

3 Theorie und Praxis am Beispiel der Entwicklung der Tschechischen Republik

3.1 Einleitung

Im zweiten großen Block der Arbeit sollen nun die Erkenntnisse und theoretischen Aspekte des vorangegangenen Teils Eingang finden. Sie sollen helfen, die Entwicklung der Tschechischen Republik aus einem bestimmten Blickwinkel zu betrachten.

Die Methode wird dabei eine historisch, periodische Vorgangsweise sein, um die Grundzüge von Epochen besser bestimmen, abgrenzen und definieren zu können. Darüber hinaus sollen die für jeden Zeitraum spezifischen Bedingungen einer theoretisch-analytischen Betrachtung unterzogen werden, um Zusammenhänge, Kontinuitäten, aber auch Brüche und Veränderungen lokalisieren und beschreiben zu können. Dafür wird die Entwicklung anhand konkreter wirtschaftlicher Bereiche herangezogen, die sozioökonomische Veränderungstendenzen besonders gut kennzeichnen, nämlich die Entwicklung der Landwirtschaft, der Industrie und des Dienstleistungssektors, speziell des Kapitalektors. Diese Veränderungen müssen immer im Lichte politischer und gesellschaftlicher Prozesse betrachtet werden und sollen, wie bereits mehrfach angekündigt, besonders in Relation mit den theoretischen Konzepten von Nicos Poulantzas in Zusammenhang besetzt werden.

Im Anschluss an jedes Kapitel soll tabellarisch eine Darstellung angeführt werden, wo die wichtigsten Indikatoren für die sozioökonomische Entwicklung, im Hinblick auf Akkumulation, Regulation, geographisch-soziale Räumlichkeit und politische Kultur aufgezeichnet sind. Diese werden im Abschlusskapitel zusammengefasst und einander gegenübergestellt.

3.2 Die Länder Böhmen und Mähren in der Habsburger Monarchie (1850-1918)

3.2.1 Einleitung

Zuallererst stellt sich wohl die grundlegende Frage: Warum beginnt dieser Teil mit dem Jahr 1850? Warum nicht mit 1800, oder 1925? Es wird sich zeigen, dass es nicht notwendigerweise punktgenau das Jahr 1850 sein wird, bei dem man ansetzen kann, vielmehr spielen die historischen Umwälzungen in der Mitte des 19. Jahrhunderts für die weitere Entwicklung der Region eine herausragende Rolle.

Jedenfalls war die Region, die das moderne Tschechien heute umfasst, in der Zeit von 1850-1918 Teil der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Die böhmischen und mährischen Gebiete wiesen, im Gegensatz zu vielen anderen Teilen der Monarchie, ein rasantes und dynamisches Wachstum auf und sich Industrialisierungstendenzen so beschleunigten, dass sie zu einer der ökonomisch bedeutendsten Regionen Österreich-Ungarns wurden. Aufgrund der schweren Unterscheidbarkeit zwischen den Begriffen, die diese Region bezeichnen, sind die Begriffe Böhmen und Mähren, Länder der böhmischen Krone, später die Tschechoslowakei, usw. synonym zu verstehen, wobei sich der räumliche Fokus der Arbeit auf den Raum der heutigen Tschechischen Republik bezieht, d.h. den westlichen Teil der ehemaligen Tschechoslowakei.

3.2.2 Wirtschaftliche Entwicklung in der Landwirtschaft, der Industrie und am Finanzmarkt

Die Länder der böhmischen Krone waren Teil der österreichischen Reichshälfte und zeigten bereits vor 1867 ein dynamisches Wachstum in der Industrie auf. Durch eine deutliche Verlagerung des Schwerpunktes der industriellen Produktionskapazitäten aus den österreichischen Landesteilen weg, profitierten vor allem die böhmischen Gebiete.

Dies manifestierte sich besonders deutlich im starken Rückgang der Beschäftigten in der Landwirtschaft. 1848 lag der Anteil des Agrarsektors an der Gesamtbevölkerung bei 64 Prozent und ging bis 1869 auf 54 Prozent zurück. [vgl. Good (1986): S. 117]

1910 war der Beschäftigtenstand im Agrarbereich sogar auf 38 Prozent gesunken. [vgl. Good (1986): S. 49]

Der fortschreitende Strukturwandel in der böhmischen Wirtschaft setzte somit auch Arbeitskräfte für das zunehmende Wachstum des industriellen Sektors frei. Industriell war Böhmen schon vor Mitte des 19. Jahrhunderts in der Textilindustrie neben Niederösterreich eines der Hauptzentren des Habsburgerreiches, vor allem in der Baumwollweberei und in der Baumwolldruckerei [vgl. Good (1986): S. 52f.]

Wie bereits im theoretischen Teil gezeigt, war dies einer der wichtigsten Sektoren, der die Lokomotive für andere Wirtschaftsbereiche darstellte.

Jedoch kam es zu einem starken Rückgang der Textilindustrie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Hatte dieser 1841 noch 41 Prozent der Wertschöpfung in der Industrie ausgemacht, stellte die Textilindustrie 1911 nur noch 24% dar. [vgl. Good (1986): S. 117]

Der Grund dafür lag vor allem in einer Verschiebung innerhalb des industriellen Sektors hin zu neuen Bereichen, die für die Produktion mehr und mehr an Bedeutung gewannen und eine stärkere Dynamik aufwiesen.

Diese neuen Sektoren waren die Produktion von Steinkohle, Braunkohle, Gusseisen, chemischer Produkte, Maschinen und die Gewinnung von Zucker. Die vorhandenen Rohstoffe begünstigten Böhmen in dieser Hinsicht und trugen zu einer Beschleunigung dieser Entwicklung bei. [vgl. Good (1986): S. 119]

Abbildung 1

Anteile an der gesamten österreichischen Produktion 1880

Produktgruppe	Prozent
Steinkohle	94%
Braunkohle	75%
Gusseisen	84%
Chemische Produkte	70%
Maschinen	54%

Quelle: Good (1986): S. 118, Tabelle 21

Die Abbildung verdeutlicht die herausragende Stellung der industriellen Produktion Böhmens an der gesamtösterreichischen Produktion.

Weitere bedeutende Industriezweige waren die Eisenerzproduktion, die zwischen 1880 und 1910 von 11% auf 33% stieg und die Roheisenerzeugung, welche in derselben Zeit von 37% auf 58% stieg.

Die Ursachen für die zunehmende Bedeutung Böhmens in diesen Industriezweigen waren die günstige Lage mit Bezug auf die technischen Neuerungen der Industriellen Revolution und die Ablöse von Holz und Wasser durch Kohle als Hauptenergieträger. Da Böhmen reiche Vorkommen an Steinkohle und verkokbarer Braunkohle hatte, konnte es durch die Neuerungen und Innovationen der Industriellen Revolution profitieren und wurde zum Zentrum der Produktion. Mit der Zeit wurde es der zweitwichtigste Braunkohlenproduzent hinter Deutschland und exportierte 1880 mehr als 51% der Braunkohle.

Zwischen 1880 und 1910 gab es auch in der Zuckerproduktion einen starken Anstieg in den Ländern der böhmischen Krone. Dieser wurde zu einem bedeutenden Zweig in der Exportindustrie mit einem Anteil von 12% an der gesamten Weltproduktion von Rübenzucker, wobei 1883 schon ca. 58% der böhmischen Produktion exportiert wurde. Dieser Wert steigerte sich bis 1910 auf 72%. [vgl. Good (1986): S. 120]

Aufgrund der dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausweitung des industriellen Sektors und den tief greifenden strukturellen Verschiebungen in der Wirtschaft kam es zu einem zunehmenden Kapitalbedarf für Investitionen und Finanzierungen, um diesen auch bewerkstelligen zu können.

Somit entwickelte sich der Kapitalmarkt in Böhmen sehr schnell. Prag nahm die Stellung als wichtigster Finanzplatz zweiter Ordnung ein. Es wurden zwischen 1867 und 1873 vier Großbanken gegründet, welche die Krise von 1873 überdauerten. Dies waren die Böhmische Escompte-Bank, die Böhmische Union-Bank, die Gewerbebank für Böhmen und Mähren und die Landwirtschaftliche Creditbank für Böhmen.

Es entwickelte sich ein Filialbankensystem, wobei zwei Banken bereits 1880 Filialen außerhalb Böhmens eingerichtet hatten. Zwischen 1896 und 1913 gründeten die Prager Aktienbanken zusätzlich eine Vielzahl neuer Filialen innerhalb und außerhalb Böhmens. Dies erleichterte und förderte den interregionalen Handel in der Monarchie. [vgl. Good (1986): S. 96ff.]

3.2.3 Politische und gesellschaftliche Entwicklungen

Der Strukturwandel in der Wirtschaft bedingte auch eine Veränderung innerhalb der böhmischen Gesellschaft und führte zu einer Neupositionierung der Länder der böhmischen Krone innerhalb der Habsburgermonarchie. Einerseits kam es zu einer Proletarisierung der böhmischen ArbeiterInnenschaft, andererseits entstanden finanzkräftige Unternehmen und Banken, ein wohlhabendes Bürgertum und Industriellenfamilien. Für Österreich-Ungarn war Böhmen somit unverzichtbar für die wirtschaftliche Entwicklung. Aber auch Böhmen profitierte vom gemeinsamen gesamt-österreichischen Markt und einer gemeinsamen Währung, indem sich die produzierten Waren leichter absetzen ließen. Darüber hinaus führte der Aufstieg und die dynamische Entwicklung dieser Region aber auch zu Unterentwicklung anderer (meist weiter östlich gelegenen) Teile des Reiches.

Der Ausgleich mit Ungarn 1867 brachte der transleithanischen Reichshälfte zwar wesentliche autonome Rechte ein, führte gleichzeitig aber zu großem Unmut unter anderen Völkern des Reiches, insbesondere unter den Tschechen, die sich übergeben fühlten.

Selbst liberal-demokratische Publizisten wie Karel Havlíček schreiben: „Der Deutsche und der Ungar waren von jeher Feinde der Slawen, und die Slawen als ein mildes Volk sind überall diesen wütenden Feinden unterlegen, wurden von ihnen versklavt, und mussten viele Jahrhunderte unter schweren Leiden diesen ihren Eroberern zum Gedeihen dienen. Die Ungarn haben Pannonien erobert und allen dort wohnenden Slawen ein schweres Joch auferlegt, von dem sie sich erst jetzt allmählich befreien... Sie bleiben immer alte Wölfe und der ganze Unterschied von der Vergangenheit besteht darin, dass sie sich jetzt, wenn sie schon unfähig sind, uns durch die Gewalt in Untertänigkeit zu halten, eine Schafshaut übergezogen haben...“ [zit. nach Doležal (2003): S. 8]

Diese Veränderungen führten zu einem immer stärker werdenden Nationalismus innerhalb der Habsburger-Monarchie, insbesondere unter den Tschechen. „Es kann kaum wunder nehmen, daß der Nationalismus in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg so schnell an Boden gewann. Er war eine Funktion der sozialen wie der politischen Veränderungen, [...]“ [Hobsbawm (2005): S. 130] Die Grundlage dafür war aber nicht blanker Nationalismus aus einem nationalen Überlegenheitsgefühl heraus. Das nationale Gefühl hat sich bis dahin ohnehin noch nicht endgültig als gesellschaftliches Bewusstsein entwickelt. „Die Nationalität erscheint am häufigsten als ein Aspekt des Konflikts zwischen reich und arm, vor allem wo beide unterschiedlichen Nationalitäten zugehören. Doch selbst dort, wo wir die stärksten nationale Stimmung finden – in den Briefen der tschechischen, serbischen und italienischen Soldaten [Anm. in der österreichisch-ungarischen Armee im Ersten Weltkrieg] –, stoßen wir zugleich auf den überwältigenden Wunsch nach einer sozialen Änderung.“ [Hobsbawm (2005): S 151]

3.2.4 Einordnung der sozioökonomischen Entwicklung Böhmens und Mährens

Abbildung 2

	Akkumulation	Regulation	Räumlicher Fokus	Politische Kultur
1850-1918	Exportorientiert (in alle Teile des Habsburger-Reiches) Banken-dominiert (zur Finanzierung des industriellen Wachstums)	Liberal, aber interventionistischer Staat	Fremdbestimmt durch das politische Zentrum Wien	Elitäres Bürgertum vs. arbeitende Masse

Quelle: eigene Darstellung

3.2.5 Resümee

„Dies Österreich ist eine kleine Welt, in der die große ihre Probe hält.“ [Hebbel (1848)]

Dem Zitat von Friedrich Hebbel nach war die Donaumonarchie als wirtschaftliches, soziales und politisches Konstrukt entsprechend der globalen Situation einem Wohlstandsgefälle unterworfen, das von Westen nach Osten wirkte. Die verschiedenen Teile hatten eine unterschiedliche Bedeutung für den Zusammenhalt

und die Entwicklung innerhalb des Reiches. Ein ausschlaggebender Aspekt war die Zugänglichkeit zu den innerösterreichischen Märkten, die im ausgehenden 19. Jahrhundert durch den Aufbau des Eisenbahnnetzes zwar zunehmend verbessert wurde, jedoch aufgrund der bereits bestehenden Unterentwicklung bis 1918 nicht mehr aufgeholt werden konnte.

Die gute Lage der böhmischen Länder und deren scheinbar unerschöpfliche Vorkommen an Kohle, Eisenerz und anderer, für den industriellen Fortschritt wichtigen Rohstoffe verhalf diesen, ein dynamischeres Wirtschaftswachstum aufzuweisen und wirtschaftspolitische Entscheidungsträger davon zu überzeugen, wesentliche Industriezweige in diese Region auszulagern.

Nach dem Zerfall des Habsburgerreiches bildeten die ehemaligen Teile Österreich-Ungarns neue Nationen und versuchten einen eigenständigen Entwicklungsweg. Aus den böhmischen und mährischen Gebieten entstand gemeinsam mit Teilen

Schlesiens und der Slowakei die Tschechoslowakei, die sich in den folgenden Jahren zu einer der stärksten und wichtigsten Wirtschaftsnationen entwickeln sollte.

3.3 Nationaler Entwicklungsweg der Tschechoslowakei (1918 – 1945)

3.3.1 Nach dem Ersten Weltkrieg

Für die Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns bedeutete das Ende des Ersten Weltkrieges zwar einerseits die von vielen Gesellschaftsschichten herbeigesehnte nationale Selbständigkeit und Unabhängigkeit, andererseits aber auch die Notwendigkeit, den Veränderungen im politischen, wirtschaftlichen und sozialen System zu begegnen. So war es notwendig, die Struktur an die geänderten Rahmenbedingungen anzupassen.

Die neu entstandene Tschechoslowakei hatte aufgrund ihrer industriellen Kapazitäten, die sich bereits in Zeiten der Monarchie entwickelt hatten eine bessere Voraussetzung, als andere Länder. Dennoch fiel ein gemeinsamer Markt und eine gemeinsame Währung weg, womit neue Absatzmärkte und neue politische Allianzen gesucht werden mussten. [vgl. Teichova (1988): S. 11f.]

Es zeigt sich auch, dass durch die Pariser Friedensverträge eine internationale Situation geschaffen wurde, die die expansiven Strategien der Banken, sowie der Industrie- und Handelsgesellschaften der Siegermächte begünstigte und die Verdrängung ehemals deutscher und österreichischer Wirtschaftsinteressen ermöglichte. [vgl. Teichova (1988): S. 73]

Was aber waren die Faktoren, die einerseits die Brüche, andererseits aber auch die Kontinuitäten nach dem Zusammenbruch des Habsburgerreiches ausmachten und die den tschechoslowakischen Weg nach 1918 bestimmten.

Wo knüpfen kapitalistische Strukturen an bestehende systemimmanente Kontinuitäten an und wo kommt es zu Veränderungen, um eine dynamische kapitalistische Produktionsweise zu gewährleisten, um in der Denkweise Poulantzas zu bleiben.

3.3.2 Reformen in der Landwirtschaft

Aufgrund der sozioökonomischen Veränderungen der Vorkriegszeit und der raschen Industrialisierung der Länder der böhmischen Krone nahm dieser Sektor in der Tschechoslowakei nur mehr 28 Prozent ein. Dafür waren 40 Prozent der tschechoslowakischen Beschäftigten in der Industrie und im Handwerk tätig. [vgl. Teichova (1988): S. 25]

Die Tschechoslowakei kann, so Teichova, als einziges Land im Raum Ost- und Südosteuropa, als industriell hochentwickelt bezeichnet werden. Nur in der Tschechoslowakei war die Größe und Bedeutung der Industrie, der Landwirtschaft und des Dienstleistungssektors mehr oder weniger im Gleichgewicht. [vgl. Teichova (1988): S. 24]

Das Bodenenteignungsgesetz aus dem Jahr 1919 sah die Enteignung von Großgrundbesitzern vor, die mehr als 150 Hektar hatten. Im Landzuteilungsgesetz von 1920 wurde einerseits die Aufteilung der Grundstücke geregelt und im Schadenersatzgesetz 1920, die den ehemaligen Besitzern zustehende Entschädigung.

Mit dieser Reform wurden viele Menschen zu kleinen und mittelgroßen Bauern. Die Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er und Anfang der 1930er Jahre zwang zwar viele

zur Aufgabe der Landwirtschaft, dennoch wurden damit die Reste feudaler Wirtschaftsformen abgeschafft und eine neu entstandene Agrarbourgeoisie gestärkt. [vgl. Teichova (1988): S. 46f.]

3.3.3 Industrielle Entwicklung, Nostrifizierung und ausländische Investitionen

Neben der bereits erwähnten Industrialisierung der böhmischen und mährischen Gebiete vor dem Ersten Weltkrieg, war diese Region von den Kriegszerstörungen weit weniger betroffen, als andere Regionen in Europa. Trotzdem war der tschechoslowakische Industrieausstoß 1918 nur noch halb so hoch wie der von 1913. [vgl. Teichova (1988): S. 18]

Darüber hinaus zeigte sich auch ein Entwicklungsgefälle innerhalb des neu entstandenen Landes. Während sich die Industriekapazitäten überwiegend auf die tschechischen Regionen konzentrierten, waren die slowakischen Gebiete weit weniger entwickelt.

Damit war die junge tschechoslowakische Volkswirtschaft vor erhebliche Probleme gestellt. Durch den Wegfall eines sicheren Binnenmarktes mussten überdies Güter für den Export produziert werden, die dann auch abgesetzt werden mussten. [vgl. Teichova (1988): S. 19]

Mit dem Instrument der Nostrifizierung sollte die nationale Wirtschaft gestärkt werden. Im tschechoslowakischen Nostrifizierungsgesetz von 1919 wurde bestimmt, dass alle ausländischen Handels- und Industrieunternehmen in der Tschechoslowakei Hauptniederlassungen gründen und sich als tschechoslowakische Unternehmen eintragen lassen müssten. Ein weiteres Gesetz besagte, dass der Direktor sowie mindestens die Hälfte der Aufsichtsräte tschechoslowakische Staatsbürger sein müssten. In der Praxis blieb vielen AusländerInnen also nur die Möglichkeit des Verkaufs. Insgesamt wurde eine nicht unbeträchtliche Menge von ausländischen Unternehmen auf diese Weise 'nostrifiziert', d.h. tschechoslowakisiert. [vgl. Teichova (1988): S. 59]

Das Nostrifizierungsgesetz war ein weiterer Schritt, die tschechoslowakische Wirtschaft von den alten Wirtschaftsbanden mit dem ehemaligen Österreich-Ungarn und Deutschland zu trennen, doch konnte dadurch der Kapitalmangel, einer der

größten Hindernisse zu einer Stabilisierung der Wirtschaft, nicht verringert werden. [vgl. Teichova (1988): S. 61]

Ausgehend vom Kapitalmangel interveniert der Staat auf direkte und indirekte Weise. So wurden die Nostrifizierungsgesetze zunehmend aufgeweicht, indem ausländischen Investoren Erleichterungen gewährt wurden, um die Investitionsquote im Land zu heben.

Die gesamte Zwischenkriegszeit war von chronischem Kapitalmangel geprägt und somit einer der wesentlichen Hemmfaktoren für wirtschaftliches Wachstum.

Kurz nach dem Krieg waren der heimischen Kapitalbildung durch Wiederaufbau und Reparationen Grenzen gesetzt, später durch ein zu niedriges Wirtschaftswachstum.

Obwohl das Pro-Kopf-Einkommen in der Tschechoslowakei stetig stieg, kann, so Teichova „[...] die entscheidende Rolle der Kapitaleinfuhr als Quelle der Akkumulation für nötige Investitionen in industriellen Kapazitäten [...] nicht genug betont werden.“ [Teichova (1988): S. 72]

Die neuen Staaten konkurrierten untereinander um den Kapitalimport aus dem Ausland. So stiegen im Laufe der Zwanziger Jahre vor allem britische und französische Direktinvestitionen in Osteuropa. So kam es auch zu beträchtlichen Aktienaufkäufen in der Schwerindustrie (Škoda) und im Bergbau. [vgl. Teichova (1988): S. 88f. und S. 105]

Der ganze Raum von Mittel- und Südosteuropa war, so Teichova “[...] ein integrierter Bestandteil der internationalen Kapitalbeziehungen und [es] gehörte mit dem British Empire und Lateinamerika zu den drei Hauptgebieten der Kapitalausfuhr der westlichen Großmächte.“ [Teichova (1988): S. 111]

3.3.4 Auslandsanleihen

Anders als bei den anderen osteuropäischen Ländern, blieb die Auslandsverschuldung der Tschechoslowakei immer niedriger als die Inlandsverschuldung. Das Haushaltsdefizit wurde größtenteils durch Anleihen bei heimischen Banken und durch die so genannte “Nationale Befreiungsanleihe”

beglichen. Dabei handelte es sich um eine Staatsanleihe, die relativ erfolgreich von den tschechoslowakischen BürgerInnen gezeichnet wurde.

Ab 1924 kam es zu einem Konjunkturaufschwung und zu einer relativen Stabilisierung der Wirtschaft. [vgl. Teichova (1988): S. 116f.]

Die Habsburger Monarchie hatte der Tschechoslowakei eine stark entwertete Währung hinterlassen. Um die neue Währung stabilisieren zu können, wurden so genannte Stabilisierungsanleihen aufgenommen. Trotzdem erwies es sich als schwierig, die neue Währung vor inflationären Entwicklungen zu schützen, da die Österreichische Krone noch immer im Umlauf war.

Die Tschechoslowakei vollzog daher eine Währungstrennung von der ehemaligen österreichisch-ungarischen Währungseinheit, doch das konnte die Inflation nicht aufhalten. Die neue Krone fiel ständig und verzeichnete im Oktober 1921 ihren größten Wertverfall. [vgl. Teichova (1988): S. 112ff.]

Bei der Vergabe der Stabilisierungsanleihen herrschte Konkurrenz unter den westeuropäischen Gläubigern, denn durch sie konnten die westlichen Geldgeber ihren ökonomischen und politischen Einfluss im zentral- und osteuropäischen Raum ausweiten und festigen. Außerdem bezweckte die Kreditpolitik der Westmächte die Eingliederung der neuen Volkswirtschaften in das internationale Währungssystem und damit in die internationalen Finanz- und Handelsbeziehungen. [vgl. Teichova (1988): S. 121]

Der Höhepunkt der Verschuldung der osteuropäischen Staaten wurde 1931/32 erreicht, der im Laufe der 1930er Jahre jedoch wieder stetig abnahm. Nicht unerwähnt bleiben darf, dass der Schuldenberg im Fall der Tschechoslowakei durch einen sogenannten Befreiungsbeitrag, den das Land an die Alliierten abführen musste, mitverantwortlich war.

Im Verlauf der 30er Jahre nahm die Auslandsverschuldung allerdings stetig ab. [vgl. Teichova (1988): S. 126f.]

3.3.5 Handelspolitik

Mit dem Aufbau der nationalen Wirtschaft war der Fokus zunehmend in Richtung importsubstituierende Industrialisierung gegangen. Auf diese Weise wollte die

Tschechoslowakei die heimische Industrie vor zu starker ausländischer Konkurrenz schützen.

Mit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1929 verstärkte sich diese Tendenz, wie beinahe überall auf der Welt.

Die Kontrolle von Produktion und Absatz nahm zu, ebenso wie der Protektionismus.

Die westeuropäischen Gläubigerstaaten errichteten hohe Zollmauern und zogen ihre Kredite aus Osteuropa ab. Neue Kredite konnten so fast nicht mehr aufgetrieben werden und Exportüberschüsse wurden zu einer unabdingbaren Notwendigkeit.

Daher betrieben alle Staaten Osteuropas, inklusive der Tschechoslowakei eine aktive Exportförderung bei gleichzeitiger Beibehaltung der Importsubstitution. [Teichova (1988): S. 176f]

3.3.6 Das Protektorat Böhmen und Mähren – Einbindung in die nationalsozialistische Kriegswirtschaft

Bis zum Jahr 1938 reduzierte die Tschechoslowakei den Handel mit Deutschland zunehmend, da der direkte bilaterale Handel mit Deutschland den wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum einschränkte. Um für die an Deutschland exportierten Rohstoffe eine äquivalente Bezahlung zu erhalten, war die Tschechoslowakei gezwungen, deutsche Fertigwaren einzuführen. Diese einseitige Form des Warenaustausch verhinderte aber eine Erholung der tschechoslowakische Wirtschaft und eine Weiterentwicklung der Fertiggüterindustrie. [vgl. Teichova (1988): S. 193f.]

Die Versuche der Tschechoslowakei, sich dem deutschen Handelsog zu entziehen endeten aber spätestens mit dem Münchener Abkommen. Auf einer Konferenz in München im September 1938 wurde unter Abwesenheit tschechoslowakischer VertreterInnen ein Pakt zwischen Adolf Hitler (Deutschland), Benito Mussolini (Italien), Neville Chamberlain (Großbritannien) und Édouard Daladier (Frankreich) beschlossen, in dem die Abtretung der sudetendeutschen Gebiete an Deutschland bestimmt wurde. Da die sudetendeutschen Regionen in der Tschechoslowakei mehrheitlich von Deutschen bewohnt waren, ging man davon aus, dass dadurch Hitlers Expansionstrieb befriedigt werden würde. Wenig später jedoch erließ Hitler

den Geheimbefehl zur "Zerschlagung der Rest-Tschechei" und ließ die Deutsche Wehrmacht in die Tschechoslowakei einmarschieren.

Im März 1939 wurde das Gebiet der übrigen Tschechoslowakei als "Reichsprotektorat Böhmen und Mähren" zusammengefasst. [vgl. Kinder/Hilgemann (1999): S. 475]

Die Organisation des Protektorats wurde zwar von einer autonomen tschechoslowakischen Verwaltung durchgeführt und der tschechoslowakische Präsident Emil Hácha blieb im Amt, doch er konnte nur im Einklang mit den politischen, militärischen und ökonomischen Interessen Deutschlands regieren, die von einem Reichsprotektor überwacht wurden. Damit wurde das Gebiet der Tschechei dem Deutschen Reich de facto einverleibt.

Im September 1939 begann mit dem deutschen Angriff auf Polen der Zweite Weltkrieg, was sich natürlich auf die Wirtschaft des Deutschen Reiches und die Gebiete der ehemaligen Tschechoslowakei auswirkte. Es kam zu einer intensiven Einbindung in die deutsche Kriegswirtschaft und Waffenindustrie.

Wesentliche Teile der tschechischen Wirtschaft fielen mit dem Protektorat unter deutsche Kontrolle. Deutschland investierte dabei vor allem in die Schwer- und Waffenindustrie.

Trotz der immer repressiveren Ausbeutung der Arbeitskräfte und der Forcierung der Rüstungsindustrie besonders im Protektorat konnte das Deutsche Reich den Rüstungsbedarf im Verlauf des Krieges nicht mehr entsprechend decken. Als mit den erlittenen Niederlagen Deutschlands die Aussicht auf einen kurzen Krieg in immer weitere Ferne rückte und die wirtschaftliche Situation Deutschlands sich zusehends verschlechterte, wurden auch die Maßnahmen gegenüber den besetzten Staaten immer drückender.

Dennoch blieb die tschechische Kriegsindustrie bis fast zum Kriegsende von den Kampfhandlungen verschont und konnte ihren Output stetig erhöhen.

Mit der Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg und der Neuerrichtung der Tschechoslowakei 1945 begann ein neues Kapitel in der Geschichte des Landes. [vgl. Deutsches Historisches Museum (2010)]

3.3.7 Einordnung der sozioökonomischen Entwicklung der Tschechoslowakei von 1918 – 1945

Abbildung 3

	Akkumulation	Regulation	Räumlicher Fokus	Politische Kultur
1918-1945	Binnenmarktbildend-Bildung nationalen Kapitals, exportorientiert, da Kapitalmangel im Land (bei zunehmendem Protektionismus) – Deutsche Okkupation: Einbindung in Kriegswirtschaft	zunehmend interventionistisch	Nationalstaatlich zentrierte Entwicklung – Protektorat Böhmen und Mähren als Industriezone innerhalb des Deutschen Reiches	Nationalismus Umbruchszeit

Quelle: Eigene Darstellung

3.4 Sozialismus - Versuch nachholender Entwicklung, oder aufoktroiertes System? (1945-1989)

3.4.1 Einleitung

Mit dem Ende des zweiten Weltkrieges setzte sich eine Entwicklung in Gang, die die folgenden fünfzig Jahre einschneidend prägen sollte. Die unterschiedlichen Interessen der alliierten Siegermächte in Europa und die verschiedenen Konzepte politischer Herrschaft, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbaus, sowie ungleiche Voraussetzungen stehen am Anfang des Versuchs, durch eine (sozialistische) Alternative, den bis dahin peripheren Charakter des mittel- und osteuropäischen Raumes zu überwinden.

In den vorherigen Kapiteln zeigte sich, dass sich in den bis 1945 bestehenden Systemen räumliche Hierarchien herausgebildet haben, die aber keineswegs natürliche Entwicklungen darstellten, bzw. als deterministische Tatsache angenommen werden können, sondern bestimmte Stadien durchliefen, einschneidende Bruchstellen aufwiesen, sich teilweise auflösten, bzw. verfestigten und so einen dynamischen Prozess beschreiben, der 1945 nicht endet und auch nicht beginnt, sondern wieder ein charakteristischer/symbolischer Meilenstein im historischen Ablauf wurde.

Es ist Tatsache, dass sich mit dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989 gezeigt hat, dass der reale Sozialismus, zumindest wie er in der Tschechoslowakei und in ganz Mittel- und Osteuropa praktiziert wurde mit dem kapitalistischen System nicht erfolgreich konkurrieren konnte und von der Bevölkerung selbst letztendlich abgelehnt wurde.

3.4.2 Theoretische Vorbetrachtung

Die Bedingungen, mit denen die mittel- und osteuropäischen Länder, u.a. auch die Tschechoslowakei nach dem 2. Weltkrieg konfrontiert waren, die Zerstörungen und die bestehende Ungleichheit in der Entwicklung, v. a. dem Grad der Industrialisierung zwischen West und Ost bereits vor 1945 waren denkbar schlecht². Dennoch galt und gilt bis heute, je nach ideologischer und politischer Ausrichtung das sozialistische Entwicklungsmodell, vor allem für diesen Raum, einerseits eben als Versuch nachholender Entwicklung, als auch als Zwangssystem, das diesen Ländern von der Siegermacht Sowjetunion und den von ihr mitinitiierten kommunistischen Putsch (vgl. Tschechoslowakei 1948) aufoktroziert wurde.

Besonders wichtig erscheint mir, hier eine Diskussion aufzuzeigen, die sich mit den theoretischen Grundlagen befasst, auf die sich der Sozialismus und die AkteurInnen innerhalb der kommunistischen Parteien beriefen, nämlich auf den wissenschaftlichen Sozialismus und den historischen Materialismus.

Für Karl Marx ist die sozialistische Gesellschaft das Endstadium der menschlichen und wirtschaftlichen Entwicklung und geht aus dem sich durch Widersprüche und Gegensätzlichkeiten selbst zerstörenden kapitalistischen System hervor. Die Voraussetzung bei Marx bedingt ein breit entwickeltes kapitalistisches Produktions-

² „Die Teilung Europas in einen entwickelteren „Westen“, einen weniger entwickelten oder unterentwickelten „Osten“ sowie in „Mitteleuropa“, das nicht nur geographisch, sondern auch ökonomisch zwischen diesen beiden Polen liegt, geht zumindest auf das 16. Jahrhundert zurück (wenn nicht gar auf das 9. Jahrhundert).“ [Frank (2005): S. 73]

[Anm. M.E.: vgl. auch: Szücs, Jenő(1990): Die drei historischen Regionen Europas. Frankfurt]

und Akkumulationsregime mit scharfen Klassengegensätzen, die sich schlussendlich in einer Revolution der besitzlosen Klasse, der Werktätigen, auflöst³.

In den vorherigen Kapiteln wurde klar, dass es sich im Fall der Tschechoslowakei zu diesem Zeitpunkt in jeden Fall um einen zumindest semiperipheren Raum innerhalb der wirtschaftlichen Interdependenzbeziehungen handelte, wenngleich er auch in der Zeit der Habsburger-Monarchie eine zentrale Stellung einnimmt und in der Zwischenkriegszeit einen mehr oder weniger erfolgreichen Entwicklungsweg beschritt. Global gesehen war die Tschechoslowakei immer einer abhängigen Entwicklung unterworfen und wurde von den Interessen anderer politischer und kapitalistischer Zentren gesteuert, bzw. getrieben.

Der Versuch, den Sozialismus als nachholendes Entwicklungsmodell, zu implementieren, ist äußerst schwierig zu argumentieren, wenngleich sehr viel an intellektueller Energie (während der gesamten Existenz des realen Sozialismus in Mittel- und Osteuropa) darauf verwendet wurde, diese scheinbar paradoxe und widersprüchliche Tatsache umzumünzen und zu rechtfertigen.⁴

Dass es sich beim osteuropäischen Kommunismus, zu dem natürlich auch die tschechoslowakische Ausprägung gehörte, keinen Kommunismus im dogmatischen marxistischen Sinne handelt war den Parteivorsitzenden und Ideologen ohnehin klar. „Die der marxistischen Lehre bisher fremde Anschauung vom Fortbestehen der Partei und der zur gesellschaftlichen Arbeit zwingenden Pflichtmoral bedeutet, dass sich auch die Parteiführer eine gesellschaftliche Ordnung ohne Recht und ohne Zwang ernstlich nicht vorstellen können: In der Kommunistischen Partei, die schon heute als >>Staat<< im eigentlichen Sinne, zumindest aber als Staatsorgan im weiteren Sinne, angesehen werden kann, ist die künftige Inkarnation des heutigen,

³ Anm. M. E.: Hierbei handelt es sich um eine verkürzte Darstellungsweise der Marxistischen Theorie, die jedoch aufgrund der Kürze nicht näher ausgeführt werden kann. Vgl. dazu: Marx, Karl/Engels, Friedrich (1999): Manifest der Kommunistischen Partei. Stuttgart: Reclam.

Oder: Marx, Karl (1957): Das Kapital. Stuttgart: Kröner.

⁴ Anm. M. E.: Auch hier muss auf Standardwerke der marxistisch – leninistischen Literatur hingewiesen werden.

Vgl. z.B.: Lenin, Wladimir Iljitsch (2000): Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus.

Oder auch das Schlagwort vom „Aufbau des Sozialismus in einem Land“, das von Stalin geprägt

wurde. [vgl.: Grundsätze der Arbeitsgruppe Marxismus (1999): Das gescheiterte stalinistische Modell.]

schon völlig von ihr durchdrungenen Regierungsgefüges zu sehen. Die >>Regeln des kommunistischen Gemeinschaftslebens<< und die von der Kommunistischen Partei geprägte >>Kommunistische Moral<< sollen die Funktionen des gegenwärtigen >>Regulators der gesellschaftlichen Verhältnisse<<, des Sowjetrechts, erfüllen. Es bedarf keines Kommentars darüber, dass auf diesem Wege der >>Kommunismus<< sehr wohl zu verwirklichen ist, wenn man bereit ist, zusammen mit einer neuen Terminologie im obigen Sinne auch den Zwang als Instrument mit einzusetzen. [...] Mit solchen Versuchen offenbaren die Führungskräfte ohne besondere Scheu die sonst stets abgeschworene Abweichung von der Linie der Klassiker.“ [Pfaff (1968): S. 196]

Auch der zweite Ansatz vom aufoktroierten System ist theoretisch schwer nachzuvollziehen, denn für Marx konnte der Sozialismus nicht aufoktroiert werden. Er steht innerhalb der natürlich Ordnung der menschlichen Entwicklung an letzter Stelle und muss sich bis dahin organisch entwickeln. Verstaatlichung der Produktionsmittel und Zentralisierung des Wirtschaftssystems wie es in den realsozialistischen Ländern gemacht wurde, bedeutet eben keinen wirklichen Sozialismus.

In diesem Sinne argumentiert auch Wallerstein, wenn er schreibt: “Establishing a system of state ownership within a capitalist world-economy does not mean establishing a socialist economy.” [Wallerstein (1979): S. 90] und weiter: “State ownership is not socialism. Self-reliance is not socialism. [...] But a socialist government [Anm. M.E.: im Sinne einer Sozialistischen Weltregierung] will not look anything like the USSR, or China, or Chile, or Tanzania of today.” [Wallerstein (1979): S. 90]

Insofern sind beide Interpretationen theoretisch nicht legitimierbar, egal aus welcher ideologischen Sicht man es betrachtet. Nichts desto trotz bleiben kaum Alternativen, da diese Begriffe aufgrund der historischen Erfahrungen und des allgemeinen praktischen Gebrauchs Relevanz im wissenschaftlichen Diskurs erhalten haben und so auch in der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung zwischen den Systemen Bedeutung erlangt haben.

3.4.3 Transformation

Wenn man sich die zeitgenössische Diskussion rund um den Begriff Transformation vergegenwärtigt wird man schnell feststellen, dass es sich um einen positiv assoziierten Begriff handelt, der die Veränderung vom „Falschen“ hin zum „Richtigen“ beschreibt. Die sogenannten Transformationsländer, wie Tschechien und die Slowakei stecken bis heute in der Phase des Übergangs vom sozialistisch-planwirtschaftlichen, hin zum liberal/demokratisch-marktwirtschaftlichen System. Durch den Beitritt zur Europäischen Union im Mai 2004 haben sie bereits einen wichtigen Knotenpunkt auf diesem Weg passiert, bzw. diese Phase für beendet erklärt.

Als 1945 sowjetische Truppen das östliche Europa besetzt hielten und die nationalen (kommunistischen) Eliten der mittel- und osteuropäischen Länder⁵ durchaus offen für ein alternatives Entwicklungsmodell waren, erschien dieser Weg als Möglichkeit, „die peripherisierten, vorwiegend agrarisch geprägten und vom Krieg stark in Mitleidenschaft gezogenen Länder zu modernen Industriegesellschaften zu entwickeln. An eine bedingungslose Übernahme des sowjetischen Modells dachten zunächst nur wenige.“ [Komlosy/Hofbauer (2006): S. 221]

Man kann deshalb ab 1945 auch von einer intensiven Transformationsphase innerhalb des mittel- und osteuropäischen Raumes sprechen, denn abgesehen von der Sowjetunion gab es zu diesem Zeitpunkt noch keinen Staat, der den realen Sozialismus als wirtschaftspolitisches Instrument implementiert hat.

Als ein Beispiel, wo sich die Transformation sehr rasch durchsetzte, noch dazu in einem Land, das als erste hochindustrialisierte Volkswirtschaft, die auf einen fortgeschrittenen Produktionsapparat mit großen Reserven technisch, wissenschaftlicher und allgemein gebildeter Arbeitskräfte zurückgreifen konnte, kann die Tschechoslowakei angeführt werden. Teichova schreibt, „daß der Zweijahresplan und der darauffolgende erste Fünfjahresplan in einem knappen Jahrzehnt zur

⁵ Anm. ME: Die Tschechoslowakei war aufgrund ihrer Ausrichtung in ein politisches und wirtschaftliches System eingebunden, das von der Sowjetunion dominiert wurde. Deshalb ist es oftmals schwierig, es losgelöst von den anderen Staaten dieser Region zu betrachten. Im Zuge dieses Kapitels wird deshalb die Tschechoslowakei gelegentlich im Verbund und im Vergleich mit anderen sozialistischen Ländern genannt.

tiefgreifendsten wirtschaftlichen Umwälzung und zur radikalsten gesellschaftlichen Umschichtung in der tschechoslowakischen Geschichte führten.“ [Teichova 1988a: S. 81]

3.4.4 Wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung bis Ende der 1960er Jahre

Als Stalin, Churchill und Roosevelt auf der Konferenz von Jalta 1945 die Grenzen zwischen West- und Osteuropa festlegten, zeigte sich eine unglaubliche Parallele mit der bereits im 8.-9. Jahrhundert zur Zeit Kaiser Karls des Großen bestehenden Trennlinie zwischen den beiden geographischen Räumen. [vgl. Komlosy/Hofbauer (2006): S. 215] Damit manifestierte sich aber mehr als nur eine politische und wirtschaftliche Auseinandersetzung zwischen zwei ideologischen Blöcken. Es tradiert eine bereits seit langem bestehende Unterscheidung zwischen einem zentralen Westen und einem peripheren Osten, dem interessanterweise auch die Tschechoslowakei zugerechnet wurde, obwohl es sich um ein bereits entwickeltes Industrieland handelte.

Wir können allerdings feststellen, dass sich mit dieser Exklusion eine Möglichkeit für die Tschechoslowakei auftat, sich unabhängig und mit weniger Konkurrenzdruck aus dem restlichen kapitalistischen System, eine Entwicklung in Gang zu setzen, die bis dahin nicht möglich, oder sehr stark an den Bedürfnissen westlicher Kapitalgeber orientiert war. Allerdings ging das nicht soweit, dass sich plötzlich zwei Weltsysteme nebeneinander entwickeln konnten, wie es Stalin kurz vor seinem Tod 1953 feststellen wollte. Dem globalen kapitalistischen System konnte sich weder die Tschechoslowakei selbst, noch die Sowjetunion entziehen. [vgl. Frank (2005): S. 83]

Wenn man die Wirtschaftsstrukturen der Tschechoslowakei nach dem Ende des zweiten Weltkrieges analysiert, stellt man fest, dass sich die Handelsbeziehungen zur Sowjetunion bis dahin nur sehr gering bis gar nicht entwickelt hatten und der Grad der Industrialisierung im Gegensatz zur UdSSR (und im Gegensatz zu allen anderen mittel- und osteuropäischen Staaten, ausgenommen der DDR). in der Tschechoslowakei viel höher war.

Abbildung 4

Industrieproduktion pro Kopf 1950 im Vergleich zu der der Sowjetunion in %

UdSSR	Bulgarien	ČSSR	DDR	Polen	Rumänien	Ungarn
100	43	143	136	70	31	78

Quelle: Zwass (1988): S. 9

Das Problem der unterentwickelten Handelsbeziehungen war allerdings bereits mit der Gründung des RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) 1949 aufgehoben. Zu diesem Zeitpunkt hat sich nämlich das Verhältnis vollkommen verdreht und betrug in der Tschechoslowakei bereits um die 60% des gesamten Außenhandelsvolumen. [vgl. Zwass (1988): S. 10]

Eines der Hauptanliegen der UdSSR war der Warenaustausch zwischen ihren eigenen riesigen Vorräten an Rohstoffen, an Energie und an Halbfertigprodukten und den sich steigenden Final- und Industrieprodukten der mittel- und osteuropäischen Satellitenstaaten, v. a. aus der Tschechoslowakei und der Deutschen Demokratischen Republik, die aber bei weitem nicht das Weltmarktniveau der Produkte aus den kapitalistischen Staaten erreichen konnten.⁶ „Die in den sechziger Jahren durchgeführten offiziellen Wirtschaftsanalysen ergaben, daß im Vergleich mit dem Weltniveau der Produkte des Maschinenbaus nur 36 Prozent der tschechoslowakischen Erzeugnisse den erforderlichen Standard erreichten oder ihn überschritten, 27 Prozent waren veraltet und 37 Prozent hätten ausgewechselt oder ausrangiert werden müssen. Daher konnte die ČSR ihre Exporte häufig nur mit Verlusten auf dem Weltmarkt absetzen.“ [Teichova (1988a): S. 118]

Allerdings versuchte die Sowjetunion die Tschechoslowakei, die unter ihrer Kontrolle stand, näher an sich zu binden. „Das im Dezember 1948 vereinbarte langfristige Handelsabkommen mit der Sowjetunion zwang die tschechoslowakische Volkswirtschaft, erhebliche Kapazitäten der verarbeitenden Industrie, insbesondere des Maschinenbaus, kurzfristig auf die Bedürfnisse der sowjetischen Wirtschaft umzustellen.“ [Kosta (1978): S. 76]

⁶ „Eastern Europe does not possess fuel and raw materials resources comparable to those of the USSR.“ [Fink/Grosser/Levcik (1980): S. 11]

Entsprechend nachteilig für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Tschechoslowakei wirkte sich der Ausschluss von Marshallplanhilfsgeldern und – gütern aus. Es wurden „Embargolisten“⁷ aufgestellt, die jene Waren beinhalteten, die nicht in sowjetisch kontrollierte Gebiete oder Länder exportiert werden durften.“

[Komlosy/Hofbauer (2006): S. 223]

Politisch versuchte die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei die radikalisierte Arbeiterschaft für ihre Ziele zu gewinnen, denn nur so konnte sie das revolutionäre und gewaltbereite Potenzial zur Entwicklung des Landes instrumentalisieren. „Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ging die politische Entwicklung in der Tschechoslowakei im Zuge der Radikalisierung der Arbeiterschaft, des rasanten Aufstiegs der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KSČ) und eines allgemeinen Linksrucks der Gesellschaft rasch über die traditionellen Formen der Mitbestimmung in der Zwischenkriegsrepublik hinaus. Die aus dem Untergrund auftauchende Betriebsrätebewegung forderte die umfassende Demokratisierung des Betriebes mit gleichen Entscheidungskompetenzen für die Betriebsräte und das industrielle Management; das verband sich mit dem Ziel, den Sturz der >>kapitalistischen Klasse<< herbeizuführen, und mit hoher Zustimmung zur KSČ, die über die Arbeiterschaft hinaus als der Garant sozialer Gerechtigkeit in der neuen Republik galt. Die KSČ setzte ihrerseits alles daran, um die Räte ihrem Vorherrschaftsanspruch zu unterwerfen. Im Bündnis mit der Einheitsgewerkschaft, die im Frühjahr 1945 nach sowjetischem Vorbild entstand, initiierte sie die Gründung von Betriebsgruppen der Einheitsgewerkschaft und von Produktionskomitees, die den politischen Enthusiasmus der Betriebsräte kanalisieren und für Kampagnen zur Produktionssteigerung nutzbar machen sollten.“ [Heumos (2006): 51f.]

Die sozialistische Planwirtschaft in der Tschechoslowakei und im Rest Osteuropas entwickelte aber trotz relativ widriger Vorausbedingungen enorme Wachstums- und Entwicklungsdynamiken und überflügelten damit selbst die kapitalistischen Länder Westeuropas und die USA. „In den Jahren der Hochkonjunktur zwischen 1960 und 1973 war die jährliche Durchschnittswachstumsrate des RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) (7,2%) beachtlich höher als die der OECD-Länder (5,0%) und nur

⁷ Anm. M.E.: CoCom-Embargo (Coordinating Committee): Darunter befanden sich zig-tausende Produktgruppen, die nicht in den sog. „Ostblock“ exportiert werden durften.

um 1,3 Prozentpunkte niedriger als die Wachstumsrate der neu aufrückenden Staaten der Dritten Welt (Newly Industrializing Countries – NIC – in den Jahren 1968 bis 1972).“ [Zwass (1985): S. 12]

Die zentralen Wachstumsdeterminanten waren die Schwerindustrie und die Energieträger. Allerdings konnten sich neben den ökonomischen Wachstumsraten auch die sozialen Indikatoren verbessern, wie die Analphabetenrate, die in beinahe allen sozialistischen Ländern in den 1970er Jahren gegen 0% ging, als auch die steigende Lebenserwartung. [vgl. Komlosy (1994): S. 324]

Ein Problem blieb die Landwirtschaft: Durch die absolute Dominanz der Industrie, wurde von dieser immer mehr Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft abgesaugt. Insgesamt stieg der Beschäftigtenstand enorm an, was auch auf eine intensive Einbeziehung der Frau als Arbeitskraft in die wirtschaftlichen Prozesse zurückzuführen ist.⁸ „In einer historisch kurzen Zeitperiode haben die Planwirtschaften ihre Mengenziele erreicht. Sie entwickelten sich von Agrar- zu Industriegesellschaften und schufen dasjenige Industrieproletariat, dessen Diktaturen sie verkündeten, aber nie verwirklicht hatten.“ [Zwass (1988): S. 9]

In der Tschechoslowakei war die Situation wie folgt:

Im Vergleich der Beschäftigtenstruktur der Jahre 1948 und 1968 kann man eine erhebliche Zunahme an IndustriearbeiterInnen feststellen, nämlich von 58,8%. Das Baugewerbe verzeichnete prozentuell den höchsten Zuwachs von 127,7%, startete allerdings von einem viel niedrigeren Niveau aus. Was sofort ins Auge fällt ist allerdings der dramatische Rückgang der Landwirtschaft von -45,9% (absolute Zahlen: 1948 – 2.239.000; 1968 – 1.211.000) [vgl. Teichova (1988a): S. 86]

Dieser quantitative, als auch qualitative Rückgang in der landwirtschaftlichen Produktion manifestiert sich auch im Außenhandel der Mittel- und Osteuropäischen Länder.

⁸ „Der Arbeitskräftezuwachs zwischen 1950 und 1972 betrug 1 602 000, davon waren 1 258 000 Frauen, das sind 78,5 Prozent.“ [Teichova (1988a): S. 85]

Abbildung 5

Table 3: Shares of Foodstuffs and Raw Materials for Foodstuffs (CTN 3) in total CMEA Foreign Trade (in %)

(all commodity groups = 100)

	Exports to		Imports from	
	World	Western Countries	World	Western Countries
1950	20.9	33.5	16.8	7.7
1960	12.8	23.1	14.6	10.1
1970	11.1	19.7	12.9	11.7
1975	8.8	13.5	14.3	14.5

Quelle: Fink/Grosser/Levcik (1980): S. 10

Man kann darin einen deutlichen Rückgang der Exporte in den Westen erkennen, bei gleichzeitig steigenden Importen aus genau diesem.

Wie Frank schreibt, war die anfängliche Entwicklung der mittel- und osteuropäischen Wirtschaft gigantisch und versetzte sogar die US-Amerikaner in Panik angesichts der technischen Erfolge der sozialistischen Länder (z.B. wurde Sputnik als erster Satellit 1957 von der Sowjetunion in das Weltall geschossen).

In den 1950er und 1960er Jahren konnte sich somit der Abstand zu den bereits industrialisierten westeuropäischen Ländern verringern, in den 1970er blieb der Abstand ziemlich gleich, um danach in den 1980er Jahren gänzlich abzusacken und im Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus zu enden. [vgl. Frank (2005): S. 75]

3.4.5 Zunehmende interne und externe Probleme seit Mitte der 1960er Jahre bis zum Zerfall 1989

Wie im vorigen Kapitel gezeigt werden konnte war das Wachstum in der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg hoch, und das, obwohl das Land mit zahlreichen widrigen Vorbedingungen kämpfen musste und von westlicher Unterstützung ausgeschlossen war. Dies war auf den weiter gestiegenen

Industrialisierungsgrad und die Ausweitung der sozialen Sicherungsstruktur zurückzuführen.

Es zeigten sich aber schon Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre, dass das hohe Wirtschaftswachstum die strukturellen Defizite nicht zu kaschieren vermochte, schon gar nicht aufzuheben. So war die Landwirtschaft und die Konsumgüterindustrie bisher extrem vernachlässigt worden. „Sein (Anm. ME: Nikita Sergejewitsch Chruschtschows) eigentliches Ziel war, die Lebensbedingungen in der Sowjetunion und in Osteuropa zu verbessern, und dieses Ziel konnte er nur durch eine spürbare Reduzierung der Rüstungsausgaben verwirklichen.“ [Zwass (1988): S. 21]

Anhand der Verwendung des Bruttonationalproduktes kann man zeigen, wie relativ unterentwickelt der private Konsum in den sozialistischen Ländern war: Lag der private Konsum 1930 noch bei 71,8% so ging er bis 1966 auf 49,9% zurück, während der öffentliche Konsum im gleichen Zeitraum von 10,9 auf 20,8 Prozentpunkte stieg. [vgl. Kosta (1978): S. 106]

Ein politischer und wirtschaftlicher Wendepunkt in der ČSSR war das Jahr 1968. Nach Stalins Tod 1953 versuchte die kommunistische Führung der Tschechoslowakei wirtschaftliche Reformen einzuleiten und ein gewisses Maß an Liberalisierung und Meinungsfreiheit zuzulassen. Dennoch stieg der Unmut in der Bevölkerung, der von Intellektuellen und Schriftstellern wie Pavel Kohout und Václav Havel und namhaften PolitikerInnen der tschechoslowakischen kommunistischen Partei wie Alexander Dubček und Ludvík Svoboda aufgegriffen und durch politische Programme in konkrete Worte gefasst wurde.

Nach dem Aufstieg Dubčeks zum Ersten Sekretär der KPČ und seiner Vision von einem „Kommunismus mit menschlichem Antlitz“, d.h. Reform der Partei, Aufhebung der Zensur, Rehabilitierung politisch Verfolgter, Erweiterung der Reisemöglichkeiten, Wirtschaftsreformen und unabhängigere Staatsorgane unterstützten ihn nicht nur viele Teile der tschechoslowakischen Bevölkerung, sondern auch zahlreiche kommunistische Bewegungen (Italien, Frankreich, Rumänien, Jugoslawien). Die Reformbewegung, die das Land erfasste und über ein halbes Jahr prägen sollte, ging unter dem Schlagwort „Prager Frühling“ in die Geschichte ein. Die politischen

Führungen der kommunistischen Länder, insbesondere die der Sowjetunion beobachteten die Entwicklungen in der ČSSR mit Argwohn und empfanden die Reformbemühungen der tschechoslowakischen Regierung und die Forderungen der Bevölkerung als konterrevolutionäre Umtriebe, denen Einhalt geboten werden musste. Den Höhepunkt der Maßnahmen des sowjetisch dominierten politischen und militärischen Blocks stellte der militärische Einmarsch der Warschauer Pakt Truppen in der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 in die Tschechoslowakei dar. Damit wurde der „Prager Frühling“ beendet und sowohl die Reformen, als auch zahlreiche personelle Entscheidungen rückgängig gemacht. [vgl. Karner (2008): S. 28ff.]

Auch wirtschaftlich hatten die Ereignisse um das Jahr 1968 Auswirkungen auf die Entwicklung der ČSSR, denn ein wirklich wichtiger Wendepunkt für die sozialistischen Staaten sind die 70er Jahre. „Möglich wurde die Öffnung des Ostens, die in der ČSSR 1968 durch den Einmarsch sowjetischer Panzer [Anm. ME.: vorerst] unterbrochen wurde, [...] durch die billige Verfügbarkeit westlicher Kredite.“ [Komlosy/Hofbauer (2006): S. 227]

Die Länder des Ostens entwickelten sich in Folge innerhalb der „Neuen Internationalen Arbeitsteilung“ [Fröbel/Heinrichs/Kreye (1977): S. 31] zu Produktionsstandorten, wo zu günstigen Preisen produziert werden konnte und wodurch die Profitraten stiegen.

Außerdem versuchte man durch vermehrten Import an Technologien aus dem Westen die eigene Produktpalette qualitativ hochwertiger zu gestalten und damit auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger zu werden. Daraufhin stieg allerdings die Verschuldung der Länder stark an. „Der unvorhergesehene rasche Anstieg der Verschuldung, der – wenn er sich im gleichen Tempo fortsetzen sollte – in einigen RGW-Ländern zu Zahlungsschwierigkeiten führen könnte, hat den Ausschlag für eine grundlegende Änderung der Außenhandelsstrategie gegenüber dem Westen für die kommenden Jahre gegeben.“ [Askanas/Askanas/Levcik (1978): S. 339] Eine Erklärung gibt es im selben Buch, weshalb die Außenhandelsbilanz für die sozialistischen Länder ins Negative abrutschte: „Der Produktionsverlauf im Jahre 1975 wurde offensichtlich von den veränderten Bedingungen in der Außenwirtschaft beeinflusst. Mit dem zunehmenden Gewicht des Westhandels steigt die Empfindlichkeit des Wachstums der Volkswirtschaft auf die Veränderungen in den

außenwirtschaftlichen Beziehungen mit dem Westen. Die Umkehr in den relativen Preisen von Fertigwaren und Rohstoffen haben die Terms of trade in den meisten osteuropäischen Ländern verschlechtert. Die gleichzeitig eingetretene Wirtschaftsstagnation in den westlichen Industrieländern, die Ende 1974 in eine Rezession überging, hat die Absatzmöglichkeiten von Industriewaren im Westen stark eingeschränkt.“ [Askanas/Askanas/Levcik (1978): S. 324]

Mit genau diesem Ereignis begann der unaufhaltbare Abstieg der tschechoslowakischen und gesamt-osteuropäischen Wirtschaft.

Entgegen anders lautenden zeitgenössischen und ideologisch eingefärbten Argumentationen war nicht die sozialistische Planwirtschaft allein am Untergang der tschechoslowakischen Ökonomie Schuld, sondern u.a. auch die Weltwirtschaftskrise der 70er Jahre, die zuerst das kapitalistische Zentrum und dann nach und nach auch die kapitalistischen und sozialistischen Peripherien, bzw. Semiperipherien erreichte. [vgl. Frank (2005): S. 79]

Zusammenhängend mit diesem Phänomen kann auch festgestellt werden, dass die sozialistischen „Planwirtschaften des Ostblocks den Übergang von der Massenproduktion zu einem flexibleren Lenkungssystem als Voraussetzung für eine hochentwickelte Industriebasis, oder wie man es im Osten definiert, von einem extensiven zu einem intensiven Produktionsmodell nicht geschafft [haben].“ [Zwass (1985): S. 68]

Der sogenannte „Eiserne Vorhang“ wurde zum sichtbarsten Zeichen der europäischen Trennung, die allerdings schon vorher bestand und nach 1989 weiterlebt. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa verschwand der Zaun und die Grenze wurde zu einer Wohlstandstrennlinie, deren Durchlässigkeit sich weg von der politischen, hin zur ökonomischen Bedeutung verschob. [vgl. Komlosy (1994): S. 328]

Wie gezeigt werden konnte, hat sich die Tschechoslowakei selbst in der Phase des real existierenden Sozialismus dem globalen kapitalistischen System nicht entziehen können. Darüber hinaus muss angemerkt werden, dass es sich beim osteuropäischen Kommunismus um kein echtes sozialistische Produktionssystem gehandelt hat, sondern um eine Form von Staatskapitalismus, der wiederum auf die

Funktionsweise des Staates abfärbte. „Bestimmte Merkmale des Staates in den sozialistischen Ländern, die denen des kapitalistischen Staates verwandt sind, können nicht wiedergegeben werden, da die Warenbeziehungen in diesen Ländern beträchtliche Veränderungen erfahren haben. Diese Verwandtschaft ist unter anderem den kapitalistischen Aspekten des Staates in diesen Ländern geschuldet, die auch die Produktionsverhältnisse und die Arbeitsteilung kennzeichnen. Die Werktätigen haben weder die Kontrolle noch die Herrschaft über die Arbeitsprozesse (das Besitzverhältnis), noch besitzen sie die reale ökonomische Macht über die Arbeitsmittel (die Beziehung des ökonomischen Eigentums, das vom juristischen Eigentum unterschieden ist); es handelt sich um die Verstaatlichung und nicht um eine wirkliche Vergesellschaftung der Produktion. Auf politischem Niveau handelt es sich um eine Diktatur *über* das Proletariat.“ [Poulantzas (2002): S. 78]

Der Raum, Mittel- und Osteuropa, unterliegt einem Gefälle, einer machtvollen Hierarchie, die selbst ein so gründliches und zentralistisch organisiertes System wie der real existierende Sozialismus es war, nicht aufbrechen konnte. Ob es die Marktwirtschaft tun kann, sei dahingestellt, denn wenn man von der These ausgeht, dass der Kapitalismus auf der Grundlage der Profitmaximierung aufbaut, dann wird es für die Nachfolgestaaten der ehemaligen ČSSR schwierig werden, ihre semiperiphere Position abzustreifen. „Such a system is *necessary* for the expansion of a world market if the primary consideration is *profit*. Without *unequal* exchange, it would not be *profitable* to expand the size of the division of labor.“ [Wallerstein (1979): S. 71]

3.4.6 Einordnung der sozioökonomischen Entwicklung der ČSSR in der Zeit des real existierenden Sozialismus

Abbildung 6

	Akkumulation	Regulation	Räumlicher Fokus	Politische Kultur
1945-1989	Staatwirtschaftliche Akkumulation, Nationale Industrie (Arbeitsteilung zwischen den RGW-Ländern)	Planwirtschaft	Nachholende Entwicklungsphase in der ČSSR – intensive Abstimmung mit den anderen sozialistischen Ländern	autoritärer, kommunistischer Staat

Quelle: Eigene Darstellung

3.5 Transformation in der ČSFR (bis 1992) und in der Tschechischen Republik (1989 – heute) - Soziale, politische und ökonomische Integration

3.5.1 Grundlage der Transformation und theoretische Interpretation

Haben die Menschen 1989 in den Straßen von Prag, Brünn, Budweis, etc. nach der samtenen Revolution, d.h. dem friedlichen Ende der kommunistischen Herrschaft in der Tschechoslowakei, noch getanzt und sich auf ein Leben in Luxus, Freiheit und Wohlstand gefreut, ist nach zwei Jahrzehnten der Transformation eine etwas nüchternere Stimmung zu bemerken. Nach der Finanzkrise der Jahre 2008 und 2009 und den damit verbunden negativen Schlagzeilen in den Medien über die Kreditwürdigkeit, das Wachstumspotenzial und die Krisenanfälligkeit der sog. Transformationsökonomien scheint der erste Hype verfliegen zu sein.

Es gibt zwar viel zu kaufen, jedoch mehrheitlich ausländische Produkte und Phänomene wie Arbeitslosigkeit, Inflation und sozialer Abstieg mögen so gar nicht in das optimistische Gerede nationaler und internationaler ExpertInnen, ÖkonomInnen und PolitikerInnen passen.

Im Gegenteil: die neoliberalen wirtschaftlichen Schocktherapien versetzte viele Menschen in Ohnmacht.

Im Folgenden werden ausgehend von unterschiedlichen Interpretationsweisen bezüglich des Niedergangs der Sowjetunion und der sozialistischen Länder, der neoliberale Transformationsprozess und seine Auswirkungen auf die Lebensrealität der TschechInnen beleuchtet.

Der Zerfall des sowjetischen Modells in den Mittel- und Osteuropäischen Länder wurde vielfach analysiert und bewertet. Tendenziell treten dabei aber immer wieder drei unterschiedliche Thesen auf [vgl. Boyer (2001): S. 426]:

1. Die Planwirtschaft ist gegenüber der freien Marktwirtschaft weniger effizient
2. Innovationsmöglichkeiten in der Technologie und der Wirtschaft sind aufgrund staatlicher Vorgaben eingeschränkt
3. Eine Umstellung auf einen sozialistischen Fordismus war nicht möglich

Die erste These beschreibt in erster Linie einen Mangel an Effizienz innerhalb der sozialistischen Wirtschaft, der konsequenterweise zu einer Systemkrise führen muss. Der sozialistischen Planwirtschaft kann es somit gar nicht gelingen, einen komplexen Modus zu integrieren, um differenzierte Güter zu erstellen und der gesellschaftlichen Nachfrage gerecht zu werden.

Die zweite These hingegen fokussiert auf die notwendige Interaktion einer politisch demokratischen Gesellschaft und der Ökonomie, aus der Innovation und Fortschritt entsteht.

Dabei stellt das autoritäre Einparteiensystem die Grundlage für den Misserfolg dar, da innovative Kräfte und das Entwicklungspotenzial nicht ausgeschöpft werden, weil viele Akteure (Zivilgesellschaft, freie Medien, gesellschaftliche Formationen und Organisationen) vom Entwicklungsprozess ausgeschlossen sind. Dabei wird besonders der Zusammenhang zwischen Demokratie und Kapitalismus betont, wobei der Kapitalismus als Basis für die Demokratie gesehen wird. [vgl. Kornai (2006): S. 227]

In der dritten These wird darauf verwiesen, dass es in der sozialistischen Planwirtschaft keinen Massenkonsum im klassisch fordistischen Sinne (d.h. Akkumulation über Massenproduktion für Massenkonsum) gibt. Darüber hinaus führten die Systemgegensätze zwischen den Hauptvertretern der beiden Blöcke (UdSSR und USA) zu einem militärischen Kräftemessen und einem Rüstungswettlauf, um das bipolare Gleichgewicht aufrecht zu halten.

Damit kam es aber zu Problemen, um die notwendigen Rahmenbedingungen für diversifizierende Akkumulationsmöglichkeiten zu schaffen.

Ausgehend vom Genossenschaftsgesetz, das am 1. Juli 1988 in der Sowjetunion in Kraft trat und ein Reformwerk der Perestroika werden sollte, wurden mit dem sogenannten „sozialistischen Wettbewerb“ die staatlichen Steuerungsmöglichkeiten zerstört und das Herzstück der sozialistischen Industrialisierungspolitik ihrer Möglichkeiten beraubt.

Dies wirkte sich nicht nur auf die Wirtschaftsleistung der Sowjetunion aus, sondern besonders auch auf die Ökonomien der mittel- und osteuropäischen Staaten. So

sank die Industrieproduktion in der ČSFR in den ersten drei Quartalen 1991 um ca. 20 Prozent im Vergleich zum Vorjahr [vgl. Komlosy/Hofbauer (2006): S. 230]

3.5.2 Methoden der durchgeführten Transformation

Durch die Krise des fordistischen Modells in Westeuropa und den USA in den 1970er und 1980er Jahren entwickelten sich neue Ideen, wie man der ökonomischen Herausforderung begegnen könne und bewirkte zeitgleich eine Verschiebung des wissenschaftlichen Paradigmas hin zu neoklassischen und neoliberalen Interpretationen und Lösungsansätzen für wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme.

Zentral dabei ist eine effizientere Nutzung der Ressourcen von Gütern und Arbeitskräften, Angebote möglichst attraktiv zu machen und die Nachfrage zu steigern. Das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage ist der Kernpunkt der Marktwirtschaft.

Dabei bestimmt der Markt über die Preisbildung und wirkt zudem selbstregulierend und innovationsfördernd. Die unsichtbare Hand von Adam Smith wird als das bestimmende Instrument der heutigen neoliberalen Ausrichtung der Marktwirtschaft interpretiert, der Staat und gesellschaftliche Institutionen sollten in dieses Wirken so wenig wie möglich eingreifen, obwohl selbst Smith den Markt durch funktionierende Institutionen geschützt sehen wollte. Erst bei der Wahrung von rechtlicher und ökonomischer Sicherheit entsteht ein unternehmerisches Vertrauen, aus dem die Innovation erwächst, die für das Wachstum unerlässlich ist. [vgl. Boyer (2001): S. 417]

In den Transformationsländern fanden sich zahlreiche politische ProponentInnen, die sich den neuen neoliberalen Paradigmen verschrieben, und in einer möglichst schnellen Öffnung der Märkte und in einer Liberalisierung der Wirtschaft die Lösung der Probleme und die Überwindung des kommunistischen Erbes sahen. In der Tschechoslowakei war einer dieser Vertreter der derzeit amtierende Staatspräsident Vaclav Klaus. „Václav Klaus, erst wirtschaftspolitischer Sprecher des Bürgerforums, dann tschechoslowakischer Finanzminister, schließlich tschechischer Ministerpräsident und später Präsident, ging in die Fachbücher der Ökonomie mit

dem radikal-liberalen Spruch ein, er wolle in der ČSFR eine Marktwirtschaft ohne Attribute herstellen. Damit meinte er soziale Zugeständnisse und ökologische Rahmenbedingungen, die in jenen Tagen die meisten mitteleuropäischen Christdemokraten versprochen, wenn sie ihrem Publikum Neoliberalismus à la Margret Thatcher schmackhaft machen wollten. Klaus brach ideologisch damit.“ [Hofbauer (2007): S. 156]

Unter anderem sollte der freie Markt und die damit einhergehende Bindung an den Westen ein Garant dafür sein, um nicht wieder in den sowjetischen Einflussbereich zu rutschen.

Politische und wirtschaftlich ausgerichtete Organisationen im In- und Ausland standen beratend zur Seite. Private ausländische Unternehmungen sahen in den neuen Märkten ein ungeheures Wachstumspotential, besonders der Bankensektor Osteuropas wurde aufgrund des Kapitalmangels zum Eldorado für ausländische Investoren und Garant lukrativer Renditeaussichten. [vgl. Sokol (2001): S. 650]

Ein Ziel dieser Maßnahmen war es, westliche Lebens- und Konsumgewohnheiten auf die tschechoslowakische Bevölkerung zu übertragen und damit einhergehend eine politische Demokratisierung zu verwirklichen. Gekoppelt mit diesen Plänen lag die oberste Prämisse darin, ausländische Investitionen anzuziehen und das Land für ausländische Geldgeber attraktiv zu machen.

Es galt nun, dem Markt den Boden zu bereiten und ihm eine dominierende Rolle zukommen zu lassen. Aus diesem Grund sollte die Inflation möglichst gering gehalten werden, was einen ausgeglichenen Staatshaushalt voraussetzt. Damit wird dem Staat aber praktisch untersagt, aktiv in die Wirtschaftspolitik einzugreifen. Diesem Paradigma verpflichtet, wurden unterschiedliche Maßnahmen getroffen, die von IWF und Weltbank mitgetragen oder gar forciert wurden und somit wirtschaftliche und politische Richtlinien eng mit der Vergabe von dringend benötigten Krediten gebunden wurden. Auch die Europäische Union unterstützte diese Maßnahmen und diesen Reformweg. Auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Paris 1989 wurde die EU-Kommission als Koordinatorin der G-24 plus Weltbank, IWF und Pariser Club der Hilfe für Osteuropa eingesetzt. [vgl. Bohle (2006): S. 311]

Vorherige politische Organisationsformen sozialistischer Ausprägung wurden vollständig zerstört, oder konnten nur unter den geänderten Rahmenbedingungen weiterexistieren. [vgl. Boyer (2001): S. 420]

„Wegen der staatlichen Vorbehalte gegen die Eigentumsform der Genossenschaft [Anm. ME in der Tschechoslowakei] mussten oft waghalsige Manöver im Besitzstand durchgeführt werden; manch ein früheres [Anm. ME: landwirtschaftliches] Kollektiv wurde so zur Aktiengesellschaft, um die staatliche vorgesehene Zersplitterung zu vermeiden.“ [Hofbauer (2007): S. 157]

Eine garantierte Währungsstabilität sollte das Interesse des ausländischen Kapitals wecken. Dem sollte technisches, rechtliches und unternehmerisches Know-How folgen, um die Innovationskraft zu stärken, welche man abhängig von der Kapitalakkumulation generieren wollte.

Obwohl der Staat und ein starker staatlicher Lenkungsmechanismus in der kommunistischen Ära von vielen neoliberalen IdeologInnen und WissenschaftlerInnen als Grund und Ursache für das Scheitern der sozialistischen Planwirtschaften gesehen wurde, musste er in der Transformationsphase zahlreiche Aufgaben übernehmen, um den (meist ausländischen) Investoren die geforderte Sicherheit zu bieten.

„Nachdem sich in den 1970er und 1980er im „Westen“ „vor allem rechtsstehende konservative Politiker“ auf den Monetarismus beriefen, fand dieser in den 1990er Jahren „insbesondere bei Politikern der ehemaligen Ostblockstaaten (Polen, ČSFR und Ungarn)“ Zulauf. Unter diesen Rahmenbedingungen wurden die Probleme der sozialistischen Länder von vielen im „Westen“ und von der antikommunistischen Opposition in den jeweiligen Ländern im starken, totalitär genannten Staat gesehen. Die Euphorie über den Systemwechsel führte, [...] zwar zu marktwirtschaftlichen Reformen, Privatisierungen und drastisch reduzierten Budgets als Bedingung für ökonomische Hilfe und Handel, habe aber wenig Raum für eine alternative These für die systemische Schwäche der sozialistischen Staaten geboten: die These, dass es vielmehr die Schwäche dieser Staaten gewesen sei, die eine Reform behinderte, vor allem schließlich in der schwierigen Zeit der Transformationsprozesse. So wurde in den 1980er Jahren der Staat diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs kritisiert.

Das Problem der kommunistischen Staaten, so antikommunistische KritikerInnen, sei die zu große Macht des Staates mit dessen ineffizienter Bürokratie. Für „westliche“ Hilfe und Handelszugänge während des Transformationsprozesses wurden marktwirtschaftliche Reformen, Privatisierungen und Budgetkürzungen zu Bedingungen und drängten den Staat zurück. Andererseits sahen aber internationale Kreditgeber den Staat als Garant für die Rückzahlungen von Schulden, internationale Investoren verlangten von den Regierungen günstige Investitionsbedingungen und politische Stabilität. Der Staat sollte gleichzeitig zurückgedrängt werden und neue Aufgaben übernehmen.“ [Weissenbacher (2005): S. 116]

3.5.3 Auswirkung der Transformation

Die Einführung freier Preisgestaltung bei gleichzeitigen monopolistischen Wirtschaftsstrukturen führte zu großen Preisanstiegen – auch wenn die Inflation vor der Marktliberalisierung gering war und ausreichend Geldmittel zur Verfügung standen. [vgl. Boyer (2001): S. 420]

Die Abwertung der nationalen Währung sollte die Wettbewerbsfähigkeit steigern und der Abbau von Schutzmechanismen der nationalen Wirtschaft den Austausch und den freien Warenverkehr ankurbeln. Darüber hinaus sollte die Einführung einheitlicher Zölle eine Vereinfachung der staatlichen Administration und eine Reduktion der Bürokratie bewirken. Die Inflation stieg daraufhin sprunghaft an und erreichte schwindelerregende Dimensionen. Für die Bürger der Tschechoslowakei und ihrer Nachfolgestaaten Tschechische Republik und Slowakei bedeute dies eine Enteignung ihrer finanziellen Mittel durch massive Abwertung.

Abbildung 7

jährliche Inflationsrate (gemessen am Index der Verbraucherpreise)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Tschechien	9,7	52,0	11,1	20,8	9,9	9,6	8,9	8,4	10,6
Slowakei	10,8	61,2	10,0	23,2	13,4	9,9	5,8	6,1	6,7

Quelle: Trans Monee Database (2010)

Insgesamt verloren die Länder Osteuropas zwischen 1990 bis 1993 zwischen 40% und 70% ihrer industriellen Kapazität, was einer Deindustrialisierung gleichkommt. [vgl. Komlosy/Hofbauer (2006): S. 231]

Durch die historische Bedeutung und Stärke der tschechischen Wirtschaft konnten dennoch die radikalsten Ausmaße der neoliberalen Wende abgefedert werden, obwohl die Tschechische Republik dennoch ein klassisches Wendepaket verordnet bekam („Subventionsstreichungen auf allen Ebenen der Produktion und Distribution; Liberalisierung sämtlicher Preise; Abschaffung der staatlichen Kontrolle über den Außenhandel, Investitionsfreiheit für ausländisches Kapital; keine Beschränkung bei der Kapitalausfuhr; schrittweise Herstellung der Währungskonvertibilität; Privatisierung der Staatsbetriebe.“ [Hofbauer (2007): S. 156])

Abbildung 8

BIP pro Kopf 1990-2008

	1990	1992	1994	1996	1998	2000	2002	2004	2006	2008
Tschechien	5.336	4.713	4.812	5.314	5.245	5.521	5.803	6.275	7.088	7.593

Quelle: Trans Monee Database (2010)

Wie sich die Transformation auf das Bruttoinlandsprodukt Tschechiens auswirkte kann man an der obigen Tabelle erkennen. Erst im Jahr 1996 erreichte das Land wieder das BIP von 1989, nachhaltig sogar erst ab 1999.

Auch das Einkommen der Menschen sank in den Jahren nach der Wende dramatisch und erreichte erst zwischen 1995 und 1996 wieder das Niveau von 1989. Gepaart mit einer hohen Inflation bedeutete dies einen massiven Einkommensverlust für die Bevölkerung und ein Absinken des Lebensstandards in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch des Sozialismus.

Die Diskrepanz zwischen Wachstum des Bruttoinlandsproduktes und den erhöhten Wettbewerbsbedingungen trug besonders unter ArbeitnehmerInnen zu hoher Frustration bei. Durch den Druck, einen ausgeglichene Staatshaushalt zu erreichen, wurde die tschechische Regierung gezwungen, das Sozialwesen zu reduzieren. Die

Kluft zwischen Arm und Reich wurde größer, was sich auch anhand des Gini Koeffizienten im Zeitraum von 1989 – 2005 bestätigt⁹.

Abbildung 9

Einkommensverteilung: Gini-Koeffizient

	1989	1991	1995	1998	2000	2002	2005
Tschechien	0,204	0,212	0,282	0,258	0,270	0,273	0,270

Quelle: Trans Monee Database (2010)

Schließlich entstehen aus dieser Unzufriedenheit und diesem Unmut bereits überwunden geglaubte Phänomene, wie zunehmender Nationalismus. Der Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten und die Transformation brachte auch eine Auflösung vormals multiethnisch verfasster Staaten mit sich. „Die heftigste (geo-)politische Folge der Ereignisse des Jahres 1989 war die Infragestellung und schließlich die Auflösung der Territorialität sämtlicher multiethnisch verfassten Staaten: Tschechoslowakei, Jugoslawien, Sowjetunion. Aus allen drei multiethnischen Gebilden beantragten kurze Zeit später als neue Republiken konstituierte Teilregionen die Mitgliedschaft in der Europäischen Union.“ [Hofbauer (2007): S. 62]

Oftmals werden diese Phänomene auch als Erfolg des Transformationsprozesses und als Beleg für eine gelungene Demokratisierung betrachtet, in der die freie Meinungsentfaltung und das Selbstbestimmungsrecht der Völker möglich ist. [vgl. Kornai (2006): S. 216]

Konsequenterweise löste sich auch die Tschechoslowakei mit 1.1.1993 durch Dismembration auf. Als Nachfolgestaaten gingen die Slowakische und die Tschechische Republik hervor, wobei die Beziehung der zwei Staaten bis heute freundschaftlich sind. [vgl. Vodiča (2010): S. 309]

Tschechien profitierte aufgrund der historischen Stärke seiner Industrie von der Teilung, während die Slowakei mit massiven Problemen zu kämpfen hatte. „Die slowakische Unabhängigkeit ersparte Prag eine Menge Ärger auf seinem eingeschlagenen Weg nach Westen. Die massive Deindustrialisierung der Slowakei

⁹ Anm. ME: Es wurden in der Tabelle exemplarisch einige signifikanten Jahre herausgenommen.

hat in der Folge dort eine mehr als doppelt so hohe Arbeitslosigkeit bewirkt wie in Tschechien.“ [Hofbauer (2007): S. 158]

3.5.4 Holt die Tschechische Republik seit der Transformation wirtschaftlich auf?

Üblicherweise wird diese Frage, anhand von Statistiken, die die Steigerungsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Prozent und gemessen in Kaufkraftparitäten angeben, beantwortet. Da Tschechien, ausgehend von einem niedrigeren Niveau im Vergleich zu den westeuropäischen Ländern eine höhere Wachstumsrate aufweist, ist es nur logisch, dass hier ein Aufholprozess stattfindet. So argumentieren z.B. das Österreichische Wirtschaftsforschungsinstitut [Palme/Feldkircher (2005)], oder das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche [Astrov (2004)]. Beide bemühen sich allerdings nicht um eine Verifizierung der getroffenen Konvergenzthesen in absoluten Zahlen. Denn angenommen das BIP pro Kopf der alten EU-15 würde pro Kopf in einem Jahr um 2,5 Prozent, ausgehend von einem Niveau von 1000 Euro wachsen – das der Tschechischen Republik hingegen um 4 Prozent ausgehend von einem Niveau von 500 Euro, dann ergibt sich in der Realität immer noch eine Differenz von 5 Euro pro Kopf, da ihre Wirtschaftsleistung um 25 Euro, im Vergleich zu 20 Euro in der Tschechischen Republik, gewachsen wäre.

Abbildung 10

Wachstumsrate des realen BIP

Wachstumsrate des BIP-Volumens - prozentuale Veränderung relativ zum Vorjahr

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Tschechien	3,6	2,5	1,9	3,6	4,5	6,3	6,8	6,1	2,5	-4,1	1,6
EU-15	3,9	1,9	1,2	1,2	2,3	1,8	3,0	2,7	0,5	-4,3	0,9

Quelle: Eurostat (2010)

Bei der Veränderung des BIP zeigt sich, dass Tschechien im Vergleich zu den EU-15 Staaten stets ein dynamischeres Wachstum aufwies, insbesondere in den Jahren rund um den EU-Beitritt und selbst in den Krisenjahren seit 2008 wesentlich weniger von der globalen Wirtschaftskrise betroffen scheint, als die alten EU-Länder.

Bei dem Vergleich der Wirtschaftsleistung zeigen sich allerdings auch zwei Probleme.

Nachdem die Tschechische Republik noch nicht an der Währungsunion beteiligt ist und nach wie vor die Tschechische Krone als nationale Währung hat, ergeben sich beim Wirtschaftsvergleich verschiedene Indikatoren. Da die nationale Wirtschaftsleistung in Tschechischen Kronen berechnet wird, ergibt sich die Notwendigkeit zur Umrechnung zum (meist) aktuellen Euro-Kurs, der aber nicht immer der aussagekräftigste ist.

Zweitens gibt es zwischen den Ländern der EU-15 und der Tschechischen Republik unterschiedliche Preisniveaus.

Das bedeutet, dass für z.B. 10 Einheiten der umgerechneten Währung in den Vergleichsräumen unterschiedlich viele gleichartige Güter gekauft werden können. Hierfür werden mittels Warenkörben Kaufkraftstandards (KKS) erhoben, die ebenjenen Faktor beziffern, um die unterschiedlichen Preisniveaus darstellen. Die von Eurostat erhobenen Daten berücksichtigen deshalb gleichzeitig die Wechselkursentwicklung.

Abbildung 11

*BIP pro Kopf in KKS (EU-27=100)*¹⁰

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Tschechien	68	70	70	73	75	76	77	80	80	80
EU-15	115	115	114	114	113	113	112	112	111	111

Quelle: Eurostat (2010)

Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf gemessen am Kaufkraftstandard ist etwas aussagekräftiger in Bezug auf die verfügbaren Einkommen der Bevölkerung. Und hier zeigt sich, dass Tschechien weiter hinterherhinkt und im Vergleich zu den Ländern der EU-15 noch immer einen wesentlich niedrigeren Lebensstandard aufweist. Interessanterweise sinkt dieser aber für die EU-15 Länder, während er für die Tschechische Republik in den letzten Jahren, trotz Krise gestiegen ist.

Eine echte Angleichung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Tschechiens gegenüber den EU-15 müsste sich im Gegensatz dazu aber auch in absoluten Zahlen ausdrücken – nicht zuletzt aufgrund der Prinzipien des gemeinsamen europäischen Markts, dem die Tschechische Republik mit dem EU-Beitritt im Mai 2004 angehört.

Kornai (2006: Table 15) legt dar, dass sich der Entwicklungsrückstand der Tschechoslowakei gegenüber Österreich seit den 1930er Jahren des letzten Jahrhunderts permanent vergrößert hat. So kommt die Tschechoslowakei (bzw. ab 1993 der gewichtete Durchschnitt der Slowakei und Tschechiens) auf einen Wert von 54% der BIP pro Kopf Leistung Österreichs im Jahr 1989 und auf nur mehr 43% im Jahr 2000.

Die oben dargestellten Zahlen legen nahe, dass sich dieser Trend zwar seit 2000 abgeschwächt hat, aber nicht den Erwartungen entspricht, die man von den Aufholkapazitäten der Transformationsökonomie Tschechiens angenommen hat.

3.5.5 Zentrale Merkmale des Entwicklungsgefälles – Problemfelder der tschechischen Wirtschaft

Die Zeit von Mitte bis Ende der 1990er Jahre war für Tschechien insofern ein Wendepunkt, da der Versuch eine nationale kapitalistische Klasse zu schaffen von staatlicher Seite aufgegeben wurde. Parallel dazu eröffnete die EU die Möglichkeit Beitrittsverhandlungen aufzunehmen – (ideo)logisch waren beide Schritte kohärent in der zunehmenden Außenöffnung der nationalen Wirtschaftsräume.

Exemplarisch dafür kann das Automobilwerk Škoda in Plzeň und Mladá Boleslav herangezogen werden. Seit 1991 übernahm der deutsche Konzern Volkswagen AG schrittweise die Anteile an der PKW-Produktion von Škoda. Seit 1996 hält VW 70% der Anteile am tschechischen Autobauer und beherrschte in den 1990er Jahren mit 20% an ausländischen Direktinvestitionen die ausländischen Unternehmens-Engagements in der Tschechischen Republik. „Knapp 10% des tschechischen Exports beruhen allein auf der Tatsache, dass Škoda mit Autos und Autoteilen den Weltmarkt beliefert.“ [Hofbauer (2007): S. 160]

Prinzipiell war Tschechien mit zahlreichen Problemen nach der Wende konfrontiert. Das Erbe des kommunistischen Systems, die Folgen der Transformationsstrategien und die Begleiterscheinungen der Anbindung an den wirtschaftlichen und politischen Raum der EU drückten die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten. Nach der Wende wurden viele Betriebe unrentabel und mussten geschlossen werden – die Beschäftigungsrate sank daher rapide.¹¹

Abbildung 12

Jährliche Arbeitslosenrate (Durchschnitt in % der Arbeitskräfte)

	1993	1995	1997	1999	2001	2003	2005	2007	2008
Tschechien	4,3	4,0	4,8	8,7	8,1	7,8	7,9	5,3	4,4

Quelle: Trans Monee Database (2010)

Die harmonisierte Arbeitslosenquote für den Juni 2010 werden von Eurostat, dem Statistischen Zentralamt der Europäischen Kommission mit 7,4% angegeben, im ersten Halbjahresschnitt beträgt die Arbeitslosenquote für die Tschechische Republik 7,6%, wobei eine leichte Entspannung auf dem Arbeitsmarkt zu beobachten ist. [vgl.: Eurostat (2010)]

Ein derartig starker Beschäftigungsrückgang bedeutete, besonders in den frühen 1990ern einen Kaufkraftrückgang, der sich seinerseits wiederum nachteilig auf die Lage der binnenwirtschaftlich orientierten Betriebe auswirkt und so einer Negativdynamik zuträglich war. „In den 10 Jahren nach der Wende verloren 17% der Tschechinnen und Tschechen ihren Arbeitsplatz, das sind 764.000 Menschen. Im selben Zeitraum stieg die Arbeitslosigkeit von 0,7 auf 8,8%, 374.000 Personen fanden 2002, zwei Jahre vor dem EU-Beitritt, keine Lohnarbeit, Tendenz steigend.“¹² [Hofbauer (2007): S. 162]

¹¹ Anm. ME: Hier kann zwar argumentiert werden, dass sich der transformationsbedingte Beschäftigungsrückgang nicht maßgeblich auf die Produktionsleistung auswirken musste, da die kommunistische Vollbeschäftigung einen hohen Anteil an verdeckter Arbeitslosigkeit beinhaltete. Hierfür konnten aber weder konkrete Zahlen gefunden werden, noch hat dieser Umstand Auswirkungen auf den darauf folgenden Kaufkraftrückgang.

¹² Anm. ME: Diese Aussage muss im entsprechenden Zeitrahmen gesehen werden. Derzeit zeigt sich eine Verringerung der Arbeitslosigkeit.

Kurz vor, während und nach dem EU-Beitritt entwickelte sich die Wirtschaft, wie bereits oben gezeigt wurde positiver und trug zu einem vorübergehenden Rückgang der Arbeitslosigkeit bei. Seit der Wirtschaftskrise stieg diese aber wieder auf ein hohes Niveau. Damit zeigt sich auch die Verflechtung der tschechischen Wirtschaft mit der globalen, v.a. europäischen Wirtschaft.

Auch die zunehmende Außenöffnung konnte diesen Trend nicht umkehren. Da die EU-15 bei vielen Gütern Produktivitätsvorteile hatten, verbilligten sich so die Importe gegenüber der lokalen Konkurrenz. Manche lokalen Produkte wurden so vom Markt gedrängt – für andere wiederum ergab sich auf diesem Weg erst gar kein Spielraum für eine nationale Produktion.

Während die traditionellen maschinellen Produkte aus der kommunistischen Zeit zur zweiten Gruppe zählen, setzt sich die erste Gruppe gerade aus jenen Produkten zusammen, deren Absatz während des letzten Jahrzehnts überproportionale Steigerungsraten erfuhr, wie z.B. die IT-Branche. Hofbauer (2003) beschreibt eine extreme Variante des Umgangs ausländischer Kapitalgruppen mit konkurrenzfähigen Produkten. Aufgrund des unterschiedlichen Preisniveaus konnten solche Hersteller günstig aufgekauft werden, nur zu dem Zweck, um deren Produktion einstellen zu können und damit lästige Konkurrenz loszuwerden.

Die Export/Import-Differenz hat jedoch einige zentrale negative Auswirkungen. Tschechien muss nämlich versuchen, diese Summe an Devisen ins Land zu holen, was letztendlich nicht so schlecht gelang. „Kein anderes Land des ehemaligen RGW [...] hat in den Jahren seit dem Sturz des kommunistischen Systems – pro Kopf gerechnet – so viel ausländisches Kapital angezogen wie die Tschechische Republik. 2.500 US-Dollar pro Tscheche sind auf diese Weise bis 2001 als Investition ins Land geflossen. Ende 2006, zwei Jahre nach dem EU-Beitritt, nun wird alles in Euro gerechnet, hat sich diese Marke auf 5.700 Euro hinaufgeschraubt. Die Regierung in Prag verwaltet auch das einzige osteuropäische Land, dessen externer Schuldenstand sich mit den kumulierten Auslandsinvestitionen die Waage hält. Während überall sonst unterm Strich mehr Kapital aus dem Land fließt, als

hereinkommt, kann Tschechien ausländisches Kapital tatsächlich in hohem Maße an sich binden.“¹³ [Hofbauer (2007): S. 161]

Ein positives Verhältnis der Kapitalbilanz zum Leistungsbilanzdefizit sagt aber nichts über die Art der Kapitalströme aus. Ausländische Direktinvestitionen (ADI) gelten hier als „tragfähiger“ als Kredite. Laut der Deutschen Bank geht deren Bedeutung allerdings zurück und selbst diese können potentiell wieder abgezogen werden. [vgl. Mühlberger (2006): S. 20]

Eine weitere Unterscheidung der ADIs ist jene in Aufkäufe von bestehenden Wirtschaftssubjekten und in (darauf folgende) echte Investitionen. Während im produktiven Bereich beide Investitionsarten getätigt werden, handelt es sich im Dienstleistungssektor z.B.: Finanzdienstleitungen, Infrastruktur, Vertriebsnetze oder IT-Bereich, der strategische und zukunftssträchtige Märkte umfasst, hauptsächlich um „Merger and Aquisitions“. Gemeinsam ist beiden ADI-Spielarten dass sie nicht zwingend zu einem Beschäftigungswachstum beitragen. Direktinvestitionen in die Produktion können andere Anbieter verdrängen und Investitionen in den Dienstleistungssektor ziehen üblicherweise umfangreiche Rationalisierungen nach sich [vgl. Zschiedrich (2001): 30ff.], wie z.B. im tschechischen Banksektor, in dem 20.000 Stellen gestrichen wurden.

Folglich kann die These formuliert werden, dass sich das intensive Wirtschaftswachstum gepaart mit dem politischen Unwillen z.B. über kürzere Arbeitszeiten gegenzusteuern, das noch immer schwache Beschäftigungsausmaß mitbedingt. Oder entgegengesetzt, dass die erzielten Produktivitätssteigerungen nicht ausreichend waren.

Im Bereich des Außenhandels hat die Tschechische Republik in den letzten Jahren jedenfalls erhebliche Fortschritte gemacht.

¹³ Anm. ME: vgl. die Entwicklung der ausländischen Direktinvestitionen in der Tschechischen Republik: Eurostat (2010)

Abbildung 13

Außenhandel, Gesamtprodukt - Bilanzsaldo in Millionen ECU/EUR

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Tschechien	-3119	-3320	-2289	-2675	-789	1285	1384	3159	3237	5946

Quelle: Eurostat (2010)

Die Tabelle zeigt eindrucksvoll, wie die Tschechische Republik ein Außenhandelsdefizit in einen Außenhandelsüberschuss umwandeln konnte.

3.5.6 Der EU-Beitritt Tschechiens als Abschluss der europäischen Integration

Der Wunsch nach einer raschen Integration in die EU nach dem Zusammenbruch des Kommunismus war dem Großteil der Bevölkerung und der nationalen Elite ein gemeinsames Anliegen. Schon das politische Programm der Bürgerbewegung „Občanské Fórum“ hieß logischerweise „Zurück nach Europa“ [vgl. Vodiča (2010): S. 309]

Der für eine Mitgliedschaft notwendige Transformationsprozess gab den nationalen Akteuren jedoch einen nicht unerheblichen Spielraum in der konkreten Ausgestaltung der eigenständig angestrebten Marktwirtschaft. 1997 erklärte die EU den Transformationsprozess Tschechiens für ausreichend abgeschlossen, um im darauf folgenden Jahr „Beitrittsverhandlungen“ zu eröffnen.

Für die Tschechische Republik stellte die politische Integration die logische Konsequenz der bereits erfolgten ökonomischen Orientierung nach Europa dar. Die EU verfolgte die Erweiterung ihres territorialen Gebietes nicht zuletzt um die Wettbewerbsfähigkeit ihrer wirtschaftlichen Akteure zu verbessern. Dabei verlief der Transformationsprozess vor und nach der Aufnahme der Verhandlungen parallel und interdependent mit der Herausbildung eines europäischen Wettbewerbsraumes. Die Wegpunkte dieses Prozesses waren dabei der Vertrag von Maastricht (1992) und das „Weißbuch der Kommission zu *Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung* (1993) welche die diesbezügliche Strategie auf Arbeitsmarktreformen zur Steigerung der „Konkurrenzfähigkeit“ und auf Strukturpolitik beschränken. [vgl. Bohle (2000): S. 307]

Den Integrationsprozess Tschechiens in dieses „geänderte“ Europa definiert das Abkommen von Kopenhagen (1993) „Gemäß der Kopenhagen-Kriterien müssen die Beitrittskandidaten in der Lage sein, politische Stabilität, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Respektierung der Menschen- und Minderheitenrechte, die Existenz einer funktionierenden Marktwirtschaft und die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck in der Gemeinschaft standhalten zu können, garantieren. [...] Diese Kriterien wurden im Laufe der Heranführungsstrategie zunehmend konkretisiert, und sie begründen, dass die [...] Verhandlungen wesentlich stärker als frühere Erweiterungsverhandlungen von Bedingungen geprägt sind, die einseitig von der EU vorgegeben werden (Preston 1997). Die Kopenhagen-Kriterien gehen – ein Novum der Osterweiterung – weit über den *acquis communautaire* hinaus, und der *acquis* selber hat sich in den 1990er Jahren erheblich ausgedehnt.“ [Bohle (2002): S. 10]

„Das „Weißbuch der Kommission zur Vorbereitung der assoziierten Staaten auf die Integration in den Binnenmarkt legte 1995 dann die Grundlage dafür, die Kernelemente der „regulatorischen Reformen“ der EU auf die osteuropäischen Staaten sukzessive auszudehnen. Die Beitrittskandidaten sollten nun innerhalb kurzer Zeit einen Prozess der Deregulierung durchführen, der sich in Westeuropa über Jahrzehnte erstreckte.“[Bohle (2000): S. 314]

Von „Verhandlungen“ im eigentlichen Sinn kann in diesem Zusammenhang nicht gesprochen werden da sich der Beitrittsprozess auf die unwidersprochene Übernahme der EU-Bedingungen beschränkte, auch da die Regierungen der Kandidatenstaaten ihren potentiellen Spielraum z.B.: durch Koalitionenbildungen erst gar nicht wahrnahmen, sondern stattdessen gegeneinander um Gefälligkeit konkurrierten. Das erleichterte die asymmetrische Integration auf mehreren Ebenen. So werden speziell die distributiven Elemente der EU, der Strukturfond und die gemeinsame Agrarpolitik für Osteuropa und damit auch die Tschechische Republik nur eingeschränkt wirksam. Die Tschechische Republik und die anderen neuen Aufnahmekandidaten erhielten aufgrund der Übergangsregeln bis 2007 nur einen Bruchteil der Fördermittel der alten EU-15-Länder. [vgl. Grosse Hüttmann (2004)]

Um eine Gleichberechtigung herzustellen muss der diesbezügliche Status quo grundlegend neu gestaltet werden. Ein Szenario das in der EU erfahrungsgemäß

alles andere als realistisch ist. Auch war der Beitrittsprozess von einer asymmetrischen – weil auf Seiten der EU sehr selektiven – gegenseitigen wirtschaftlichen Öffnung gekennzeichnet.

Ein schönes Bild dazu hat Albrecht Rothacher beschrieben:

„Der Beitritt zur EU ist für den Antragsteller vergleichbar mit der Aufnahme in einen Fußballverein: Die Spielregeln stehen fest und sind nicht verhandelbar. Der Bewerber muss sich mit der Vereinsspitze arrangieren und sich schließlich schwitzend auf dem Spielfeld selbst bemühen. Geschenkt wird niemandem etwas. Wird dieses Bild auf die EU übertragen, so lässt sich sagen, dass die Straßen von Brüssel nicht mit Gold gepflastert, sondern eher von Schlaglöchern geprägt sind. Die EU-Mitgliedschaft bringt nicht automatisch Wohlstand und Reichtum mit sich, im Gegenteil: sollte eine Volkswirtschaft in wichtigen Sektoren nicht wettbewerbsfähig sein, könnte sie [...] spektakulär Schiffbruch erleiden, [...]“ [Rothacher (2003): S. 112]

Von dieser Art der Verhandlungsführung profitierte die EU – und besonders ihre transnationale kapitalistische Klasse unverhältnismäßig. Die global agierenden wirtschaftlichen Akteure der EU sind im nationalen wie supranationalen Kontext gut organisiert und übten und üben einen erheblichen Einfluss auf die konkrete Ausgestaltung der ökonomischen Organisation und Regulation aus.

„Durch die Auflösung des Warschauer Paktes und den Zerfall des sowjetischen Imperiums nahm der russische Einfluss in Mitteleuropa radikal ab, und das vereinigte Deutschland, das zur europäischen Kontinentalmacht geworden war, spielte für die Tschechoslowakei eine zunehmend wichtige Rolle. Die Teilung der ČSFR erhöhte noch den politischen und wirtschaftlichen Einfluss Deutschlands. Nicht nur geographisch, sondern auch politisch und wirtschaftlich führte für Tschechien der Weg in die EU über Deutschland. Die Bundesrepublik ist der mit Abstand größte Auslandsinvestor und der wichtigste Wirtschaftspartner Tschechiens.“ [Vodiča (2010): S. 309f]

Es ist völlig klar, dass es einige Staaten, darunter auch Österreich, gab, die besonderes wirtschaftliches Interesse an einer raschen Integration Tschechiens und anderer östlicher Nachbarländer hatten. „Die EG und einzelne Mitgliedstaaten wie

die Bundesrepublik Deutschland und Österreich hatten als unmittelbare Nachbarn und aufgrund der historischen Beziehungen ganz klare "wirtschaftliche Interessen am osteuropäischen Markt, sicherheitspolitische Interessen an Stabilität in Osteuropa, wirtschafts- und sicherheitspolitische Interessen am Ausbleiben einer großen Wanderungsbewegung von Ost nach West" (Weidenfeld 1991, S. 19)“ [zit. nach Grosse Hüttmann (2004)]

Auch der Umstand, dass die Osterweiterung vollzogen wurde, bevor die EU ihre Strukturen entsprechend angepasst hat, kann als Indiz für die Überlagerung der institutionellen Eigeninteressen durch wirtschaftliche gewertet werden. In der Tat profitiert das transnationale Kapital vielfältig. Das Preisgefälle und der Kapitalüberhang zwischen Ost und West ermöglicht eine relativ unproblematische Einverleibung von Absatzmärkten und Produktionskapazitäten. Im produktiven Bereich waren viele Betriebe ausschließlich aus Kapitalmangel unrentabel - niedrige Lohnkosten und hoch qualifizierte Arbeitskräfte machten sie zum lohnenden Investitionsobjekt. „Kurz/Wittke (1998) unterscheiden zwei grundlegende Muster dieser Restrukturierung: der least-cost approach, in welchem arbeitsintensive Fertigungsschritte von West nach Ost ausgelagert werden; und die komplementäre Spezialisierung, die mit know-how Transfer und der Ansiedlung von höherwertigen Unternehmensfunktionen einhergehen kann.“ [Bohle (2002)]

Dieses Phänomen kann aber nicht auf Dauer als gesichert angesehen werden. „Stellt man zudem in Rechnung, dass sich die Lohnstückkosten, also der Indikator für rentables Investment, sukzessive erhöhten und im Jahr 2000 bereits 30% der österreichischen betragen, so dürfte Tschechien in der Zukunft für gewisse, an der Senkung der Arbeitskosten interessierte Investoren bald an Attraktivität einbüßen. Sein wichtigster Kostenvorteil, die mit traditionell hoher Qualität werkende billige Arbeitskraft, schrumpft von Jahr zu Jahr.“ [Hofbauer (2007): S. 162]

Extern brachte die ökonomische Ostintegration einen Wettbewerbsvorteil – intern erfolgte eine Restrukturierung der Wertschöpfungskette, während die Ostabteilungen der transnationalen Konzerne (bzw. die Interaktion mit den lokalen Zubringern) nur einen geringen Teil zum Umsatz beitragen, liegt der Anteil am Gewinn tendenziell deutlich darüber. Unterstützt bzw. erst möglich gemacht wurden diese Vorteile für das transnational agierende Kapital teilweise durch simples „Socialising“. Der Staat

entschuldete Unternehmen, subventionierte Banken oder gab Gewinngarantien für Infrastrukturunternehmen ab.

3.5.7 Zusammenfassung des Transformationsprozesses

Der Kommunismus brachte Tschechien ein zwiespältiges Erbe ein. Relativ viel Industrie auf hohem Niveau wurde (auch) unter einer nationalen Strategie relativ schnell wieder rentabel.

So konnte die Arbeitslosigkeit vergleichsweise niedrig und sozialstaatliche Regelungen zu einem großen Teil erhalten, bleiben. Diese Strategie ging aber auf Kosten der nationalen Banken – die aufgrund des „Overlending“ 1998 in eine Krise gerieten. Letztlich mussten viele Betriebe zusperren – die Arbeitslosigkeit stieg. Der Staat entschuldete die Banken um sie daraufhin ans Ausland zu verkaufen. Damit war das Schicksal der nationalen kapitalistischen Klasse besiegelt. Die zunehmende Integration in den EU-Wirtschaftsraum bewirkte aber ein stark steigendes Leistungsbilanzdefizit. Auch in Tschechien kam es so ab 1998 zu Sparpaketen (allein in diesem Jahr schrumpften die sozialen Transfers um 8% [vgl. Rothacher (2002): S. 209]), Liberalisierungen und Privatisierungen und zeitgleich zu einer wirtschaftlichen Rezession. Und auch in Tschechien wirkten die ausländischen Investitionen als Katalysator der räumlichen und sozialen Polarisierung. Tschechien vermochte es jedoch die Inflationsrate niedrig zu halten - die Auslandsverschuldung blieb vergleichsweise „tragfähig“. [vgl. Becker/Tomassovits (2006)]

Die Wirtschaftsentwicklung nach 1999 verlief relativ konstant und positiv und auch die Reallöhne wuchsen beträchtlich.

Abbildung 14

Öffentlicher Finanzierungssaldo - Nettofinanzierungssaldo des Staates in Prozent des BIP

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Tschechien	-3,7	-5,6	-6,8	-6,6	-3,0	-3,6	-2,6	-0,7	-2,7	-5,9

Quelle: Eurostat (2010)

Die Staatsverschuldung stieg nach der Wende kontinuierlich an, was auf die hohen Kosten der Transformation zurückzuführen ist. Wiederum kann ein Rückgang der

Neuverschuldung des Staates rund um das Beitrittsjahr verzeichnet werden, wobei das Jahr 2009 krisenbedingt wieder einen massiven Ausschlag nach oben ausweist.

Der konsolidierte Bruttoschuldenstand der Tschechischen Republik ist im Vergleich mit anderen EU-Ländern relativ gering und macht im Jahr 2009 35,4% des BIP aus. Damit liegt Tschechien unter den Maastricht-Kriterien von erlaubten 60% Gesamtschulden. Dennoch muss der stetig Anstieg der Gesamtschulden Sorgen bereiten und in Zukunft Anstrengungen unternommen werden, um diesen wieder einzudämmen.

Abbildung 15

Öffentlicher Schuldenstand

Konsolidierter Bruttoschuldenstand des Staates in Prozent des BIP

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Tschechien	18.5	24.9	28.2	29.8	30.1	29.7	29.4	29.0	30.0	35.4

Quelle: Eurostat (2010)

Die Transformationsphase kann bis heute als durch und durch sozial- oder neoliberal beschrieben werden. Die soziale Segregation verstärkte sich unweigerlich durch den Abbau und die Kommerzialisierung der sozialen Transferleistungen. Die Marginalisierung weiter Bevölkerungsgruppen ist die Folge. Die Außenorientierung und die damit einhergehenden ausländischen Direktinvestitionen forcierten eine räumliche Polarisierung die ihre Basis in dem Dualismus zwischen „neuen“ und „alten“/binnenorientierten Sektoren hat. Während sich die Regionen rund um größere Städte als kapitalistische Zentren positionieren konnten, zählen viele Regionen Tschechiens weiterhin zur Peripherie [vgl. Heidenreich (2003): S. 44f.]

Die Betrachtung der Problemfelder innerhalb der Tschechischen Republik darf aber nicht über die Heterogenität der aktuellen Entwicklung hinwegtäuschen. Tatsächlich hat sich seit 1989 ein dynamischer und vielschichtiger Prozess vollzogen der letztendlich die Hoffnungen der Bürgerinnen und Bürger auf eine weitere Verbesserung ihrer Lebensrealität erfüllen soll.

3.5.8 Einordnung der sozioökonomischen Entwicklung der ČSFR und der Tschechischen Republik seit 1989

Abbildung 16

	Akkumulation	Regulation	Räumlicher Fokus	Politische Kultur
1989-heute	Westeuropäisierung der Produktion, Finanzdominiert	(neo-)liberaler Modus der Regulation	grenz- überschreitende Entwicklung – Europäisierung	Neoliberal- konservatives– sozialliberales Establishment

Quelle: Eigene Darstellung

3.6 Zusammenfassung der historischen Entwicklung

Es ist angesichts der zahlreichen historischen Brüche, aber auch der unterschiedlichen Kontinuitäten schwer, einen roten Faden durch die Entwicklung der Tschechischen Republik, wie wir sie heute kennen zu ziehen. Es zeigt sich jedoch, dass die Industrialisierung in der österreichisch-ungarischen Monarchie den Grundstein für alle weiteren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen legte.

Tschechien, bzw. die Länder der böhmischen Krone waren die am wirtschaftlich unabhängigsten Gebiete innerhalb der k. und k. Monarchie. Dort zeichnete sich bereits um 1850 ein dynamisches Wachstum in der Industrie ab. Den wichtigsten Sektor stellte am Anfang des Betrachtungszeitraumes die Textilindustrie dar. Durch die reichen Rohstoffvorkommen an Kohle verlagerte sich der Schwerpunkt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf die „neuen“ Sektoren. Diese waren die Produktion von Steinkohle, Braunkohle, Gusseisen, chemischen Produkten und Maschinen zur Zuckergewinnung. Durch die geographische Nähe zu Deutschland war Tschechien auch nicht auf Österreich als Hauptabnehmer für seine Produkte angewiesen und konnte dadurch höhere Wachstumsraten erzielen. Auch der Kapitalmarkt etablierte sich in Tschechien mit Prag als wichtigsten Finanzplatz zweiter Ordnung, der Gründung von vier Großbanken und der Einrichtung eines weitreichenden Filialbanksystems.

Nach dem ersten Weltkrieg stand die Region vor einer neuen Herausforderung. Das Habsburgerreich wurde zerschlagen und die neu entstandene Tschechoslowakei

musste versuchen, sich wirtschaftlich zu etablieren und eigenständig zu agieren. Tschechien bzw. die Tschechoslowakei hatte von den Nachfolgestaaten die beste Ausgangssituation, da es von den Kriegszerstörungen nicht so stark betroffen war und als einziges Land als industriell hoch entwickelt bezeichnet werden konnte. Nur 23 Prozent der Bevölkerung arbeitete in der Landwirtschaft, dagegen 40% in Industrie und Handwerk. Ein großes Problem stellte allerdings der Wegfall des sicheren Binnenmarktes des ehemaligen Habsburgerreiches dar. Um wirtschaftlich erfolgreich zu sein, war es notwendig Waren in andere Länder als bisher zu exportieren. 1919 wurde das tschechoslowakische Nostrifizierungsgesetz erlassen, welches ausländische Handels- und Industrieunternehmen dazu verpflichtete, im Land Hauptniederlassungen zu gründen und sich als tschechoslowakisches Unternehmen einzutragen. Damit versuchte man die Abhängigkeit von den früheren Hauptabnehmern Wien, Budapest und Berlin zu lösen, jedoch blieb das Problem des Kapitalmangels bestehen.

Trotz der vielen wirtschaftlichen Schwierigkeiten schaffte es die Tschechoslowakei, die Auslandsverschuldung immer unter dem Niveau der Inlandsverschuldung zu halten. Das Haushaltsdefizit wurde hauptsächlich durch Anleihen heimischer Banken und durch die „nationale Befreiungsanleihe“ beglichen. So konnte ab 1924 ein Konjunkturaufschwung und eine Stabilisierung der Wirtschaft erreicht werden. Einen neuerlichen Rückschlag erfuhr die Tschechoslowakei durch den „neuen Plan“ des deutschen Wirtschaftsministers Schacht. Durch diesen Plan wurde Südosteuropa zum Rohstofflieferanten für Deutschland. Die Tschechoslowakei versuchte den Handel mit Deutschland zu reduzieren, da dieser den Wirtschaftsspielraum des Landes stark einschränkte und die Abhängigkeit von Deutschland vergrößerte. Jedoch wurde durch das „Münchener Abkommen“ 1938 die Abtretung der sudetendeutschen Gebiete an Deutschland bestimmt und wesentliche Teile der tschechoslowakischen Wirtschaft fielen unter deutsche Kontrolle. Eine eigenständige Entwicklung des Landes wurde unmöglich gemacht.

Nach dem 2. Weltkrieg folgte die Phase des Sozialismus in der Tschechoslowakei. Auf der Konferenz von Jalta wurde die Trennlinie zwischen West- und Osteuropa festgelegt, wobei sich starke Parallelen zu der Grenze im 8.-9. Jahrhundert unter Karl dem Großen ergaben. 1949 wurde der RWG (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe)

gegründet, um die Handelsbeziehungen der osteuropäischen Länder zur Sowjetunion zu stärken. Weitere Handelsabkommen folgten, um die Staaten weiter an die Sowjetunion zu binden. Die sogenannten Ostblockstaaten, darunter die Tschechoslowakei waren auch von den Marshallplanhilfsgeldern und –gütern ausgeschlossen, was sich negativ auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des Landes auswirkte. Trotz der schlechten Ausgangssituation konnte die sozialistische Planwirtschaft in der ČSSR enorme Wachstums- und Entwicklungsraten erzielen und überholte in den Jahren der Hochkonjunktur zwischen 1960 und 1973 auch einige kapitalistische Länder Westeuropas. Zusätzlich verbesserte sich die Situation für die Bevölkerung, die Analphabetenrate war sehr gering und die Lebenserwartung stieg. Durch die starke Konzentration auf die Industrie wurde der bereits zu diesem Zeitpunkt untergeordnete Landwirtschaftssektor weiter vernachlässigt. Dies führte zu einem quantitativen sowie auch qualitativen Rückgang bei landwirtschaftlichen Produkten.

In den 1950er und 1960er Jahren holte die Tschechoslowakei im Vergleich zu vielen westeuropäischen Ländern weiter auf, um in den 1970ern ungefähr gleiches Niveau zu erreichen. 1980 folgte dann jedoch der endgültige Zusammenbruch des Sozialismus. Dies hatte mehrere Gründe: Zum einen entstanden durch die Fokussierung auf die Industrie schwere strukturelle Defizite im landwirtschaftlichen Bereich und in der Konsumgüterindustrie. Zum anderen konnte ein signifikanter Rückgang des privaten Konsums verzeichnet werden. Die Produkte der tschechoslowakischen Industrie waren von eher geringer Qualität und deshalb schwer im Westen abzusetzen. Um dieses Problem zu bekämpfen, versuchte man Technologien aus dem Westen zu importieren um konkurrenzfähiger zu werden. Dadurch stieg allerdings die Auslandsverschuldung stark an, die Verhandlungsmacht bei den internationalen Handelsbeziehungen verringerte sich. Als in den 1970er Jahren die Weltwirtschaftskrise die kapitalistischen westlichen Staaten erreichte und diese als Absatzmarkt wegfielen, war der Zusammenbruch des Sozialismus vorprogrammiert.

Nach der Phase des Sozialismus wurden in der Tschechoslowakei (später in der Slowakei und Tschechien) die Demokratie und die freie Marktwirtschaft im Rekordtempo eingeführt. Dies brachte einige Probleme mit sich. Die Bevölkerung

war auf diese Transformation nicht vorbereitet und konnte mit den neuen demokratischen Mitteln noch nicht umgehen. Auch den Unternehmern in Osteuropa fehlte das Wissen, wie sie mit der freien Marktwirtschaft umgehen sollten. Nationale, in der freien Marktwirtschaft unerfahrene Unternehmen mussten sich jetzt mit westlichen Unternehmen messen, welche sich in der freien Marktwirtschaft schon etabliert hatten.

Die Transformation von der Planwirtschaft zur freien Marktwirtschaft erfolgte in Tschechien synchron. Das kapitalistische System wurde als Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie gesehen und der tschechische Markt wurde so schnell wie möglich kompatibel zum westeuropäischen Markt gemacht, ohne dass die Möglichkeit eines natürlichen Reifeprozesses bestanden hätte. Es fand eine Deindustrialisierung statt. Viele Betriebe wurden unrentabel und mussten schließen. Zwischen 1990 und 1993 verloren Tschechien viel an seiner industriellen Kapazität. Auch die Inflation stieg, blieb jedoch in überschaubaren Maß

Tschechien und viele weitere Länder Osteuropas wurden zum Investitions-Eldorado für ausländische Investoren. Zehn Jahre nach dem Übergang zur freien Marktwirtschaft sind die meisten profitablen Betriebe in den Händen ausländischer Investoren. Tschechien konnte hohe Wachstumsraten aufweisen, jedoch fließen die dort erzielten Gewinne oft wieder zurück an die ausländischen Investoren und bleiben nicht in der heimischen Wirtschaft. Das Land wird als Produktionsstätte für arbeitsintensive Güter wie zum Beispiel Textilien genützt, „höherwertige“ Tätigkeiten wie Forschung und Entwicklung bleiben in den westlichen Ländern. Gleichzeitig wird der Abstand zwischen Arm und Reich immer größer, die Einkommensverteilung ist unausgeglichen und die Arbeitslosigkeit nimmt zu, oder stagniert auf relativ hohem Niveau.

1998 wird Tschechien von Seiten der EU die Möglichkeit zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen angeboten. Am 1. Mai 2004 tritt Tschechien der EU bei. Es konnte sich auch nach dem EU-Beitritt, oder vielleicht genau deswegen, keine nennenswerte nationale kapitalistische Klasse etablieren, ausländische wirtschaftliche Investoren agieren führend in der nationalen tschechischen Wirtschaft.

3.6.1 Gesamtüberblick über die sozioökonomische Entwicklung der heutigen Tschechischen Republik

Abbildung 17

	Akkumulation	Regulation	Räumlicher Fokus	Politische Kultur
1850-1918	Exportorientiert (in alle Teile des Habsburger-Reiches) Banken-dominiert (zur Finanzierung des industriellen Wachstums)	Liberal, aber interventionistischer Staat	Fremdbestimmt durch das politische Zentrum Wien	Elitäres Bürgertum vs. arbeitende Masse
1918-1945	Binnenmarktbildend- Bildung nationalen Kapitals, exportorientiert, da Kapitalmangel im Land (bei zunehmendem Protektionismus) – Deutsche Okkupation: Einbindung in Kriegswirtschaft	zunehmend interventionistisch	Nationalstaatlich zentrierte Entwicklung – Protektorat Böhmen und Mähren als Industriezone innerhalb des Deutschen Reiches	Nationalismus Umbruchszeit
1945-1989	Staatwirtschaftliche Akkumulation, Nationale Industrie (Arbeitsteilung zwischen den RGW-Ländern)	Planwirtschaft	Nachholende Entwicklungsphase in der ČSSR – intensive Abstimmung mit den anderen sozialistischen Ländern	autoritärer, kommunistischer Staat
1989-heute	Westeuropäisierung der Produktion, Finanzdominiert	(neo-)liberaler Modus der Regulation	grenz- überschreitende Entwicklung – Europäisierung	Neoliberal-konservatives- sozialliberales Establishment

Quelle: Eigene Darstellung

4 Synthese und Zusammenfassung

Ich habe im empirischen Teil versucht, die Entwicklungswege der Tschechischen Republik theoretisch zu unterfüttern. Die theoretischen Annahmen Nicos Poulantzas eignen sich im Besonderen, die Geschichte des Landes nachzuzeichnen, bzw. zu einem besseren Verständnis des Geschehenen beizutragen und dabei auch nie die Zukunft außer Acht zu lassen.

Auch wenn sich der Kapitalismus in Österreich-Ungarn, speziell in Böhmen und Mähren im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern, erst relativ spät als dominierendes wirtschaftliche Gesellschaftsformation durchgesetzt hat, entwickelte er rasch eine expansive Form und ein alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringendes System. Die Interessen des Bürgertums, der Finanziere und der Industriellen konkurrierten mit den Interessen der Arbeiterklasse, die sich eine Verbesserung ihrer sozialen Lage erhoffte. Erst im Nationalismus und im Gedanken an die nationale Befreiung trafen sich die verschiedenen Vorstellungen, konnten aber wiederum besonders von der nationalen Elite instrumentalisiert werden. Nachdem die Länder der böhmischen Krone in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis 1918 von Wien aus regiert wurden, war deren politischer Einfluss nicht der bestimmende, viel bedeutsamer war jedoch die ökonomische Macht, die den kapitalistischen Reproduktionsprozess vorantrieb und den Grundstein für die Industrialisierung und die Ausbeutung der verfügbaren Arbeitskräfte in den aufstrebenden Industriezweigen vorantrieb. Begleitet war dieser Prozess vom Aufstieg und der Entwicklung des Bankenwesens. So trafen sich die Interessen der Industrie und der Finanzbourgeoisie, die zusammen den Machtblock bildeten. Der Staat organisierte dabei die herrschende Ordnung und versuchte sie zu bewahren, bzw. durch strategische Änderungen die Kämpfe auf seinem Terrain einzudämmen, um die Existenz des vorherrschenden Systems nicht zu gefährden (siehe Ausgleich mit Ungarn 1867).

Das zunehmend in die Krise geratene Akkumulationsregime in Österreich-Ungarn und Deutschland, versuchte sich mit militärischen Mitteln zu befreien, was in den schrecklichen Ereignissen des Ersten Weltkrieges kumulierte. Die strukturellen Probleme des binnenstaatlich konzentrierten kontinentaleuropäischen Kapitalismus,

das Fehlen von Kolonien als billige Rohstofflieferanten und als Raum, wohin Finalprodukte teuer reexportiert werden konnten, fehlte in diesen beiden Ländern. Profitierte die nationale Elite anfangs noch vom gemeinsamen Binnenmarkt und der gemeinsamen Währung in der Monarchie, verschoben sich die hegemonialen Erklärungsmuster krisenbedingt immer weiter hin zur Forderung nach einer eigenständigen Entwicklung, die eben im Nationalismus ihre radikalste Ausprägung fand.

Die Krise des herrschenden Produktionsregimes bot aber nach dem Ersten Weltkrieg bereits neue Chancen und neue Perspektiven. Die Entstehung der Tschechoslowakei und die Zerschlagung der alten politischen Ordnung bot dem Kapital die Möglichkeit, sich dort festzusetzen, wo es die größten Entwicklungsoptionen gab, insbesondere, da es einen enormen Kapitalmangel im neuen Staat gab und damit profitable Renditen lockten. Darüber hinaus orientierte sich die Tschechoslowakei zunehmend am westeuropäischen Raum, ohne jedoch die alten Bindungen zu Deutschland und den Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie zu trennen.

Begründet aus dem Erbe der Industrialisierung und den neuen Akkumulationsformen stieg die Tschechoslowakei zu einem der damals größten Industrienationen der Welt auf.

Der Versuch der Integration in den europäischen Markt endete mit der Besetzung der tschechischen Länder durch die Deutsche Wehrmacht 1939 und der totalitären Einbindung in die deutsche Kriegswirtschaft. Die Wirtschaft wurde von den deutschen Interessen dominiert. Die bereits in der Monarchie bestehende und auch während der ersten tschechoslowakischen Republik erfolgreich wirtschaftende (sudenten-)deutsche Bourgeoisie profitierte von diesen Ereignissen und konnte bis fast zum Kriegsende auf billige (Zwangs-)Arbeitskräfte zurückgreifen.

Die Formen des autoritären Etatismus haben sich bis dahin transformiert, jedoch an der grundlegenden Struktur des Landes wenig geändert. Er durchdringt immer weitere Teile der Gesellschaft, was in der faschistischen-nationalsozialistischen Herrschaft gipfelt, er antwortet jedoch auch immer auf seine eigene Krise, indem er neue Akkumulationsmöglichkeiten für die herrschende Klasse sucht und schafft.

So bleibt in den vielen Transformationen der harte Kern des Staates doch immer gleich, er bleibt kapitalistisch.

Eine Zäsur in der Entwicklungsgeschichte der Tschechoslowakei stellt sicherlich das Ende des Zweiten Weltkrieges und die Etablierung eines sozialistischen Akkumulationsregimes dar. Doch bereits Poulantzas weist darauf hin, dass es sich bei diesem Versuch um eine abgeänderte Spielart des kapitalistischen Staates handelt. Der real sozialistische Staat ist mit dem autoritären Etatismus, wie ihn Poulantzas anhand westeuropäischer Beispiele analysiert verwandt und weist Parallelen in der Produktionsstruktur und in der hierarchischen Durchdringung des Gesellschaftskörpers durch machtvolle Eliten auf, auch wenn die Unterdrückungsformen weitere historische Wurzeln in der Verfasstheit und Zusammensetzung der Gesellschaft aufweisen.

Poulantzas weist in seinen Werken stets auch auf die räumliche und geostrategische Funktion von Regionen hin. Gerade am Beispiel der heutigen Tschechischen Republik manifestiert sich ein unbändiges Interesse der europäischen Mächte an diesem Zwischenraum am Schnittpunkt von West- und Osteuropa. In der kommunistischen Ära wurde die tschechoslowakische Wirtschaft auf die Bedürfnisse des sozialistischen Wirtschaftsraumes ausgerichtet. Die industriellen Kapazitäten wurden für die nachholende Entwicklung der gesamten mittel- und osteuropäischen Region genutzt und brachten auch der Tschechoslowakei einen enormen Entwicklungsschub.

Auch nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes zeigen sich sofort die Interessen, v.a. westeuropäischer und US-amerikanischer Unternehmen und Banken in diesem Raum. „Zurück nach Europa“ war die Devise der Bürgerbewegung, also genau dorthin, wo man sich schon immer im Selbstverständnis verortet hat. Die Phase des Kommunismus erscheint als Chimäre der Geschichte, als Irrweg, der schnellstmöglich überwunden werden müsste. Machtvolle Akteure, internationale Konzerne und supranationale Formationen haben gemeinsam mit der nationalen politischen und wirtschaftlichen Elite des Landes dieses Projekt begonnen und bis heute geprägt. Es zeigt sich, dass die Risse der Geschichte damit nicht ausgebessert werden, sondern viele neue Risse dazukommen und strukturelle Ungleichheiten sogar noch vertiefen. Wieder wird ein ganzes Volk vor den Karren der Interessen Weniger gespannt, um damit Profitmaximierung und neue Entwicklungsdynamik zu generieren und weiter zu gewährleisten.

Am Beispiel der Tschechischen Republik kann man die Wandlungs- und Überlebensfähigkeit kapitalistischer Systeme festmachen. Selbst, oder gerade in den größten Krisensituationen erfindet er sich immer wieder neu und erschließt machtvollen Akteuren neue Perspektiven und immer profitablere Gebiete. Er ist expansiv – nicht nur räumlich, sondern auch sozial. Immer weitere Bereiche des alltäglichen Lebens werden der kapitalistischen Verwertungslogik unterworfen. Der Staat als Terrain und als analytische Ebene ist nicht nur Feld, auf dem Interessenskonflikte ausgetragen werden, er ist selbst Motor und Profiteur dieser Entwicklung. Besonders augenscheinlich wird dieses Phänomen in der neoliberalen Interpretation des Kapitalismus. Sie versucht nicht einmal mehr die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verdecken. Im Gegenteil, es wird offen propagiert, dass der Markt alle Bereiche des Lebens regeln kann, dass er es alleine vermag, Zustände herzustellen, die nach Interpretation neoliberaler PolitikerInnen und ÖkonomInnen, gerecht und fair sind.

Poulantzas hat Zeit seines Lebens gegen die vorherrschenden Zustände angeschrieben und den Heilsversprechungen der Markttreuen keinen Glauben geschenkt. Er ist an den gesellschaftlichen Verhältnissen persönlich gescheitert und hat dafür in seiner Verzweiflung mit seinem eigenen Leben bezahlt.

Seine Gedanken gehen aber über seinen Tod hinaus und stehen all jenen als Argumentationshilfe zur Verfügung, die mit der globalen (Un-)Ordnung nicht zufrieden sind, die sich gegen Ungerechtigkeit und blindes Profitdenken aussprechen.

Er steht damit nicht auf der Seite der Mächtigen, der Einflussreichen und Wohlhabenden, sondern auf der Seite der Entrechteten, der Unterdrückten und Ausgebeuteten.

Seine Gedanken sind oft schwer zu fassen und erfordern eine intensive intellektuelle Auseinandersetzung. Die vorliegende Diplomarbeit sollte einen Beitrag dazu leisten, sein Erbe verständlicher zu machen, anhand eines konkreten Beispiels zu illustrieren und ihn damit in unseren Köpfen und in unserem Handeln weiterleben zu lassen.

5 Abstract

The first chapters of my diploma thesis describe the mode and the methodology and my personal motivation for the topic. Furthermore, I try to introduce the reader in my thoughts and considerations.

The thesis is based on the concepts of the greek-french philosopher Nicos Poulantzas. I focus especially on his theoretical description of the state as an area of different interests and his definition of aggregation of class struggles.

His specific understanding of accumulation and the role of the state in the enforcement of social formations was of great importance for my diploma thesis.

Based on this concept, I worked out the breaks and continuities in Czech history in the last 160 years.

Although Bohemia and Moravia have not that political rights and opportunities within the Habsburg monarchy like Hungary, the economic dynamic was impressive and on a high level. The Czech countries provided important goods and raw materials for the industry of Austria-Hungary.

After the collapse of the empire and the loss of a great domestic market, Czechoslovakia tried to orient itself to the Western European economies and became one of the most important industrial nations in the 1920ies.

Due to the increasing influence of Nazi-Germany and the annexation of Bohemia and Moravia, the country was again under massive dependence.

After the Second World War Czechoslovakia got under the influence of Soviet Union and its economy was embedded into the division of labour within the socialist block. Czechoslovakian economy was more developed and industrialised, than other comparable countries of the communist hemisphere.

Until the 1960ies this way was more or less successful, but after that time, the accumulation within the state socialist countries came into a crises and finally collapsed in 1989.

The phase of transformation was characterized as a way back to Europe.

The political elite of the new founded Czech Republic introduced a conservative and neo-liberal model of economic development. The last major highlight for the Czech Republic was the membership in the European Union in May 2004.

The end of the contemporary development is not predictable. But we can observe in many indicators and empirical facts, that there are not only winners of the transformation and that social inequalities will rather increase than disappear.

II Verpflichtungserklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende schriftliche Diplomarbeit selbstständig verfertigt habe und, dass die verwendete Literatur bzw. die verwendeten Quellen von mir korrekt und in nachprüfbarer Weise wiedergegeben worden sind.

Mir ist bewusst, dass ich bei einem Verstoß gegen diese Regeln mit Konsequenzen zu rechnen habe.

Wien, im März 2011

Martin Etlinger

Unterschrift

III Lebenslauf

MARTIN ETLINGER

PERSÖNLICHE INFORMATION

- Geburtsdatum: 16.12.1982 in Amstetten
- Staatsbürgerschaft: Österreich
- Familienstand: ledig

AUSBILDUNG

- seit 2004 Internationale Entwicklung (Universität Wien)
- seit 2003 Politikwissenschaft (Universität Wien)
- 2002 Sozioökonomie (Wirtschaftsuniversität Wien)
- 2001 Reifeprüfung am Stiftsgymnasium Seitenstetten
- 1993 – 2001 Stiftsgymnasium Seitenstetten
- 1989 – 1993 Volksschule St. Georgen am Ybbsfelde

BERUFSTÄTIGKEITEN

- seit 2009 Wirtschaftsbund Wien
- von 09/2008 Raiffeisen Zentralbank Österreich AG (RZB)
bis 12/2008 *Abteilung RBG-Infrastructures (Zahlungsverkehr)*
- 08/2008 Österreichisches Rotes Kreuz
Internationale Beziehungen und Suchdienst
- von 09/2007 Raiffeisen Zentralbank Österreich AG (RZB)
bis 07/2008 *Abteilung RBG-Infrastructures (Zahlungsverkehr)*
- 08/2007 Österreichisches Rotes Kreuz
Internationale Beziehungen und Suchdienst
- von 01/2007 Raiffeisen Zentralbank Österreich AG (RZB)
bis 07/2007 *Abteilung RBG-Infrastructures (Zahlungsverkehr)*

- von 07/2006 bis 08/2006 Österreichisches Rotes Kreuz
Internationale Beziehungen und Suchdienst
- von 02/2006 bis 03/2006 Raiffeisen Zentralbank Österreich AG (RZB)
Abteilung Austrian Corporate Customers (ACC1)
- von 08/2005 bis 09/2005 Raiffeisen Zentralbank Österreich AG (RZB)
Abteilung Austrian Corporate Customers (ACC1)
- 07/2005 Österreichisches Rotes Kreuz
Internationale Beziehungen und Suchdienst
- 09/2004 Europäisches Parlament Brüssel
Büro MEP Mag. Othmar Karas

ZUSATZQUALIFIKATIONEN

- Absolvent des Wirtschaftsbund Wien-Mentoringprogramms (Jahrgang 2009/2010)
- Französisch A2 (Sprachenzentrum Universität Wien)

6 Literaturverzeichnis

- Askanas, Benedykt/Askanas, Halina/Levcik, Friedrich (WIIW) (1978):
Wirtschaftsentwicklung im RGW-Raum 1970 – 1980 – eine vergleichende Bilanz.
Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz: Verlag W. Kohlhammer.
- Astrov, Vasily (2004): Wirtschaftsentwicklung in den MOEL durch deutliche
Konvergenz geprägt. Sonderdruck aus: Monatsberichte des Österreichischen
Instituts für Wirtschaftsforschung – WIFO, 77. Jahrgang, Heft 5, 2004
http://wiiw.ac.at/pdf/rpg_may04.pdf. [Zugriff: 10.8.2010].
- Balibar, Étienne (1999): Kommunismus und (Staats-)Bürgerschaft. Überlegungen zur
emanzipatorischen Politik am Ende des 20. Jahrhunderts.
[http://www.bewegungsdiskurs.de/texte/gsr/Balibar-
StaatsbuergerschaftKommunismus.pdf](http://www.bewegungsdiskurs.de/texte/gsr/Balibar-StaatsbuergerschaftKommunismus.pdf). [Zugriff: 10.8.2010].
- Becker, Joachim/Tomassovits, Rainer (2006): Eastern Europe: Structural Current
Account Deficits and Increasing Foreign Debts.
http://www.ipe.or.at/documents/pdf/IPE_CEE_Deficit_Debt.pdf. [Zugriff: 11.8.2010].
- Bretthauer, Lars/Gallas, Alexander/Kannankulam, John/Stütze, Ingo (Hg.) (2006):
Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie. Hamburg: VSA.
- Bohle, Dorothee: Die Konturen einer neuen europäischen Unordnung. In:
Bieling/Steinhilber (2000): Konfigurationen Europas.
- Bohle, Dorothee (2002) : Erweiterung und Vertiefung der EU: Neoliberale
Restrukturierung und transnationales Kapital. In: PROKLA 128: Peripherer
Kapitalismus in Europa. 32 (2002), Nr. 2, S. 353-376.
- Bohle, Dorothee (2003): Imperialismus, peripherer Kapitalismus und europäische
Einigung. In: Zeitschrift Marxistische Erneuerung. [http://www.zeitschrift-
marxistische-erneuerung.de/archiv/xxinfo/h054s019.html](http://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/archiv/xxinfo/h054s019.html). [Zugriff: 16.1.2007].
- Bohle, Dorothee: „Race to the bottom“? Die Dynamik der Konkurrenzbeziehungen in
der erweiterten Europäischen Union. In: PROKLA 144. Europa. 36 (2006), Nr. 3, S.
343-360.
- Boyer, Robert: The Great Transformation of Eastern Europe: a “Regulationist”
Perspective. In: Jessop, Bob (ed.): Regulation Theory and the Crisis of Capitalism.
Part 4. Country Studies. Cheltenham, UK, and Northampton, MA, USA, 2001, S.
415-431.

- Chesnais, François: Das finanzdominierte Akkumulationsregime: theoretische Begründung und Reichweite. In: Zeller, Christian (2004): Die globale Enteignungsökonomie. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 217-254.
- Demirović, Alex (2007): Nicos Poulantzas. Aktualität und Probleme materialistischer Staatstheorie. 2. überarbeitete und erweiterte. Neuauflage (Erstausgabe Hamburg 1987). Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Deutsches Historisches Museum (2010): Das Protektorat Böhmen und Mähren. <http://www.dhm.de/lemo/html/nazi/aussenpolitik/boehmenmaehren/index.html> [Zugriff: 10.8.2010].
- Doležal Bohumil: Die Beziehungen Tschechiens zu seinen Nachbarn – Aussichten der Integration in der EU. In: Neuss, Beate/Jurczek, Peter/Hilz, Wolfram (Hrsg.) (2003): Zwischenbilanz der EU-Osterweiterung – Slowenien, Slowakei und Tschechien als Beispiele. Beiträge zu einem politik- und regionalwissenschaftlichen Symposium an der TU Chemnitz. Occasional Papers Nr. 24. S. 6-16. <http://www.uni-tuebingen.de/ezff/ocp24.pdf>. [Zugriff: 10.8.2010].
- Fink, Gerhard/Grosser, Ilse/Levcik, Friedrich (1980): Commodity Composition of East-West Trade. Wien: Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW).
- Frank, Andre Gunder (2005): Orientierung im Weltsystem. Wien: Promedia.
- Fröbel, Folker/Heinrichs, Jürgen/Kreye, Otto (1977): Die neue internationale Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Good, David F. (1986): Der wirtschaftliche Aufstieg des Habsburgerreiches 1750 – 1914. Wien/Köln/Graz. (Forschungen zur Geschichte des Donauraumes; 7).
- Grefe, Christiane/Greffrath, Mathias/Schumann, Harald (2003): Attac. Was wollen die Globalisierungskritiker? Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Grosse Hüttmann, Martin (2004): Die Osterweiterung der Europäischen Union. Die Osterweiterung, ihre Vorgeschichte und die einzelnen Stationen. In: Die Osterweiterung der Europäischen Union. LpB, Heft 1/2004. http://www.buergerimstaat.de/1_04/ost.htm (Zugriff: 11.8.2010)].
- Grundsätze der Arbeitsgruppe Marxismus (1999): Das gescheiterte stalinistische Modell. <http://www.agmarxismus.net/grundsaeetze/grundsatz5.htm> [Zugriff: 10.8.2010].

- Hall, Stuart (1980): Nicos Poulantzas: State, Power, Socialism. In: New Left Review 1/119, Januar-Februar 1980.
- Hebbel, Friedrich (1848): Hebbel und Wien.
http://www.hebbel.at/index.php?option=com_content&view=article&id=50&Itemid=7
Q [Zugriff: 11.8.2010].
- Heidenreich Martin (2003): Territoriale Ungleichheiten in der erweiterten EU. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Jg. 55, Heft 1, 2003. S. 31–58.
<http://web.uni-bamberg.de/sowi/europastudien/dokumente/ungleichheiten2003.pdf>.
[Zugriff: 12.8.2010].
- Heumos, Peter: Arbeitermacht im Staatssozialismus. Das Beispiel der Tschechoslowakei 1968. In Ebbinghaus, Angelika (Hrsg.) (2008): Die letzte Chance? 1968 in Osteuropa. Analysen und Berichte über ein Schlüsseljahr. Hamburg: VSA-Verlag. S. 51-60.
- Hobsbawm, Eric J. (2005): Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780. Frankfurt/Main: Campus Verlag.
- Hofbauer, Hannes (2003) Osterweiterung. Vom Drang nach Osten zur peripheren EU-Integration. Wien.
- Hofbauer, Hannes (2007): EU-Osterweiterung. historische Basis - ökonomische Triebkräfte - soziale Folgen. Wien: Promedia.
- Hübner, Kurt (1990): Theorie der Regulation. Eine kritische Rekonstruktion eines neuen Ansatzes der politischen Ökonomie. Berlin: Sigma.
- Husson, Michel: Der Kapitalismus nach der neuen Ökonomie. In: Zeller, Christian (2004): Die globale Enteignungsökonomie. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 127-159.
- Interview mit Nicos Poulantzas. In: Kritik – Zeitschrift für sozialistische Diskussion: Zum Tode von Nikos Poulantzas. Nr. 22/1980. S. 125-140.
- Karner, Stefan: Der kurze Traum des »Prager Frühlings« und Moskaus Entscheid zu seinem Ende. In: Ebbinghaus, Angelika (Hrsg.) (2008): Die letzte Chance? 1968 in Osteuropa. Analysen und Berichte über ein Schlüsseljahr. Hamburg: VSA-Verlag. S. 28-44.
- Jessop, Bob (2007): Kapitalismus Regulation Staat. Ausgewählte Schriften. Hamburg: Argument Verlag.

- Kinder, Hermann/Hilgemann, Werner (1999): dtv-Atlas Weltgeschichte. Band 2. München.
- Komlosy, Andrea/Hofbauer, Hannes: Osteuropa: Sozialismus als Versuch nachholender Entwicklung. In: Englert, Birgit/Grau, Ingeborg/Komlosy, Andrea (Hg.) (2006): Nord-Süd-Beziehungen. Kolonialismen und Ansätze zu ihrer Überwindung. Wien: Mandelbaum Verlag.
- Komlosy, Andrea: Reiche/Staaten/Kolonien. Geschichte der europäischen Teilungen. In: Hofbauer, Hannes et. al. (1994): Krisenherd Europa. Nationalismus Regionalismus Krieg. Göttingen: Die Werkstatt.
- Kornai, János (2006): The Great Transformation of Central Eastern Europe: Success and Disappointment. In: Economics of Transition 14 (2006), Nr. 2, S. 207-244. http://www.economics.harvard.edu/faculty/kornai/papers/Pres_Address_Morocco.pdf. [Zugriff: 10.8.2010].
- Kosta, Jiří (1978): Abriß der sozialökonomischen Entwicklung der Tschechoslowakei 1945 – 1977. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lenhard, Philipp: Lieber unbeherrscht. In: Jungle World. Die linke Wochenzeitung. Nr. 7, 12. Februar 2009. <http://jungle-world.com/artikel/2009/07/32650.html>. [Zugriff: 10.8.2010].
- Lenin, Wladimir Iljitsch (2000): Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. http://www.mlwerke.de/le/le22/le22_189.htm. [Zugriff: 12.8.2010].
- Luxemburg, Rosa (1921): Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. Leipzig: Franke.
- Martin, James: Ontology and law in the early Poulantzas. In: History of European Ideas. Volume 35, Issue 4. December 2009, Pages 465-474. http://www.sciencedirect.com/science?_ob=ArticleURL&_udi=B6V9C-4WCK050-1&_user=10&_rdoc=1&_fmt=&_orig=search&_sort=d&_docanchor=&_view=c&_searchStrId=978248514&_rerunOrigin=google&_acct=C000050221&_version=1&_urlVersion=0&_userid=10&md5=a45677bb73dd6198fde151b262f9d577. [Zugriff: 11.8.2010].
- Marx, Karl (1957): Das Kapital. Stuttgart: Kröner.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1999): Manifest der Kommunistischen Partei. Stuttgart: Reclam.

- Mühlberger, Marion (2006): Osteuropa: Makroökonomischer Ausblick: Finanzsektor und Konvergenz. Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder am 28.Juni 2006. Deutsche Bank Research.
http://www.dbresearch.com/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD000000000202155.pdf. [Zugriff: 10.8.2010].
- Novy, Andreas (1998): Raum, Macht und Entwicklung in Brasilien. Habilitationsschrift. Eingereicht am Institut für Raumplanung und Regionalentwicklung an der Wirtschaftsuniversität Wien.
- Palme, Gerhardt/Feldkircher Martin (2005): Wirtschaftsregion "CENTROPE Europaregion Mitte": Eine Bestandsaufnahme (WIFO).
- Pfaff, Dieter (1968): Die Entwicklung der sowjetischen Rechtslehre: Abhandlungen des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien.
- Poulantzas, Nicos (2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. Hamburg: VSA Verlag (Originalausgabe 1977).
- Rothacher, Albert (2002): Im Wilden Osten: Hinter den Kulissen des Umbruchs in Osteuropa.
- Rothacher, Albert: Slowenien, Tschechien und die Slowakei auf dem Weg in die EU. In: Neuss, Beate/Jurczek, Peter/Hilz, Wolfram (Hrsg.) (2003): Zwischenbilanz der EU-Osterweiterung – Slowenien, Slowakei und Tschechien als Beispiele. Beiträge zu einem politik- und regionalwissenschaftlichen Symposium an der TU Chemnitz. Occasional Papers Nr. 24. S. 112-121. <http://www.uni-tuebingen.de/ezff/ocp24.pdf>. [Zugriff: 10.8.2010].
- Sokol, Martin: Central and Eastern Europe a Decade After the Fall of State-socialism: Regional Dimensions of Transition Processes. In: Regional Studies 35 (2001), Nr. 7, S. 645-655.
- Szücs, Jenő(1990): Die drei historischen Regionen Europas. Frankfurt: Neue Kritik.
- Teichova, Alice (1988): Wirtschaftsgeschichte der Tschechoslowakei 1918 – 1980. Wien/Köln/Graz: Böhlau.
- Teichova, Alice (1988a): Kleinstaaten im Spannungsfeld der Großmächte – Wirtschaft und Politik in Mittel- und Südosteuropa in der Zwischenkriegszeit. Wien: Verlag für Geschichte und Politik. (=Sozial- und Wirtschaftshistorische Studien 18).

- Vasenthien, Christian (2005): „Die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen bringen-Gramsci und die Philosophie der Praxis“. In: Linksruck Argumente, Heft Nr. 6, Februar 2005. <http://sopos.org/aufsaeetze/420fc8b77c35c/1.phtml>.
[Zugriff: 10.8.2010].
- Vodička, Karel: Das politische System Tschechiens. In: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.) (2010): Die politischen Systeme Osteuropas. 3., aktualisierte und erweiterte Ausgabe. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 275 – 316.
- Wallerstein, Immanuel (1979): The capitalist world-economy. London: Cambridge University Press.
- Weissenbacher, Rudy (2005): Jugoslawien. Politische Ökonomie einer Desintegration. Wien: Promedia.
- wikipedia (2010): Regulationstheorie. <http://de.wikipedia.org/wiki/Regulationstheorie>.
[Zugriff: 10.8.2010].
- Zschiedrich, Harald (2001): Zur Rolle ausländischer Direktinvestitionen bei der Vorbereitung der Wirtschaften Mitteleuropas auf den EU-Beitritt. In: Forschungsinstitut der Internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik e.V. (Hrsg.).
- Zwass, Adam (1985): Zwei Weltsysteme. Marktwirtschaft kontra Planwirtschaft. Wien: Europaverlag.
- Zwass, Adam (1988): Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe 1949 bis 1987. Der dornige Weg von einer politischen zu einer wirtschaftlichen Integration. Wien/New York: Springer Verlag.

7 Datenbankverzeichnis

Eurostat (2010):

Wachstumsrate des realen BIP:

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tsieb020> [Zugriff: 10.8.2010]

BIP pro Kopf in KKS:

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tsieb010> [Zugriff: 10.8.2010]

Harmonisierte Arbeitslosenquote:

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&language=de&pcode=teil m020&tableSelection=1&plugin=1> [Zugriff: 10.8.2010]

Außenhandel – Gesamtprodukt:

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/refreshTableAction.do?tab=table&plugin=0&pcode=tet00002&language=de> [Zugriff: 10.8.2010]

Öffentlicher Finanzierungssaldo:

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tsieb080&plugin=0> (Zugriff: 11.8.2010)

Öffentlicher Schuldenstand:

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tsieb090&plugin=0> (Zugriff: 11.8.2010)

Marktintegration - Intensität Ausländischer Direktinvestitionen:

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tsier130&plugin=0> [Zugriff: 11.8.2010]

Trans Monee Database:

<http://www.transmonee.org/> [Zugriff: 10.8.2010]